

## Lyon – Januar 1926

# Thesenentwurf der Linken zum III. Parteitag der PCd'I

### INHALT

Vorbemerkung	3
<b>I. Allgemeine Fragen</b>	<b>4</b>
1. Grundsätze des Kommunismus	4
2. Das Wesen der Partei	5
3. Aktion und Taktik der Partei	6
<b>II. Internationale Fragen</b>	<b>14</b>
1. Gründung der III. Internationale	14
2. Wirtschaftliche und politische Weltlage	14
3. Arbeitsweise der Internationale	15
4. Organisationsfrage	16
5. Disziplin und Fraktionen	17
6. Taktische Fragen bis zum V. Kongress	19
7. Fragen der „neuen Taktik“	20
8. Gewerkschaftsfrage	21
9. Agrarfrage	22
10. Nationale Frage	23
11. Russische Fragen	24
<b>III. Italienische Fragen</b>	<b>27</b>
1. Die Lage in Italien	27
2. Die politische Strömung der kommunistischen Linken	28
3. Tätigkeit der linken Parteiführung	29
4. Beziehungen zwischen der italienischen Sinistra und der Komintern	30
5. Der Ordinovismus als Tradition der jetzigen Parteiführung	31
6. Die politische Tätigkeit der jetzigen Parteiführung	33
7. Gewerkschaftsarbeit der Partei	35
8. Tätigkeit der Partei in der Agrar- und der nationalen Frage	36

9. Die Organisationsarbeit der Parteiführung	36
10. Tätigkeit der Parteiführung in der Frage des Fraktionismus	37
11. Entwurf des Arbeitsprogramms der Partei	38
12. Perspektiven der innerparteilichen Situation	39

### **Anhänge**

Anhang 1: Erklärung auf der 1. Plenarsitzung des Parteitages	41
Anhang 2: Rede vor der politischen Kommission	43
Anhang 3: Für die Nichtteilnahme an den Zentralorganen der Partei	47
Anhang 4: Erklärung im Namen der „Linken“	48
Anhang 5: Auszug aus: Der Kommunismus und die nationale Frage	50

## Vorbemerkung<sup>1</sup>

Ein Dokument wie dieses kann ein gewisses Missverhältnis zwischen den verschiedenen Teilen schwerlich vermeiden, da sich bestimmte Themen und Punkte im Verlauf der Diskussion als dringlicher erwiesen als andere gleich wichtige, die etwas in den Hintergrund rückten. Um das Denken der Gruppe von Gefährten, die die vorliegenden Thesen verfasst hat, wobei auf andere bereits bekannte Texte Bezug genommen wurde (wenngleich sie heute nicht für alle leicht zugänglich sind), möglichst vollständig darzulegen, halten wir es für sinnvoll, zunächst auf einige Dokumente zu verweisen, die der gleichen Richtung angehören und hier bekräftigt und verteidigt werden:

- *Thesen von Rom*, auf dem II. Parteitag der PCd'I<sup>2</sup> am 26.3.1922 angenommen. Der dem Parteitag vorgelegte Text ist veröffentlicht worden in: *Il Comunista* vom 31.12.1921, Nr. 67; *Ordine Nuovo* vom 03.01.1922, Nr. 2; *Il Lavoratore* vom 05.02.1922, Nr. 4960; *Rassegna Comunista* vom 30.01.1922, Nr. 17. Die

---

<sup>1</sup>Zum 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens, der vom 21.-26. Januar 1926 aus Sicherheitsgründen geheim in Lyon (Frankreich) stattfand, stellte der linke Parteiflügel (der bis 1923 die Partei geführt hatte und auf Betreiben der Komintern-Führung in Moskau durch die Gruppe Gramsci/Togliatti/Scoccimarro abgelöst worden war) das vorliegende umfassende Thesenwerk dem Standpunkt der Parteizentrale gegenüber. In Teil I werden die theoretischen Grundfragen, in Teil II die Fragen der kommunistischen Bewegung im Weltmaßstab, in Teil III die lehrreiche Entwicklung der italienischen Fragen behandelt (in der französischen Fassung wurde dieser letzte Teil durch die „Französischen Fragen“ ersetzt). Es war das letzte Mal, dass sich die beiden wichtigsten Strömungen der italienischen Partei gegenübertraten, um ihre Richtlinien darzulegen. (Die Thesen der neuen Parteiführung, von Gramsci und Togliatti formuliert, sind nur zum Teil auf Deutsch übersetzt: Thesen 1-3, 15-25, in: Antonio Gramsci, *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, Frankfurt a.M., Röderberg-Verlag GmbH, 1986, S. 148-164. Im Netz einsehbar unter [www.marxists.org/deutsch/archiv/gramsci/-1926/01/lyonrede.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/gramsci/-1926/01/lyonrede.htm)). Die Divergenzen in den taktischen Fragen zwischen der PCd'I-Minderheit unter Führung Bordigas und der den Richtlinien der Komintern (KI) folgenden Parteizentrale hatten sich zunehmend auf das Grundverständnis, die Grundsätze, und Strategie der noch jungen Parteipolitik ausgedehnt – der Weg zu einer Revision des Marxismus war bereits eingeschlagen worden, aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht durchgesetzt. Die Diffamierung der italienischen Linken, der *sinistra*, war zu dieser Zeit zu offener Feindseligkeit eskaliert, die auch vor persönlichen Angriffen nicht Halt machte. Die Parteiführungen der anderen nationalen Sektionen der Komintern hatten sich diesem Feldzug angeschlossen – wobei sich insbesondere die deutsche KPD-Zentrale hervor-tat –, so dass sich die *sinistra* immer deutlicher isoliert und als „Ultralinke“ verleumdet sah. Nicht allein infolge des faschistischen Terrors, sondern mehr noch aufgrund des im Vorfeld des 3. Parteitages lancierten und vom Komintern-Präsidium unterstützten Feldzuges gegen die Linke seitens der Parteizentrale hatten sich die regionalen Parteisektionen nicht oder kaum versammeln können, um die Thesenpapiere zu diskutieren und darüber abzustimmen [zur Vorbereitung und Durchführung des Parteitages fügen wir an: Anhang 1: „Erklärung auf der 1. Plenarsitzung des Parteitages“, Anhang 2: „Rede (Bordigas) vor der politischen Kommission“]. Dass die Thesen, und nur Teil I, erst eine Woche vor dem Parteitag in *L'Unita* veröffentlicht wurden, ist bezeichnend für die gesamte tendenziöse Parteipresse, die die Schriften der Linken nicht oder verspätet oder nur kommentiert veröffentlichte. Der Parteitag endete mit einem überwältigenden Sieg der Parteimehrheit. Die Neustrukturierung der Partei wurde in Lyon definitiv durchgesetzt, die Linke offiziell des Fraktionismus und der Spaltung der PCd'I beschuldigt. Nichtsdestotrotz sollte, um den Eindruck einer radikal gespaltenen Partei zu vermeiden und die Linke zu disziplinieren, dieselbe in den neu gewählten Führungsgremien vertreten sein [siehe hierzu: Anhang 3: „Für die Nichtteilnahme an den Führungsorganen der Partei“]. Schon Ende 1923, nachdem die Zusammensetzung des Parteivorstandes ausgewechselt worden war, Bordiga jedoch (nach Entlassung aus dem Gefängnis) auf Betreiben des Präsidiums des Exekutivkomitees wieder als Mitglied des Vorstandes eingesetzt werden sollte, hatte dieser die Nominierung mit der Begründung abgelehnt, keine Leitungsfunktion für eine Politik übernehmen zu können, mit der er nicht einverstanden war, sondern sich nur als einfaches Parteimitglied der Disziplin unterordnen zu wollen. Einen Ausschluss aus der Partei wollte er nach wie vor vermeiden. Er zog es vor, aus einer Randposition innerhalb der Partei zu agieren, denn nach seiner Auffassung ließen sich in der historischen Entwicklung fundierte parteiinterne Machtmechanismen nicht auf formellem Wege umkehren, sondern müssten sich aus sich selbst heraus erschöpfen, damit sich das Proletariat eine wertvolle Erfahrung zunutze machen kann.

„Man kann sich fragen, weshalb Bordiga am Ende des Parteitages so scharf reagierte. Im Grunde spitzte seine erzwungene Einbeziehung in den Parteivorstand eine bereits latent bestehende Krisensituation zu, wobei der grundsätzliche Unterschied zwischen den Positionen ans Licht gebracht wurde, die sich auf politischer Ebene schon gegenübergestanden hatten. Bordiga glaubte, in Erwartung besserer Zeiten, den Kampf der Opposition außerhalb der leitenden Parteiorgane fortführen zu können; er beabsichtigte, jede Verantwortung für den neuen Kurs der Partei zurückzuweisen. Er verteidigte die Politik, die die *sinistra* in den vergangenen Jahren verfolgt hatte und in unbestimmter Zukunft zweifellos eine Renaissance erleben würde. Er wollte nichts mit Thesen zu tun haben, die im Keim die Elemente einer völligen Entstellung jedes kommunistischen Ideals, wie er es verstand, in sich trugen.“ (A. Peregalli, S. Saggiolo, *Amadeo Bordiga – La sconfitta e gli anni oscuri (1926-1945)*, Milano, Coop. Colibri, 1998, S. 87.)

wenigen Änderungen, die der Parteitag am ersten Text vorgenommen hatte, wurden veröffentlicht in: *Il Comunista* vom 04.04.1922, Nr. 95; *Il Lavoratore* vom 05.04.1922, Nr. 5014; *Ordine Nuovo* vom 06.04.1922, Nr. 96, *Rassegna Comunista* vom 31.07.1922, Nr. 26.<sup>3</sup>

- *Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale*, vorgelegt auf dem IV. Kongress der Kommunistischen Internationale. Veröffentlicht in: *Stato Operaio* vom 06.03.1924, Nr. 6.

- *Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Italiens* (PCd'I), vorgelegt auf dem IV. Kongress der KI<sup>4</sup>. Veröffentlicht in *Stato Operaio*, gleiche Nummer.

- *Antrag und Thesen*, auf der nationalen Konferenz (beratend) der PCd'I im Mai 1924 [in Como, 18. Mai 1924] angenommen. Veröffentlicht in *Stato Operaio* vom 18.03.1924, Nr. 16.

- *Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale*, vorgelegt auf dem V. Kongress der KI. Veröffentlicht (in französischer und deutscher Sprache) im Bulletin des Kongresses vom 08.07.1924, Nr. 20.

## I. Allgemeine Fragen

### 1. Grundsätze des Kommunismus

Die theoretischen Eckpfeiler der Kommunistischen Partei sind die des Marxismus, auf dessen im Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen wiederhergestellten Grundlagen sich die III. Internationale gründet. Diese Eckpfeiler sind:

- der dialektische Materialismus als allgemeine Weltanschauung und Geschichtsauffassung;
- die in Marx' *Kapital* enthaltenen grundlegenden ökonomischen Theorien als Methode, die bestehende kapitalistische Ökonomie zu erklären;
- die programmatischen Aussagen des *Kommunistischen Manifests* als historischer und politischer Grundriss für die Emanzipation der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Die großartige, siegreiche Erfahrung der russischen Revolution und das Werk Lenins, des Führers und Lehrers des Weltkommunismus, sind die Bestätigung, die Wiederherstellung und die folgerichtige Entwicklung jener ein System bildenden Grundsätze und Methoden. Wer auch nur einen einzigen Teil davon ablehnt, ist kein Kommunist und kann nicht in den Reihen der Internationale kämpfen.

Folglich weist die Kommunistische Partei die Theorien der herrschenden Klasse zurück, von den geistlich-religiösen Lehren, die auf dem Gebiet der Philosophie idealistisch und auf dem der Politik reaktionär sind, bis zu den positivistischen Theorien, den Freidenkern Voltaire'schen Typs, die in der Politik freimaurerisch, antiklerikal und demokratisch sind.

Gleichermaßen lehnt sie die folgenden politischen Schulen ab, die in der Arbeiterklasse eine gewisse Anhängerenschaft gefunden haben: den sozialdemokratischen Reformismus, der die Zusammenarbeit zwischen den Klassen predigt und einen friedlichen Entwicklungsgang, also ohne Waffengewalt, vorsieht, der von der

---

Die erzwungene Einbeziehung der Vertreter der Linken in die Parteiführung (siehe hierzu Anhang 4: „Erklärung im Namen der ‚Linken‘“), die schließlich akzeptiert wurde, blieb für die *sinistra* nach dem 3. Parteitag die einzige Möglichkeit, den Ausschluss aus der Partei zu vermeiden und die Positionen der Linken den Parteimitgliedern darzulegen.

Die *Thesen von Lyon* formulieren die kritische Position der *sinistra* innerhalb der Komintern; sie wurden als interne Kritik verfasst, als Beitrag zur Regeneration der Internationale. Gleichwohl wird hier erstmals – nach dem Ende der revolutionären Periode der Nachkriegszeit –, also bereits 1926, eine Bilanz dieses letzten revolutionären Zyklus gezogen.

Als Quellen für Bordigas Schriften aus dieser Zeit greifen wir vor allem auf die neun Bände: *Amadeo Bordiga, Scritti 1911-1926*, Napoli, Fondazione Amadeo Bordiga, hg. u. eingeführt von Luigi Gerosa, zurück (hier als *Scritti* gekennzeichnet). Soweit nicht anders vermerkt, sind wie stets Anmerkungen in eckigen Klammern im Text sowie alle Fußnoten von d.Übs.

2PCd'I: Partito Comunista d'Italia (Kommunistische Partei von Italien), Sektion der Dritten Internationale. Unter der neuen Parteiführung (Gramscis, Togliattis) ab 1924 wurde diese internationalistische Kennzeichnung de facto aufgegeben. Offiziell lautete der Name erst nach dem Ende der Dritten Internationale PCI.

3Siehe auf dieser Seite: *1921-12-31 – Römer Thesen*. [Rubrik: Alpha] (Der Text u.a. wird zu gegebener Zeit revidiert und ergänzt.)

4KI: Kommunistische Internationale, auch Komintern, Dritte Internationale.

kapitalistischen Macht zur proletarischen Macht führt; den Syndikalismus, der den politischen Kampf der Arbeiterklasse ebenso wie die Notwendigkeit der Partei als höchstem revolutionären Organ geringachtet; den Anarchismus, der die historische Notwendigkeit des proletarischen Staates und der proletarischen Diktatur als Mittel zur Transformation der gesellschaftlichen Ordnung und zur Aufhebung der Klassenspaltung leugnet. Ebenso tritt die Kommunistische Partei den mannigfaltigen Äußerungen des Revoluzzertums<sup>5</sup> entgegen, die, indem sie den oben genannten Strömungen einen kommunistischen Anstrich geben, nur deren Fortbestehen sichern – eine Gefahr, die den heute wohlbekannten Ausdruck „Zentrismus“ trägt.

## 2. Das Wesen der Partei

Der geschichtliche Prozess der Emanzipation des Proletariats und der Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung geht aus der Existenz des Klassenkampfes hervor. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, d.h. er zielt auf die Ergreifung der politischen Macht und die Leitung eines neuen Staatsorganismus. Daher ist das Organ, das den Klassenkampf zum höchsten Sieg führt, die politische Klassenpartei, das einzig mögliche Werkzeug sowohl der revolutionären Erhebung und dann der revolutionären Regierung. Aus diesen grundlegenden und großartigen Marx'schen Aussagen, die von Lenin nachdrücklich hervorgehoben wurden, geht die Bestimmung der Partei als Organisation all derer hervor, die auf dem Boden unserer Weltanschauung stehen, worin sich die historische Aufgabe der revolutionären Klasse zusammenfasst, und entschlossen sind, für den Sieg dieser Klasse zu wirken. Durch die Partei erwirbt die Arbeiterklasse die Kenntnis ihres Weges und den Willen, ihn zu gehen: Eben deshalb stellt die Partei in den aufeinanderfolgenden Phasen des Kampfes historisch die Klasse dar, auch wenn ihre eigenen Reihen nur einen mehr oder minder großen Teil derselben umfassen. Das ist die Bedeutung der Definition der Partei, die Lenin auf dem II. Weltkongress gab.<sup>6</sup>

Dieser Marx'sche und Lenin'sche Begriff der Partei steht im Gegensatz zur typisch opportunistischen Auffassung einer labouristischen oder arbeitertümlerischen Partei, der statutengemäß alle angehören, die ihrer gesellschaftlichen Stellung nach Arbeiter sind. In solchen Parteien, mögen sie zahlenmäßig auch stärker dastehen, können – und in bestimmten Situationen werden – die konterrevolutionären Einflüsse der herrschenden Klasse die Oberhand gewinnen (was sich in der Diktatur von Technokraten und Führern verkörpert, gleich ob diese ihrer Herkunft nach der Arbeiterklasse oder einer anderen Klasse angehören). Marx und Lenin haben deshalb diesen verhängnisvollen Fehler nicht nur theoretisch bekämpft, sondern sind auch praktisch nicht davor zurückgeschreckt, die falsche proletarische Einheit zu brechen, um, auch in Momenten schwindender sozialer Aktivität des Proletariats zumindest durch kleine, am revolutionären Programm festhaltende Gruppen die Kontinuität der politischen Funktion der Partei hinsichtlich der sukzessiven Aufgaben des Proletariats zu gewährleisten. Dies hat sich als der einzig mögliche Weg erwiesen, damit sich zukünftig der größtmögliche Teil der Arbeiter um die Führung und unter dem Banner einer kampffähigen Kommunistischen Partei schart.

Da die jeweiligen Berufs- und Ortsgruppen lediglich dahin drängen, die partiellen, durch die direkten Folgen der kapitalistischen Ausbeutung bestimmten Bedürfnisse zu befriedigen, vermag eine *immediatistische*<sup>7</sup> Arbeiterorganisation den politischen, daher revolutionären Aufgaben nicht gerecht zu werden. Erst wenn eine politische, durch den *politischen* Beitritt ihrer Mitglieder gekennzeichnete Partei an der Spitze der Arbeiterklasse eingreift, verdichten sich jene partikulären Antriebe immer mehr zu einer gemeinsamen Auffassung und zielgerichteten Handlung, wodurch die Einzelnen und Gruppen befähigt werden, jeden Partiku-

<sup>5</sup>Ital.: spurio rivoluzionarismo.

<sup>6</sup>„Nun, das ist eben eins der Hauptmerkmale der politischen Arbeiterparteien, daß sie nur die Minderheit ihrer Klasse umfassen können unter den kapitalistischen Verhältnissen, (...)“ (*Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*, S. 87. Die Protokolle der Weltkongresse der Komintern sind im Verlag der Kommunistischen Internationale 1921 u. 1923 erschienen, Moskau. Nachdruck d. Ausg.: Hamburg, Berlin, Carl Hoym Nachf., 1971, 1978, 1983, 1984 u.a. (Reprint: Erlangen, Karl-Liebknecht Verlag, 1971, 1972 u. 1973. Diesen entnehmen wir Zitate und Seitenangaben. Quellenverweis im Folgenden: „*Protokoll, (...) Weltkongress*“).

<sup>7</sup>Immediatismus (lat.): ein deutsches Äquivalent wäre vielleicht „Gegenwartsversessenheit“, als spezifisch politischen Begriff behalten wir aber „Immediatismus“ im Sinne von Unmittelbarkeitsdenken bei. Mit diesem Ausdruck bezeichnet Bordiga jene politische Richtung, die nur die sofortige Lösung der aktuellen Tagesfragen ins Auge fasst, ohne nach deren tieferliegenden mittelbaren Ursachen zu fragen. Der sich aus dieser Auffassung ergebende Aktivismus führt auf politischer Ebene direkt in den Opportunismus, der, wie Engels in seiner Kritik des 12. Kongresses der französischen Arbeiterpartei im September 1894 sagt, „die Zukunft der Partei einem Tageserfolg opfert.“ (Brief an Lafargue, MEW 39, S. 324)

larismus zu überwinden und die Schwierigkeiten und Opfer für den allgemeinen und entscheidenden Sieg der Arbeiterklasse auf sich zu nehmen. Die Bestimmung der Partei als Arbeiterpartei hat bei Marx und Lenin nicht die vulgär-statistische und statutenkonforme, sondern eine historische und zielgerichtete Bedeutung.

Jede Auffassung über die innerparteilichen Organisationsfragen, die auf den labouristischen Parteibegriff zurückgeht, stellt eine schwerwiegende theoretische Abweichung dar und läuft Gefahr, in den Opportunismus abzurutschen, denn sie ersetzt das revolutionäre Weltbild durch das demokratische und misst den utopistischen Systemen ausgeklügelter Organismen mehr Bedeutung bei als der dialektischen Wirklichkeit des Kräftezusammenstoßes der antagonistischen Klassen. Durch eine Organisationsformel kann weder die Gefahr einer Versumpfung der revolutionären Bewegung abgewendet noch die notwendige Kontinuität des politischen Kurses bei Parteiführern und -aktivisten sichergestellt werden. Erst recht nicht durch eine Formel, nach der nur ein „richtiger“ Arbeiter Kommunist sein kann; eine Formel, die, wie eine lange Erfahrung gelehrt hat, in den allermeisten Fällen (ob auf Personen oder Parteien bezogen) widerlegt wurde. Die diesbezügliche Garantie muss anderswo gesucht werden, soll nicht dem grundlegenden marxistischen Postulat widersprochen werden: „Die Revolution ist keine Frage der Organisationsform“<sup>8</sup>, in diesem Grundsatz ist die ganze Errungenschaft des wissenschaftlichen Sozialismus gegenüber den ersten phantastischen Schilderungen des Utopismus zusammengefasst.

Von dieser Auffassung über das Wesen der Klassenpartei muss ausgegangen werden, um die aktuellen und unmittelbaren, situationsbedingten Fragen der inneren Organisation der Internationale und der Parteien zu beantworten.

### 3. Aktion und Taktik der Partei

Allgemein ausgedrückt beantwortet die Taktik die Frage danach, wie die Partei auf verschiedene Situationen und auf andere Gruppen, Organe und Einrichtungen in der Gesellschaft, in der sie sich bewegt, einwirkt. Die allgemeinen taktischen Fragen sind in Verbindung mit der Gesamtheit unserer Prinzipien festzulegen; in einem zweiten Schritt sind die konkreten Handlungsmaßregeln für die verschiedenen praktischen Tätigkeitsbereiche sowie die historischen Entwicklungsphasen genau zu bestimmen.

Dadurch, dass sie der revolutionären Partei ihren Platz und ihre Aufgabe in der Palingenese der Gesellschaft zuweist, löst die marxistische Theorie die Frage der Freiheit und Determination in der menschlichen Tätigkeit auf die großartigste Art und Weise. Auf die Abstraktion „Individuum“ angewandt, wird diese Frage noch lange Gegenstand der metaphysischen Kopfgeburten der Philosophen im Dienste der herrschenden und morbiden Klasse sein. Der Marxismus indes beleuchtet die Frage von einer wissenschaftlichen und objektiven Gesellschafts- und Geschichtsauffassung aus.

So wie wir himmelweit von jener Ansicht entfernt sind, nach der ein Individuum, oder das Individuum, nach Belieben und dank einer Art ihm von Gott verliehenen Gabe unerschöpflicher Entschlusskraft auf die äußere Umwelt einwirkt und sie zu formen bzw. zu verformen vermag, so verwerfen wir auch die voluntaristische Auffassung der Partei, wonach ein kleiner, von einem Glaubensbekenntnis beseelter Kreis dieses mit einer ungeheuren Willensanstrengung und einem ungezügelt und heroischen Tatendrang in die Welt trägt und ihr aufzwingt.

Andererseits wäre es eine abwegige und törichte Auslegung des Marxismus anzunehmen, dass uns, weil sich der historische und revolutionäre Prozess nach klaren Gesetzen entwickelt, nichts anderes übrig bliebe, als objektiv, sachlich zu erforschen, welches diese Gesetze sind und zu versuchen, Voraussagen abzugeben, ohne dass auf dem Gebiet der Aktion irgendetwas zu tun bliebe – eine überaus fatalistische Sicht der Dinge, die gleichbedeutend damit wäre, die Notwendigkeit der Existenz und Funktion der Partei zu leugnen.

---

<sup>8</sup>Diese Aussage, die Bordiga auch in seinen Schriften nach dem Zweiten Weltkrieg oft wiederholte, ist den „Thesen über kommunistische Grundsätze und Taktik“ entnommen, die auf dem 2. Parteitag der KPD (Spartakusbund) bestätigt wurden, der vom 20. bis 23. Oktober 1919 illegal in Heidelberg und anderen Städten stattfand. Veröffentlicht wurden die Thesen in *Kommunismus* Nr. 37, 14. Februar 1920 [dies war auch Bordigas Quelle] Wir zitieren aus der These 5. „(...) Die Anschauung, als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, daß die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei, wird als Rückfall in kleinbürgerliche Utopie abgelehnt.“ (*Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Band VII/1, Berlin Dietz Verlag, 1966, S. 133. Siehe auch in: *Der deutsche Kommunismus – Dokumente 1915-45*, 3. Aufl., hg. u. kommentiert von Hermann Weber, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1973, S. 7: Hier liegt allerdings ein Druckfehler vor: Statt Organisationsform heißt es hier „Organisationsreform“).

Der marxistische Determinismus ist kein goldener Mittelweg zwischen diesen beiden Auffassungen, sondern kraft seiner Einzigartigkeit beiden gleichermaßen überlegen. Eben weil sie nicht aprioristisch ist oder sich anmaßt zu behaupten, es gäbe einen einzigen abstrakten Schlüssel für alle Epochen und Gesellschaftsformen, ist die marxistische Lösung dieser Frage dialektisch und historisch.

Auch wenn der heutige Stand der Wissenschaft nur ansatzweise eine Untersuchung über die Gründe individuellen Handelns erlaubt, (wobei vom Physischen und Biologischen auszugehen wäre, um zu einer Wissenschaft des Psychologischen zu gelangen), beantwortet sich die Frage doch auf dem Terrain der Gesellschaftswissenschaft, indem man – wie Marx es tat – die Forschungsmethoden der positiven und experimentellen Wissenschaft anwendet, deren Erbe der Marxismus antrat und die nicht zu verwechseln sind mit den Methoden, die die angeblich materialistische und positivistische Philosophie in der Aufstiegsphase der bürgerlichen Klasse anwandte. Wenn – nachdem das Feld von allen überkommenen ideologischen Rückflüssen gereinigt wurde – den wechselseitigen Beziehungen der Individuen durch das kritische Studium der Ökonomie und Geschichte Rechnung getragen wird, kann in einem bestimmten Sinn die Unbestimmtheit in den individuellen Prozessen außer Acht gelassen werden. Von hier aus gelangt der Marxismus zu einem System von Kenntnissen, das kein in alle Ewigkeit geltendes Evangelium ist, sondern ein lebendiges Werkzeug, um die Gesetzmäßigkeiten des geschichtlichen Werdegangs zu erkennen und zu befolgen. Das Fundament dieser Theorie bilden die Marx'schen Entdeckungen über den ökonomischen Determinismus, so dass die Untersuchung der Produktionsweisen und -verhältnisse sowie der Entwicklung der technischen Produktionsmittel die objektive Grundlage liefern, von der aus die Gesetze des gesellschaftlichen Lebens und in einem gewissen Maße auch die Voraussage der künftigen Entwicklung dargelegt werden können.

Nachdem wir all dies in Erinnerung gerufen haben, ist festzuhalten, dass die entscheidende Lösung nicht darin besteht zu sagen: Da der Universalschlüssel gefunden ist, reicht es, den ökonomischen Phänomenen ihren immanenten Gesetzen folgenden Verlauf nehmen zu lassen, damit eine bestimmte und vorhergesehene Reihe politischer Ereignisse eintritt.

Unsere Kritik spricht nicht so sehr dem, was die Einzelnen (auch wenn sie als Protagonisten der geschichtlichen Ereignisse gelten) für ihre Handlungen halten, jegliche Bedeutung ab, wohl aber den Absichten und Zielsetzungen, die sie glauben ihren Handlungen zugrunde zu legen. Doch gleichzeitig lässt sich nicht abzustreiten, dass ein kollektiver Organismus, wie die Klassenpartei, über Entschlusskraft und Willen verfügt und verfügen muss. In unseren grundlegenden Texten ist die Lösung dieser Frage wiederholt dargelegt worden.

Die Menschheit und ebenso ihre mächtigsten Vereinigungen wie Klassen, Parteien und Staaten nehmen sich fast wie ein Spielball in den Händen der ihnen bis heute zum größten Teil unbekanntem ökonomischen Gesetze aus: Diese Vereinigungen haben weder eine theoretische Kenntnis der ökonomischen Prozesse noch die Möglichkeit, sie zu bestimmen und zu lenken. Doch für die in der heutigen geschichtlichen Epoche auftretende Klasse, das Proletariat, und die politischen Vereinigungen (Partei und Staat), die aus ihr hervorgehen müssen, stellt sich die Frage anders. Es ist die erste Klasse, die keinen Grund hat, ihre Machtergreifung durch soziale Privilegien und Klassentrennung abzusichern, um eine neue Klasse zu unterwerfen und auszubeuten. Gleichzeitig ist sie die erste, die befähigt ist, eine Theorie der ökonomischen, historischen und gesellschaftlichen Entwicklung zu formulieren, eben den marxistischen Kommunismus.

Zum ersten Mal also kämpft eine Klasse für die Aufhebung der Klassen überhaupt und für die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, nicht bloß für eine Umwandlung der gesellschaftlichen Eigentumsformen.

Zusammen mit seiner Emanzipation von der heute herrschenden und mit allen Vorrechten ausgestatteten Klasse besteht das Programm des Proletariats in der Befreiung des menschlichen Gemeinwesens von der Versklavung durch die ökonomischen Gesetze, die es erkennt, um diese in einer endlich planmäßigen und wissenschaftlichen Ökonomie zu beherrschen, die dem direkten Eingreifen der menschlichen Tätigkeit unterworfen wird. Aus diesem Grund und in diesem Sinn schrieb Engels, dass die proletarische Revolution „der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“<sup>9</sup> ist.

Freiheit hat jedoch nichts damit zu tun, den trügerischen Mythos des Individualismus wieder aufleben zu lassen, der das *Ich* von den Einwirkungen seiner Außenwelt befreien will, während das Geflecht dieser Einwirkungen in Wirklichkeit immer feinmaschiger wird und sich das Leben des Einzelnen immer weniger vom gemeinschaftlichen Leben loslösen lässt. Nein, die Frage stellt sich hier auf einer anderen Ebene; Freiheit

<sup>9</sup>Friedrich Engels: *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft* (1880). [MEW 19, S. 226], auch in: Friedrich Engels: *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft* (1878). [MEW 20, S. 264]

und Wille sind Attribute einer Klasse im Werden eines menschlich einheitlichen Aggregats, das dann nur noch gegen die widrigen Kräfte der äußeren physischen Welt zu kämpfen hat.

Wenn die proletarische Menschheit<sup>10</sup>, von der wir noch weit entfernt sind, erst frei sein wird und mit einem Willen befähigt ist, der keine gemütsbewegende Illusion, sondern die Fähigkeit ist, die Ökonomie im weitesten Sinne des Wortes zu beherrschen und zu organisieren; wenn die proletarische Klasse einstweilen noch auf ihrem eigenen Handlungsterrain von äußeren Einflüssen *determiniert* ist, wenngleich weniger stark als die anderen Klassen, gibt es dennoch ein Organ, in dem sich das Maximum an Willens- und Entschlusskraft für alle Tätigkeits- und Kampfbereiche zusammenballt, nämlich die politische Partei – natürlich nicht irgendeine, sondern die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, die durch ein einziges Band mit den höchsten Zielen des historischen Werdens verbunden ist.

Diese Willenskraft in der Partei, ebenso wie ihr theoretisches Bewusstsein und Rüstzeug, sind eine spezifisch kollektive Funktion der Partei. Die marxistische Erklärung der Aufgabe, die in der Partei ihren Führern zugewiesen wird, macht diese zu Werkzeugen und Akteuren, durch die sich die Fähigkeiten, die Ereignisse zu verstehen und zu erklären, das Handeln zu wollen und zu lenken, am klarsten ausdrückt – die Quelle dieser Fähigkeiten bleibt jedoch immer an die Existenz und die Merkmale des kollektiven Organs gebunden. Das sind die Gründe, weshalb die marxistische Auffassung von der Partei und ihrem Kampf, wie schon gesagt, sowohl dem Fatalismus widersteht als auch vor jeder voluntaristischen Haltung im individuellen Sinn zurückschreckt. Wenn Ersteres dadurch gekennzeichnet ist, den Phänomenen, auf die man nicht einzuwirken weiß, passiv entgegenzusehen und dahin führt, vielleicht nicht die Funktion und Bedeutung der Partei überhaupt zu leugnen, so doch jedenfalls dazu, sie kurzerhand der Arbeiterklasse im rein ökonomisch-numerischen Sinn zu adaptieren, zeichnet sich die voluntaristische Haltung dadurch aus, von jedem Parteimitglied theoretische Klarheit, Willensstärke und Opfergeist, kurz, besonders sittliche, besonders „reine“ Haltungen zu verlangen. Das Ergebnis dessen ist, die Partei in eine *élite* zu verwandeln, die sich von der Arbeiterklasse löst und über ihr steht. Ebenso wie der arbeitertümlerische Begriff wird der der intellektuellen und moralischen *élite* verurteilt; beide sind dem Marxismus fremd und treffen sich auf dem Weg, der in den Opportunismus mündet. Die in der vorhergehenden These über das Wesen der Partei angedeuteten Schlussfolgerungen werden so nochmals bekräftigt.

Da die Frage der Taktik auf demselben Boden wie die Frage des Wesens der Partei gefunden wird, ist die marxistische Lösung zu unterscheiden:

- von einer theoretischen Ablösung gegenüber der Realität des Klassenkampfes, die sich mit abstrakter Gelehrsamkeit zufrieden gibt und die konkrete Aktivität hintanstellt;
- vom moralischen Ästhetizismus<sup>11</sup>, der durch große Taten und die heroische Haltung winziger Minderheiten neue Situationen und historische Bewegungen hervorzubringen sucht;
- vom Opportunismus, der das Gebundensein an die Prinzipien, also an die allgemeinen Ziele der Bewegung außer Acht lässt und um des unmittelbaren, scheinbaren Erfolgs willen für einzelne und beschränkte Forderungen eintritt, unbekümmert darum, ob sie der notwendigen Vorbereitung auf die höchsten Eroberungen der Arbeiterklasse widersprechen oder nicht.

Unfähig, die dialektischen Etappen des wirklichen historischen Verlaufs zu begreifen, leidet die anarchische Politik sowohl unter theoretischer Sterilität als auch unter der voluntaristischen Illusion, wonach sich gesellschaftliche Prozesse durch das Beispiel und die Opferbereitschaft einiger weniger abkürzen lassen.

<sup>10</sup>Zur Erinnerung: Proletariat kommt von *proles* (lat.): Nachkommen; im Wort selbst ist demnach die enge individuelle Anschauung schon ausgelöscht.

<sup>11</sup>Wahrscheinlich Anspielung auf Georges Sorel (1847-1922), franz. Philosoph und Vordenker des Syndikalismus, der einen Vitalismus der Arbeiterklasse verklärte und mehr aus ästhetischen als aus ökonomisch-sozialen Gründen eine Umwandlung der Gesellschaft erwartete. Die Produzentenideologie Sorels (und Proudhons) hatte einen gewissen Einfluss auf die revolutionären Syndikalisten (die in Italien lange Zeit den linken Flügel der Sozialistischen Parteien repräsentierten) und später auch auf Gramsci als Ideologen der Turiner Fabrikrätebewegung. „Der Haupttheoretiker des romanischen Syndikalismus sah seinen Platz in den Geschichtsbüchern als Überwinder des „teutonischen“ marxistischen Denkens; doch während Marx in einer leidenschaftlichen und ewigen Jugend lebendiger denn je ist, verdorrt sein altersschwacher Kritiker zwischen den letzten Zuckungen einer eklektisch bürgerlichen und verblichenen Geistesgröße. In seinen letzten intellektuellen Lebensabschnitten tappt er im Dunkeln umher, wobei er hin und wieder auf unschöne Wiese an den groben Fehlern hängen bleibt – gestern des Neokatholizismus, heute einer unglücklichen Interpretation des Leninismus und morgen wer weiß welche anderen Erscheinungen theoretischer Abgeschmacktheit.“ (Auszug aus: „Sorel e l’Internazionale“, in *Il Comunista*, Nr. 19, 7. April 1921; vgl. *Amadeo Bordiga, Scritti*, Bd. 5, S. 199).

Die sozialdemokratische Politik geht sowohl auf eine theoretisch fatalistische Auffassung des Marxismus zurück, wonach die Revolution langsam und von selbst heranreife, ohne dass sich der proletarische Wille in einer Insurrektion manifestiert, als auch auf einen voluntaristischen Pragmatismus, der auf sofortige Ergebnisse seiner Initiativen und täglichen Interventionen nicht verzichten kann und sich damit begnügt, für Ziele zu kämpfen, die nur dem Anschein nach bestimmten Arbeitergruppen zum Vorteil gereichen. Es geht dann schlicht um der Unternehmerschaft und dem bürgerlichen Staat abgerungene Reformen, Zugeständnisse, partielle Vorteile wirtschaftlicher oder politischer Natur. Statt auf den Sieg des Proletariats hinzuwirken wird so nur der Herrschaftssicherung der bürgerlichen Klasse in die Hände gespielt.

Werden theoretische Bestimmungen der „modernen“ voluntaristischen und pragmatischen Philosophie idealistischer Prägung (Bergson, Croce, Gentile<sup>12</sup>) künstlich in die Klassenbewegung importiert, bereitet dies nur die opportunistische Durchsetzung neuer reformistischer Phasen vor und kann nicht als Reaktion auf den Reformismus ausgegeben werden, bloß weil dieser formell einen Hang zum bürgerlichen Positivismus aufweist.

Die Parteiarbeit kann und darf sich nicht auf eines von beiden beschränken: entweder die Reinheit der theoretischen Prinzipien und organisatorischen Geschlossenheit zu wahren oder um jeden Preis unmittelbare Erfolge und große Popularität zu erringen. Sie umfasst zu jeder Zeit und in jeder Lage folgende drei Faktoren:

a) die grundlegenden programmatischen Postulate, d.h. das theoretische Bewusstsein der Bewegung der Arbeiterklasse, sind in allen neu eintretenden Situationen zu verteidigen und immer genauer zu formulieren;

b) die Kontinuität der Organisationsstruktur und Schlagkraft der Partei ist ebenso zu gewährleisten wie ihre Verteidigung gegenüber dem Eindringen von dem revolutionären Interesse des Proletariats fremden und entgegengesetzten Einflüssen;

c) an allen auch durch Teilinteressen hervorgerufenen Kämpfen der Arbeiterklasse ist aktiv teilzunehmen, um deren Entwicklung voranzutreiben, wobei die Errungenschaften des Klassenkampfes als Brücken zu den unerlässlichen zukünftigen Kämpfen deutlich zu machen sind und nie die Verbindung mit den höchsten revolutionären Zielen außer Acht gelassen werden darf; ebenso muss vor der Gefahr gewarnt werden, sich nach Teilsiegen zurückzulehnen und sie gegen die Bedingungen der Aktion und Kampflust des Proletariats einzutauschen. Diese bestehen in der Selbständigkeit und Unabhängigkeit seiner Theorie und seiner Organisationen, in erster Linie der Partei.

Das höchste Ziel dieser vielschichtigen Parteitätigkeit besteht darin, die *subjektiven* Bedingungen für die revolutionäre Vorbereitung des Proletariats zu schaffen, d.h. es zu befähigen, die objektiven revolutionären Möglichkeiten, sobald sie historisch auftreten, zu nutzen, um aus dem Kampf nicht als Geschlagener, sondern als Sieger hervorzugehen.

All dies muss im Auge behalten werden, wenn man die Fragen nach den Beziehungen zwischen der Partei und den proletarischen Massen, zwischen der Partei und den anderen politischen Parteien und zwischen dem Proletariat und den anderen Gesellschaftsklassen klären will. Falsch ist folgende taktische Aussage: Jede

---

<sup>12</sup>Henri Bergson (1859-1941), französischer idealistischer Philosoph (Vitalismus), begründete die idealistische „Lebensphilosophie“, Kritiker des materialistischen Weltbildes und des Determinismus. Beeinflusste Sorel... und Mussolini. „Ich kenne die Kommunisten. Ich kenne sie, weil ein Teil von ihnen meine... wohlgemerkt... geistigen Kinder sind, und ich gebe mit einer Aufrichtigkeit, die zynisch erscheinen mag, zu, dass ich der erste war, der diese Leute infiziert hat, als ich ein wenig Bergson gemischt mit viel Blanqui in den sozialistischen Kreisen verbreitete.“ (Rede Mussolinis vor der Abgeordnetenkammer am 21. Juni 1921; Bordiga zitiert dies im Artikel: „Il pioniere di Bergson“, *Il Comunista*, Nr. 40, 26. August 1921; zitiert in: *Scritti*, Bd. 5, S. 468, Fußnote 4.)

Benedetto Croce (1866-1952), italienischer Philosoph und Politiker; Croce, der „Laienpapst“ (Gramsci) des ital. Bürgertums“, war Idealist, ein Jünger Hegels, führender Ideologe des nationalliberalen Italien; als Politiker war Croce Führer der liberalen Partei und Antifaschist, der in seinen Schriften das liberale, „gute alte Italien“ (italietta) des 19. Jahrhunderts beschwor. Einem Artikel Gramscis vom Februar 1917 („La città futura“) ist eine Notiz vorangestellt, in der, wie Gramsci später sagte, „ich schrieb, dass, so wie der Hegelianismus die Prämisse der Philosophie der Praxis im 19. Jahrhundert gewesen ist (...), so könnte auch die Philosophie Croces in unseren Tagen, in unserer Generation, die Prämisse einer Wiederaufnahme der Philosophie der Praxis sein. (...) und ich war tendenziell eher Crocianer.“ (Antonio Gramsci, *Gefängnishefte*, 10 (XXIII), 1932-1935.)

Giovanni Gentile, 1875-1944; neben Croce maßgeblicher Philosoph der Jahrhundertwende, Neo-Hegelianer, gilt später als einer der führenden Intellektuellen des ital. Faschismus. Erziehungsminister im ersten Kabinett Mussolinis. Siehe auch: [https://de.wikipedia.org/wiki/Giovanni\\_Gentile](https://de.wikipedia.org/wiki/Giovanni_Gentile)

wirkliche kommunistische Partei hat *in jeder Lage* eine Massenpartei zu sein, muss also eine sehr große Mitgliederzahl und breiten politischen Einfluss in der Arbeiterschaft haben, zumindest so viel, dass die angeblichen Arbeiterparteien zurückgedrängt werden. Diese Aussage ist eine Karikatur der These Lenins, der 1921 eine praktische und auf eine bestimmte Situation bezogene vollkommen richtige Losung formulierte, nämlich dass es zur Eroberung der Macht nicht ausreicht, „wahrhaft“ kommunistische Parteien zu haben, die in den entscheidenden Kampf geworfen werden, sondern dass dazu numerisch starke Parteien mit breitem Einfluss im Proletariat unabdingbar sind.<sup>13</sup> Diese These ist gleichbedeutend mit der Aussage, nach der die Partei in der der Machteroberung direkt vorhergehenden Phase die Massen auf ihrer Seite, sie wirklich erobert haben muss. Gefährlich an dieser Formulierung ist in gewisser Weise nur der Ausdruck *Mehrheit* der Massen<sup>14</sup>, denn er setzte und setzt die „buchstabentreuen“ Leninisten der Gefahr sozialdemokratischer Auslegungen sowohl in Bezug auf die Theorie wie auch der Taktik aus. Zum anderen: Auch wenn dies eine vollkommen richtige Auffassung ausdrückt und der praktischen Gefahr vorbeugt, mit ungenügenden Kräften und in noch nicht reifen Momenten „Verzweiflungsaktionen“ durchzuführen, setzt man sich doch – solange nicht gesagt wird, wo man die Mehrheit haben muss, ob in den Parteien, den Gewerkschaften oder in anderen Organen – einer anderen Gefahr aus, nämlich vom Kampf gerade dann abzulenken, wenn er möglich ist und sich gebieterisch aufdrängt, also mit wirklich „leninistischer“ Entschiedenheit und Entschlusskraft aufzunehmen ist.

Dass die Partei am Vorabend des Kampfes um die Macht die Massen auf ihrer Seite haben muss, ist in der törichten Auslegung der heutigen Pseudoleninisten zu einer Formel mit überaus opportunistischem Klang geworden, wenn nämlich behauptet wird, die Partei müsse „in jeder Lage“ eine Massenpartei sein.

Es gibt Situationen, die für die Revolution objektiv ungünstig sind, die hinsichtlich des Kräfteverhältnisses weit von ihr entfernt sind (auch wenn sie zeitlich gesehen weniger weit entfernt als andere sein können, da die historische Entwicklung – wie der Marxismus lehrt – ganz verschiedene *Geschwindigkeiten* aufweist). Will man in einer solchen Situation um jeden Preis Massenparteien und vorherrschenden Einfluss auf die Massen haben, lässt sich das nur erreichen, wenn auf die kommunistischen Grundsätze und Methoden verzichtet und eine sozialdemokratische und kleinbürgerliche Politik betrieben wird. Man muss mit Nachdruck sagen, dass das Proletariat in bestimmten Situationen, ob vergangenen, gegenwärtigen oder zukünftigen, in seiner Mehrheit zwangsläufig eine Stellung bezieht, in der es sich nicht-revolutionär oder träge verhält, oder sogar, je nach Gegebenheit, mit dem Feind kollaboriert; dennoch und trotzdem bleibt das Proletariat immer und überall die potentiell revolutionäre Klasse und Träger der revolutionären Erhebung, sofern sich die Kommunistische Partei in seiner Mitte nicht darauf einlässt (und ohne je eine Gelegenheit zu grundsätzlichen Aussagen und Erklärungen auszulassen), den scheinbar leichteren Weg zu gehen. Das verspricht vielleicht sofortige Popularitätserfolge, brächte die Partei jedoch von ihrer Aufgabe ab und nähme dem Proletariat den unerlässlichen Stützpunkt für die Wiederaufnahme seines Kampfes. Auf diesem dialektischen und marxistischen, nie jedoch ästhetischen und moralischen Boden stehend, ist die ungeheuerliche opportunistische Formel rigoros zurückzuweisen, der zufolge eine kommunistische Partei die Freiheit habe, alle Mittel auszuschnüpfen und alle Methoden anzuwenden.

Es wird behauptet, gerade weil die Partei wahrhaft kommunistisch ist, also feste Grundsätze hat und organisatorisch gefestigt ist, sind alle Kunstgriffe des politischen Manövers erlaubt; dabei wird aber vergessen, dass die Partei für uns nicht nur Faktor, sondern gleichzeitig Produkt der historischen Entwicklung ist und das Proletariat den Kräften dieser Entwicklung noch stärker ausgesetzt ist als die Partei. Beeinflusst wird das Proletariat nicht durch das, was sich die Parteiführer als Rechtfertigung gewisser „Manöver“ zurechtlegen, sondern durch die tatsächlichen Folgen dieser Manöver, die man vorhersehen können muss, indem aus den bitteren Erfahrungen früherer Fehler gelernt wird. Nicht allein mithilfe theoretischer *Glaubensbekenntnisse* oder disziplinarischer Sanktionen wird sich die Partei gegen Entgleisungen schützen, sondern nur, wenn sie auf dem Terrain der Taktik zu handeln weiß und durch genau bestimmte und von allen anerkannte Aktionsregeln verhindert, dass falsche Wege eingeschlagen werden.

Ein weiterer Fehler in der allgemeinen Frage der Taktik, der direkt auf die klassisch opportunistische und von Marx und Lenin zertrümmerte Position zurückgeht, ist folgende Aussage: Natürlich wird die Partei der einst Faktor der definitiv proletarischen Revolution sein; da sich die Partei aber bewusst ist, dass die Bedin-

<sup>13</sup>Bezieht sich auf die Rede Lenins am 1. Juli 1921 auf dem III. Weltkongress zur „Verteidigung der Taktik“. *Protokoll des III. Weltkongresses*, S. 508 ff.; nachgedruckt in: LW 32, Dietz-Verlag, Berlin, S. 491-500.

<sup>14</sup>Die Losung der „Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse“ wurde offiziell erstmals in der 3. These der „Thesen über die Taktik“ auf dem III. Weltkongress am 12. Juli 1921 ausgegeben.

gungen dafür nur durch die Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Formen heranreifen, muss sie sich, wenn „im Vorfeld“ Klassen- und Parteienkämpfe entstehen, zwischen den zwei gegnerischen Kräften auf diejenige Seite schlagen, die eine bessere Ausgangslage für die allgemeine historische Entwicklung bietet und diese mehr oder minder offen unterstützen und sich mit ihr verbünden.

Die Prämisse einer solchen Politik stimmt erstens deshalb nicht, weil dieses typische Schema einer in allen Einzelheiten festgesetzten gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, das dem definitiven Anbruch des Kommunismus optimal aufeinanderfolgende Phasen vorhergehen lässt, eine ausgesprochen opportunistische Lesart des Marxismus ist und die Basis für alle Kautskys<sup>15</sup> bildet, die russische Revolution und die heutige kommunistische Bewegung zu diffamieren. Ebenso wenig lässt sich die allgemeine These aufstellen, wonach die besten Bedingungen für eine schlagkräftige Parteiarbeit in bestimmten bürgerlichen Regierungsformen zu finden seien, etwa in den am meisten demokratischen: Wenn reaktionäre und „rechte“ Maßnahmen der bürgerlichen Regierungen das Proletariat in der Tat oft gebremst haben, so haben die liberale und *linke* Politik den Klassenkampf noch öfter erstickt und die Arbeiterklasse von entscheidenden Kämpfen abgelenkt. Dem Marxismus entsprechend, der den demokratischen, evolutionistischen und progressiven Zauber der bürgerlichen Epoche gebrochen hat, und also viel genauer bewerten wir diesen Punkt, wenn wir feststellen, dass die Bourgeoisie ihre konterrevolutionären Interessen durch einen Wechsel ihrer Regierungsmethoden und -parteien durchzusetzen sucht, was ihr auch oft gelingt. Unsere gesamte Erfahrung lehrt, dass der Opportunismus immer dann gesiegt hat, wenn er das Proletariat durch die sukzessiven Ereignisse der bürgerlichen Politik in Bann ziehen konnte.

Zweitens, selbst wenn es stimmen würde, dass gewisse Regierungswechsel der weiteren Entwicklung des proletarischen Kampfes nutzen, zeigt die Erfahrung doch zur Genüge, dass dies nur unter einer Bedingung zutrifft, nämlich der Existenz einer Partei, die die Massen frühzeitig vor der Enttäuschung gewarnt haben wird, die auf vermeintlich unmittelbare Erfolge eintreten muss; vor allem aber der Fähigkeit der Partei zum selbständigen Handeln, und zwar auch schon vor dem Ausbruch des Kampfes, von dem wir sprechen, denn das Proletariat folgt ihr aufgrund ihrer konkreten Haltung und nicht, weil die Partei nach bestimmten Schemata agiert, die offiziell anzuwenden ihr opportun erscheinen. Im Laufe der dem Entscheidungskampf vorhergehenden Gefechte wird die Kommunistische Partei daher keine Aktionen leiten oder Reformen durchsetzen, die die Klasse, deren organischer Ausdruck sie ist, nicht direkt angehen. Ebenso wenig wird sie ihren Charakter und ihre selbständige Haltung gegen eine Art Versicherungsgesellschaft zugunsten aller angeblich „erneuernden“ politischen Bewegungen eintauschen, oder zugunsten politischer Systeme, deren Bestehen das, wie man sagt, „kleinere Übel“ darstelle.

Gegen diese notwendige Aktionslinie wird so oft wie falsch Marx' Aussage aus dem „Manifest“ ins Feld geführt, nach der die Kommunisten überall „jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände“<sup>16</sup> unterstützen, ferner die Lehre Lenins über die „Kinderkrankheit des Kommunismus“. Das Spintisieren in unserer Bewegung über diese Aussagen unterscheidet sich seinem innerem Wesen nach nicht von dem, was Revisionisten und Zentristen seit jeher gemacht haben, wenn sie – ob ihre Führer nun Bernstein<sup>17</sup> oder Nenni<sup>18</sup> heißen – sich erdreisteten, die marxistischen Revolutionäre im Namen Marx' und Lenins zu verhöhnen.

15Karl Kautsky (1854-1938), Marxist der ersten Generation, marxistischer Theoretiker und Führer der SPD und der Zweiten Internationale, der den Marxismus gegen den Revisionismus verteidigte. Seit dem Magdeburger Parteitag in 1910 wurden die Gegensätze in den Auffassungen über die Verwirklichung der proletarischen Revolution offen, 1914 befürwortete Kautsky die nationale Verteidigung und die Burgfriedenspolitik, 1916 einer der Führer der USPD. „Seit Kriegsbeginn hat es Kautsky, immer rascher fortschreitend, in dieser Kunst, Marxist in Worten und Lakai der Bourgeoisie in der Tat zu sein, bis zur Virtuosität gebracht“ [„Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, LW 28, S. 231/232].

16*Manifest der Kommunistischen Partei*. (MEW 4, S. 493)

17Eduard Bernstein (1850-1932): Führer des opportunistischen Flügels der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale; „Stammvater“ des Revisionismus: „Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles.“ *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Nachdruck der Ausgabe von 1899, Norderstedt, Hansebooks GmbH, 2017.

18Pietro Nenni (1891-1980), Musterexemplar eines Opportunisten, 1914 Mitglied der Republikanischen Partei, Kriegsbefürworter, dann bei den Faschisten. 1921 Mitglied der PSI und Chefredakteur ihrer Zeitung „Avanti!“, Vertreter des rechten Flügels, der, nachdem sich die PSI im Oktober 1922 durchgerungen hatte, endlich die Reformisten auszuschließen, die kominternfeindlichen Elemente um sich sammelte und einen „Sozialistischen Verteidigungsausschuss“ bildete, um die Verschmelzung der sozialistischen Rumpfpartei mit der PCD'I zu bekämpfen.

Zunächst sind zu jenen Aussagen Marx' und Lenins zwei Anmerkungen zu machen. Sie beziehen sich, erstens, auf bestimmte historische Situationen: Bei Marx auf das noch nicht bürgerliche Deutschland und bei der von Lenin in seiner Schrift erläuterten bolschewistischen Erfahrung auf das zaristische Russland. Auf diesen beiden Grundlagen allein kann die taktische Frage, wie sie sich in ihrer klassischen Form stellt – d.h. wenn das Proletariat mit einer voll entwickelten kapitalistischen Bourgeoisie im Kampf steht –, nicht gelöst werden. Zweitens: Die Unterstützung, von der Marx, und die „Kompromisse“, von denen Lenin spricht (ein von Lenin bevorzugter Ausdruck, vor allem, um – als großartiger marxistischer Dialektiker – „damit zu kokettieren“, er, der Meister der nicht-formellen, wahren, auf ein unveränderliches Ziel gerichteten Kompromisslosigkeit), sind Unterstützungen und Kompromisse gegenüber Bewegungen, die noch gezwungen sind – möglicherweise sogar gegen die Ideologien und den Willen ihrer Führer –, sich durch die Volkserhebung gegen die alten Formen den Weg zu bahnen. Die Intervention der Kommunistischen Partei zeigt sich hier als Intervention auf dem Boden des Bürgerkrieges: So in den Ausführungen Lenins zur Bauernfrage und zur Nationalitätenfrage, in der Episode Kornilow<sup>19</sup> etc. Aber auch abgesehen von diesen beiden wesentlichen Feststellungen steht der Sinn der Lenin'schen Kritik der „Kindereien“ und aller marxistischen Texte über die Elastizität revolutionärer Politik mitnichten im Gegensatz zu der von Lenin und allen Marxisten gewollt errichteten Barriere gegen den Opportunismus, welcher von Engels und später von Lenin als „Prinzipienlosigkeit“, d.i. als Preisgabe des höchsten Ziels definiert wird.

Gegen Marx und Lenin wäre es allerdings, die kommunistische Taktik mittels einer formalistischen statt dialektischen Methode zu bestimmen. So wäre es ein ungeheurer Fehler zu behaupten, die Mittel müssten den Zielen entsprechen, wenn man dabei – statt ihrer historischen und dialektischen Aufeinanderfolge im Entwicklungsprozess – eine Analogie oder Ähnlichkeit jener Aspekte im Auge hat, die die Mittel und Ziele aus unmittelbarer, wir würden fast sagen, aus ethischer, psychologischer und ästhetischer Sicht annehmen können. Man darf auf dem Gebiet der Taktik nicht den gleichen Fehler machen, den Anarchisten und Reformisten auf dem Gebiet der Prinzipien begehen: Ihnen erscheint absurd, dass der Aufhebung der Klassen sowie der Staatsmacht durch die proletarische Klassenherrschaft und ihrer Diktatur der Weg bereitet wird, dass die Abschaffung jeder sozialen Gewalt durchgesetzt werden wird, indem die proletarische Macht ihre revolutionäre offensive und defensive Gewalt gegen die der bestehenden Macht einsetzt; ebenso irrig wäre die Vorstellung, nach der eine revolutionäre Partei zu jedem Zeitpunkt den Kampf aufnehmen können müsse, ohne das Kräfteverhältnis in Rechnung zu stellen, oder nach der ein Kommunist jederzeit den unbefristeten Streik befürworten oder vor solch wenig erhabenen und unsympathischen Mitteln wie der Täuschung und List, der Spionage usw. zurückschrecken müsse. Die Kritik des Marxismus, die Kritik Lenins an den pseudo-revolutionären Plattitüden, die den Weg des Proletariats verpesteten, ist von der Anstrengung geprägt, diese dummen und moralischen Kriterien bei der Lösung der taktischen Fragen aus dem Weg zu räumen. Eine Kritik, die endgültig zum Erfahrungsschatz der kommunistischen Bewegung gehört.

Wie diese demnach zu vermeidenden falschen taktischen Folgerungen aussehen, zeigt folgendes Beispiel: Da wir die politische Spaltung der Kommunisten von den Opportunisten durchgesetzt haben, müssen wir auch die Spaltung der von den „Gelben“ dominierten Gewerkschaften vertreten. Nur dank eines organisierten polemischen Schwindels wird seit geraumer Zeit behauptet, die italienische Linke habe ihre Schlussfolgerungen auf Gedankengänge von der Art begründet, es sei unter ihrer Würde, sich mit den Führern der opportunistischen Parteien zusammenzusetzen, *et similia*.

Doch Lenins Kritik am „Linksradikalismus“<sup>20</sup> heißt nicht, dass auf dem Gebiet der Taktik Unbestimmtheit, Chaos und Willkür herrschen sollen und „alle Mittel“ recht sind, um unserer Ziele zu erreichen. Zu sagen, die Übereinstimmung der Mittel mit den Zielen ergebe sich schon aus dem von der Partei erworbenen revolutionären Wesen und aus der Mitwirkung hervorragender Männer oder Gruppen, die auf eine glänzende Tradition zurückblicken können, ist eine unmarxistische Wortspielerei, denn die Rückwirkungen, die die von der Partei gewählten Aktionsmittel in der Dialektik von Ursache und Wirkung auf sie selbst haben, werden hier überhaupt nicht in Rechnung gestellt, ebenso wie die Tatsache ignoriert wird, dass wir den „Absichten“, die den jeweiligen Beschlüssen zugrunde liegen, jegliche Bedeutung absprechen – abgesehen vom „Miss-

---

<sup>19</sup>Kornilow, L. G. (1870-1918), Oberbefehlshaber der zaristischen Armee, putschte gegen die Kerenski-Regierung im September 1917. Mit Hilfe der Bolschewiki und der Bewaffnung der Arbeiter konnte der Putsch niedergeschlagen werden: Diese missglückte Gegenrevolution gab den Bolschewiki den Auftrieb für ihre revolutionäre Offensive.

<sup>20</sup>Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, geschrieben von Lenin im April/Mai 1920. Das Buch wurde vor dem II. Weltkongress an alle Delegierten des Kongresses verteilt und bildete eine Grundlage für die Beschlüsse des II. Weltkongresses der KI.

trauen“ (im unpersönlichen Sinne des Wortes) gegenüber jenen Absichten, die, wie blutige Erfahrungen der Vergangenheit gelehrt haben, leider immer in Rechnung gestellt werden müssen.

In seiner Schrift über den Linksradikalismus führt Lenin aus, dass hinsichtlich der Verwirklichung des höchsten revolutionären Ziels die Kriterien für die Wahl der taktischen Mittel aus einer klaren Auffassung vom Klassenkampf des Proletariats und seinem Verlauf abgeleitet werden müssen, und es unsinnig wäre, ein bestimmtes taktisches Hilfsmittel zu verwerfen, weil es einem „hässlich“ erscheint und die Bezeichnung „Kompromiss“ verdient. Vielmehr sei zu prüfen, ob das fragliche Mittel dem Ziel entspreche oder nicht. Diese Frage ist immer wieder neu zu beantworten und stellt eine gewaltige Aufgabe in der kollektiven Arbeit der Parteien und der Kommunistischen Internationale dar. Wir können zwar sagen, das Erbe der theoretischen Grundsätze Marx‘ und Lenins sicher in Händen zu halten (ohne deshalb jede weitere theoretische Untersuchung für überflüssig zu halten), doch das Gleiche gilt nicht auf dem Gebiet der Taktik – auch nicht nach der russischen Revolution und den Erfahrungen der ersten Lebensjahre der neuen Internationale, die leider zu früh auf Lenin verzichten musste. Die taktischen Fragen, die komplexer sind als die vereinfachenden, gefühlsmäßig gegebenen Antworten der „Linksradikalen“, müssen durch die gesamte internationale kommunistische Bewegung und ihrer gesamten vergangenen und jüngsten Erfahrung noch besser beleuchtet und untersucht werden. Man wird kaum unterstellen können, es sei gegen Marx und Lenin, wenn gefordert wird, bei der Lösung der taktischen Fragen bestimmte Aktionsregeln (nicht so grundlegend und lebenswichtig wie unsere Prinzipien, doch bindend für alle Mitglieder wie auch Leitungsorgane) zu befolgen, wobei verschiedene Entwicklungslinien der jeweiligen Lage in Betracht zu ziehen sind, um mit größtmöglicher Genauigkeit anzugeben, wie sich die Partei zu bewegen hat, sobald eine Situation bestimmte Merkmale aufweist.

Notwendiger Bestandteil der taktischen Beschlüsse sind die Untersuchung und das Verständnis der sich entwickelnden Lage, nicht weil andernfalls „Stegreifentscheidungen“ und „Überrumpelungsmanöver“ nach Gutdünken der Führer ermöglicht würden, sondern weil dadurch der Bewegung signalisiert wird, wann die Zeit für eine möglichst genau *vorhergesehene* Aktion gekommen ist. Sicher können zukünftige Situationen nur ungefähr und nicht mit Sicherheit vorhergesehen werden – aber dasselbe gilt nicht für die großen taktischen Linien. Wird diese Möglichkeit geleugnet, also bestritten, dass wir auf verschiedene Entwicklungslinien abgestimmten Vorgehensweisen festlegen können, wird auch die Aufgabe der Partei geleugnet und auf die einzige Gewähr verzichtet, die wir geben können, damit sich die Parteikämpfer und die Massen an die Weisungen der Zentrale, und zwar in jeder eintretenden Lage, halten. Nach dieser Seite hin ist die Partei keine Armee und auch kein staatliches Räderwerk, also kein Organismus, in dem die hierarchische Autorität alles und der aus eigenem Antrieb erfolgte Parteibeitritt nichts zählt. Wenn ein Parteimitglied den Weisungen nicht nachkommen will, bleibt ihm, das ist klar, immer ein sanktionsloser Weg offen, nämlich aus der Partei auszutreten. Die Taktik wird sich als richtig erwiesen haben, wenn – infolge einer veränderten Lage, in der der Zentrale keine Zeit bleibt, die Partei oder gar die Massen zu befragen – innerhalb der Arbeiterschaft und der Partei selbst keine unerwarteten Reaktionen eintreten, die der Durchführung der revolutionären Aktion zuwiderlaufen können. Die Kunst vorherzusehen, wie die Aktivisten auf die Weisungen reagieren und welche Weisungen die richtige Reaktion hervorrufen werden, ist die Kunst der revolutionären Taktik: Sie wird dann beherrscht, wenn die vergangenen Kampferfahrungen kollektiv ausgewertet und in klaren Aktionsregeln zusammengefasst wurden. Dadurch, dass die Aktivisten die Führung mit der Formulierung dieser Regeln betrauen, können sie sicher sein, dass diese ihr Mandat nicht verrät – und sie verpflichten sich ihrerseits, tatsächlich, nicht bloß dem Anschein nach, die Weisungen der Bewegung entschlossen und effizient auszuführen. Da die Partei selbst verbesserungsfähig und nicht vollkommen ist, zögern wir nicht zu sagen, dass der Klarheit und Überzeugungskraft der taktischen Richtlinien vieles unterzuordnen ist, auch wenn dies eine gewisse Schematisierung mit sich bringt. Sollten sich in einer Situation die von uns aufgestellten taktischen Schemata als falsch erwiesen haben, kann man dem nicht durch einen Rückfall in den Opportunismus oder Eklektizismus abhelfen, sondern man wird die Anstrengung erneut machen müssen, damit die taktische Linie mit den Parteaufgaben in Einklang steht. Es ist nicht nur so, dass eine gesunde Partei eine richtige Taktik schafft, sondern auch so, dass eine richtige Taktik eine gesunde Partei schafft, und die richtige Taktik kann nur eine sein, deren grundlegende Linien von allen verstanden und anerkannt werden.

Wir negieren grundsätzlich die Ansicht, dass sich die kollektive Anstrengung und Arbeit der Partei zur Bestimmung der taktischen Richtlinien weitgehend dadurch erübrigt, dass einem Mann, einem Komitee oder einer Sektion der Internationale und ihrem traditionellen Führungsapparat gegenüber Kadavergehorsam geübt wird.

In den Momenten, in denen der Kampf um die Macht seinen Höhepunkt erreicht und der Kampf im Wesentlichen militärischen Charakter annimmt, erhält die Parteiaktion *strategische* Bedeutung. Doch deshalb reduziert sich ihre Funktion in der Zeit davor nicht auf bloße ideologische, propagandistische und organisatorische Fragen, sondern besteht, wie schon gesagt, in der aktiven Teilnahme an den Tageskämpfen der Arbeiter. Die Kodifizierung der taktischen Normen hat also den Zweck, angeben zu können, unter welchen Voraussetzungen das Eingreifen der Partei, ihr Handeln in den Tageskämpfen, ihre *Agitation* inmitten der Arbeiterkämpfe mit dem höchsten revolutionären Ziel übereinstimmt und zugleich die ideologische, organisatorische und taktische Vorbereitung immer besser zu gewährleisten.

Im Folgenden soll in Bezug auf die einzelnen Fragen geklärt werden, wie sich diese Ausarbeitung der taktischen Normen kommunistischer Aktion im heutigen Entwicklungsstadium der revolutionären Bewegung darstellt.

## II. Internationale Fragen

### 1. Die Gründung der III. Internationale

Unter dem Gesichtspunkt der Wiederherstellung der revolutionären Theorie wurde mit der Gründung der Kommunistischen Internationale die mit dem I. Weltkrieg ausgelöste Krise der II. Internationale vollständig und definitiv gelöst; unter organisatorischen und taktischen Gesichtspunkt stellt die Bildung der Komintern eine ungeheure historische Errungenschaft dar,<sup>21</sup> doch die Krise der proletarischen Bewegung ist nicht ebenso vollständig gelöst worden.

Wesentlicher Faktor für die Bildung der neuen Internationale war die russische Revolution, der erste glorreiche Sieg des Weltproletariats. Aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse in Russland stellte die russische Revolution jedoch nicht das allgemeine historische Modell für die Revolution in den anderen Ländern dar, denn unter dem Aspekt der taktischen Fragen wurde die autokratische Feudalmacht durch die Diktatur des Proletariats abgelöst, ohne dass sich eine Epoche der politischen Herrschaft der Bourgeoisie mit ihrem eigenen organisierten Staatsapparat dazwischen geschoben hätte.

Gerade deshalb ist die Bestätigung des marxistischen Programms durch die russische Revolution von umso größerer historischer Bedeutung und hat in höchstem Maße dazu beigetragen, den sozialdemokratischen Revisionismus auf dem Terrain der Prinzipien zu schlagen. Auf dem Terrain der Organisation aber war der Kampf gegen die II. Internationale als Bestandteil des Kampfes gegen den Weltkapitalismus nicht gleichermaßen von Erfolg gekrönt. Es wurden wiederholt Fehler gemacht, weshalb die kommunistischen Parteien nicht jene Schlagkraft erlangt haben, die aufgrund der objektiven Bedingungen möglich gewesen wäre.

Dasselbe gilt auch auf dem Terrain der Taktik. Unzureichend gelöst wurden und werden viele Fragen, die das Schachbrett betreffen, auf dem sich die Figuren gegenüberstehen: die Bourgeoisie, der moderne und parlamentarische bürgerliche Staat mit seinem historisch konsolidierten Apparat, das Proletariat; nicht immer haben die kommunistischen Parteien das erreicht, was im Hinblick des proletarischen Vormarsches gegen den Kapitalismus und der Liquidation der sozialdemokratischen Parteien, diesen politischen Organen der bürgerlichen Konterrevolution, möglich gewesen wäre.

### 2. Wirtschaftliche und politische Weltlage (1926)

Die internationale Lage erscheint heute für das Proletariat weniger günstig als es in den ersten Nachkriegsjahren der Fall war. Wirtschaftlich gesehen stabilisiert sich der Kapitalismus zum Teil wieder, was aber nur heißt, dass es in bestimmten Bereichen der Wirtschaft weniger Störungen gibt, nicht, dass ein Zustand eintritt, in dem das vielleicht schon baldige das Auftreten neuer Störungen auszuschließen wäre.

Die Krise des Kapitalismus bleibt bestehen und wird sich unweigerlich und definitiv zuspitzen. Auf politischer Ebene ist die revolutionäre Arbeiterbewegung in fast allen weiter fortgeschrittenen Ländern geschwächt, was jedoch glücklicherweise durch die Konsolidierung Sowjetrusslands und den Kampf der Kolonialvölker gegen die kapitalistischen Mächte aufgewogen wird.

---

<sup>21</sup>Ende Dezember 1918 entscheidet die bolschewistische Führung die Einberufung einer neuen internationalen Organisation, die Anfang März 1919 in Moskau zusammentritt. Zur historischen Bedeutung vgl. auch: Lenin Werke 29, S. 294-302.)

Da zugelassen wurde, die Taktik nach der jeweils aktuellen Situation und ihren Gegebenheiten<sup>22</sup> zu bestimmen, birgt diese allgemeine Lage die Gefahr, bei der Bewertung der Fragen des proletarischen Kampfes in den Menschewismus abzugleiten, auch wenn sich dies erst andeutet. Da sich das Gewicht des reinen Klassenkampfes verringert, besteht ferner die Gefahr, dass in der allgemeinen Politik der Komintern die Voraussetzungen fehlen, die Lenin in Bezug auf die richtige Anwendung der Taktik in der Nationalitäten- und Bauernfrage forderte.

Auf die proletarische Offensive der Nachkriegszeit folgte eine Offensive der Unternehmer gegen die Stellungen der Arbeiter, worauf die Komintern mit der Parole der Einheitsfront reagierte. Dann zeichnete sich in verschiedenen Ländern das Problem der demokratisch-pazifistischen „Ära“ ab und zu Recht wies Genosse Trotzki auf die Gefahr der Versumpfung hin, die dadurch für unsere Bewegung entstand.<sup>23</sup> Man darf die Lage nicht so deuten, als sei der Kampf zwischen zwei Flügeln der Bourgeoisie, dem rechten und dem linken, auf tiefe soziale Unterschiede zwischen ihnen zurückzuführen und als sei dies für das Proletariat von grundlegender Bedeutung.

Die richtige Auslegung ist die, dass die herrschende Klasse mehrere Regierungs- und Verteidigungsmethoden besitzt, die sich im Wesentlichen auf zwei reduzieren lassen: die reaktionäre und faschistische und die liberal-demokratische.

Ausgehend von der ökonomischen Analyse zeigen die Thesen Lenins über den Imperialismus, dass die modernsten Schichten der Bourgeoisie nicht nur die produktive Maschinerie, sondern auch ihre politische Verteidigung äußerst entschlossen zu vereinheitlichen suchen.

Es lässt sich daher nicht behaupten, der Übergang zum Kommunismus müsse in der Regel eine Phase der bürgerlichen Linksregierung durchlaufen. Die Lage mag sich in besonderen Fällen so entwickeln, doch dann wäre die Bedingung für den Sieg des Proletariats eine Taktik, mit der die Partei den Illusionen über das Auftreten einer Linksregierung entgegentritt; und selbst, wenn eine rechte Regierung an den Machthebeln sitzt, schwächt die Partei ihre Opposition gegen die linksbürgerliche Politik kein bisschen ab.

### 3. Die Arbeitsweise der Internationale

Eine der wichtigsten Aufgaben der KI ist gewesen, das Vertrauen der Arbeiter in die politische Aktion wiederherzustellen, das durch die parlamentarische Versumpfung des Opportunismus zerstört worden war.

Für den Marxismus ist Politik nicht die gemeinhin ausgeübte Kunst oder Technik, mit der die Parteien ihre jeweiligen Ziele mithilfe parlamentarischer oder diplomatischer Machenschaften zu erreichen suchen. Die proletarische Politik steht den Methoden der bürgerlichen Politik diametral entgegen; sie antizipiert höhere Formen von Beziehungen, um in der Kunst des revolutionären Aufstands zu gipfeln. Diese tiefe Kluft, die wir hier nicht näher theoretisch erläutern wollen, ist unverzichtbare Voraussetzung für das enge Band zwischen dem revolutionären Proletariat und seinem kommunistischen Generalstab bzw. der Auswahl seines Führungspersonals.

---

<sup>22</sup>Ital.: situazionismo.

<sup>23</sup>Vgl. „Aussichten der Weltentwicklung“, in Leo Trotzki, *Europa und Amerika*, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1926, S. 9-49; einsehbar unter: [www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1924/weltentw/index.htm](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1924/weltentw/index.htm). „Der Zusammenbruch der deutschen Revolution eröffnet eine neue Periode in der Entwicklung Europas und zum Teil der ganzen Welt. Wir haben diese neue Periode als eine Zeit bezeichnet, in der demokratisch-pazifistische Elemente der bürgerlichen Gesellschaft die Macht ergreifen. An die Stelle der Faschisten traten Pazifisten, Demokraten, Menschewisten, Radikale und andere Parteien des Kleinbürgertums“ [in England MacDonald, Labour-Premierminister zwischen Januar und November 1924, in Frankreich die von den Sozialisten unterstützte Regierung Édouard Herriot] „(...) die Sozialdemokratie eine Agentur der Bourgeoisie geworden ist, so wird es klar, dass die Sozialdemokratie, kraft ihrer politischen Entartungslogik zum Agenten der stärksten und mächtigsten Bourgeoisie, der Bourgeoisie aller Bourgeoisien werden musste. Und das ist eben die amerikanische Bourgeoisie. Soweit das amerikanischen Kapital sich zur Aufgabe macht, Europa zu ‚einigen‘, Europa ‚auszusöhnen‘, Europa zu lehren, mit den Reparationsfragen usw. fertig zu werden, soweit das Portemonnaie in der Tasche der amerikanischen Bourgeoisie liegt, soweit wird auch die ganze Abhängigkeit der Sozialdemokratie von der deutschen Bourgeoisie in Deutschland oder von der französischen in Frankreich allmählich auf den eigentlichen zahlungsfähigen Herrn übertragen. Ja, ein Großherr hat sich in Europa etabliert: das amerikanische Kapital. Und es ist nur natürlich, wenn die Sozialdemokratie in eine politische Abhängigkeit zu dem Herrn ihrer Herren gerät. Das ist die grundlegende Tatsache, die für das Verständnis der gegenwärtigen Lage und Politik der II. Internationale unerlässlich ist.“

Die Arbeitspraxis der Internationale widerspricht heute dieser revolutionären Notwendigkeit. In den Beziehungen zwischen den Organen der kommunistischen Bewegung herrscht oftmals eine Politik vor, die zwei Seiten hat: die Unterordnung theoretischer Begründungen unter jeweils momentane Beweggründe und ein System persönlicher Absprachen und Übereinkünfte, um das Band zwischen Parteien und Massen fest und dauerhaft zu knüpfen. Deren Ergebnisse haben jedoch zu schweren Enttäuschungen geführt.

In den richtungsweisenden Beschlüssen der Internationale finden Improvisationen, unerwartete Wendungen sowie plötzliche und drastische Veränderungen allzu leicht Eingang, was bei den Gefährten und den Arbeitern Verwirrung stiftet. Dies ist zum Beispiel bei den meisten innerparteilichen Fragen der Fall, deren man sich seitens der internationalen Organe und Weltkongresse durch aufeinanderfolgende Weisungen und Maßregeln mühsam entledigt, indem die verschiedenen Führungsgruppen dazu gebracht werden, sie zu akzeptieren, für den Bildungs- und Wachstumsprozess der Parteien ist dies jedoch nicht hilfreich.

#### 4. Organisationsfrage

Bei der Gründung der KI, als noch mit einem raschen Entwicklungstempo der objektiven Situation gerechnet wurde, hatte die Überlegung, die revolutionären Kräfte schnell zu sammeln, großen Gewicht. Es hat sich jedoch gezeigt, dass es besser gewesen wäre, bei den Organisationskriterien mit größerer Strenge vorzugehen.<sup>24</sup> Was den Bildungsprozess der Parteien und die Eroberung der Massen angeht, haben weder die Zugeständnisse an syndikalistische und anarchistische Gruppen zu guten Ergebnissen geführt, noch die an den 21 Punkten<sup>25</sup> vorgenommenen Abstriche zugunsten der Zentristen, auch nicht die mittels politischer *Noyautage*<sup>26</sup> erfolgten organischen Verschmelzungen mit anderen Parteien bzw. Fraktionen von Parteien oder die in bestimmten Ländern tolerierte doppelte kommunistische Organisation mit sympathisierenden Parteien. Die nach dem V. Weltkongress ausgegebene Parole, die Parteien auf Grundlage von Betriebszellen zu organisieren,<sup>27</sup> erfüllt nicht ihren Zweck, die von den Sektionen der Internationale zugegebenen Mängel zu beheben.

Die Verallgemeinerung dieser Parole, besonders ihre Auslegung seitens der italienischen Zentrale, ist ein Grund für die schweren Fehler und Abweichungen sowohl vom marxistischen Postulat, nach dem die Revolution keine Frage der Organisationsform ist, als auch von der leninistischen These, nach der eine einmal gefundene organisatorische Lösung nie für alle Zeiten und Räume gültig sein kann.

Für die Parteien, die in der heutigen Epoche in den bürgerlichen Ländern mit stabilen parlamentarischen Regierungen tätig sind, ist der auf Betriebszellen beruhende Organisationstypus sehr viel weniger geeignet als der Typus der territorialen Organisation, der Ortsgruppen. Theoretisch falsch ist die Aussage, es seien die sozialdemokratischen Parteien, die sich auf Basis von Ortsgruppen organisierten, während die Betriebszellengrundlage die wahrhaft kommunistischen Parteien kennzeichne. Dieser Zellentypus erschwert vielmehr die Aufgabe der Partei, die Arbeiter aller Berufs- und Industriezweige zu vereinigen; eine Aufgabe, die umso schwerer ist, je ungünstiger die Lage und je eingeschränkter die Möglichkeiten, das Proletariat zu organisieren.

<sup>24</sup>Vgl. das Einladungsschreiben Leo Trotzki: „Zum Ersten Kongress der Kommunistischen Internationale“. Darin heißt es u.a. „Es ist schließlich notwendig, all jene proletarischen Gruppen und Organisationen einzubeziehen, die sich zwar nicht der linken, revolutionären Strömung angeschlossen haben, aber dennoch in ihrer Entwicklung eine Tendenz in diese Richtung erkennen lassen.“ (In: *Nachrichten des Allrussischen Zentralerekutivkomitees*, Nr. 16, 24. Januar 1919; einsehbar unter: [sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkt0/trotzki/1919/leo-trotzki-zum-ersten-kongress-der-kommunistischen-internationale](https://sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkt0/trotzki/1919/leo-trotzki-zum-ersten-kongress-der-kommunistischen-internationale).)

<sup>25</sup>Nach Ansicht der Linken um Bordiga sollte Punkt 16 (in der Endfassung Punkt 15) der Aufnahmebedingungen der KI (II. Weltkongress) genauer und schärfer gefasst werden, um zu verhindern, dass die alten, an die sozialdemokratischen Programme gebundenen Parteien der Komintern beitreten können, ohne ihre politische Ausrichtung und Taktik aufzugeben. (Vgl. auf dieser Seite: *1920-07-29 – Zu den Aufnahmebedingungen der KI*) [Rubrik: Kongresse]

<sup>26</sup>noyautage (frz.): das damals gebräuchliche Wort für Unterwanderung.

<sup>27</sup>„Anfang 1925 hatte die Kominternführung ein ‚Musterstatut‘ vorgelegt, das für alle Kommunistischen Parteien verbindlich wurde. Das Musterstatut definierte den demokratischen Zentralismus: ‚Wahl aller Parteiorgane, Rechenschaftslegung aller Parteiorgane, Anerkennung der Beschlüsse der übergeordneten Organisationen (...) Betriebszellen sollten die Grundlage der Organisation bilden.“ (*Inprekorr* – Internationale Pressekorrespondenz, Zeitung der Komintern –, Nr. 17 vom 19. Januar 1925, S. 213.) Der 10. Parteitag der KPD im Juli 1925, der den Beschluss „zur Reorganisation der Partei“, d.h. Bolschewisierung, fasste, folgte dieser Anweisung: Über alle politischen Fragen musste gemäß des „demokratischen Zentralismus“, „in den Betriebszellen als den untersten Parteiorganen beraten und entschieden werden.“ (Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*, Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, 1969, S. 257-58.)

ren. Die Zellenform, die für die ausschließliche Grundlage der Partei gehalten wird, geht mit verschiedenen praktischen Nachteilen einher. Im zaristischen Russland lagen die Dinge aufgrund der spezifischen Beziehungen zwischen industrieller Arbeitgeberschaft und Staat anders, und die herannahende zentrale Machtfraße ließ die Gefahr des Korporatismus<sup>28</sup> weniger akut erscheinen.

Durch diesen Zellentypus erhöht sich nicht der Einfluss der Arbeiter in der Partei, denn an all ihren Knotenpunkten bildet ein Netz, das aus Nicht-Arbeitern oder ehemaligen Arbeitern besteht, einen Apparat von Funktionären. Hinsichtlich der Mängel in der Arbeitsweise der Internationale entspricht die Losung der Bolschewisierung unter organisatorischen Gesichtspunkten einer flachen und unzulänglichen Übertragung der russischen Erfahrung; in vielen Ländern sehen wir bereits eine, wenn auch unbeabsichtigte Lähmung spontaner Aktivitäten und der der proletarischen Klasse eigenen Entschlossenheit durch einen Apparat, dessen Auswahl und Funktion größtenteils künstlichen Kriterien gehorcht.

Den Typus der Ortsgruppen beizubehalten bedeutet nicht, auf Parteiorgane in den Betrieben zu verzichten: Dies muss durch kommunistische Gruppen gewährleistet werden, die in ständiger Verbindung zur Partei und unter ihrer Leitung stehen und in die Gewerkschaftsarbeit eingegliedert sind. Dadurch ist eine viel bessere Fühlung mit den Massen möglich und die eigentliche Parteiorganisation ist weniger angreifbar.<sup>29</sup>

## 5. Disziplin und Fraktionen

Ein weiterer Aspekt der „Bolschewisierung“ besteht darin, in einer vollständigen disziplinarischen Zentralisierung und dem strengen Verbot des Fraktionismus die sichere Garantie für die Schlagkraft der Partei zu sehen.

Bei allen Streitfragen ist die letzte Instanz das internationale Zentralorgan, in welchem der Kommunistischen Partei Russlands, wenn nicht der Hierarchie nach, so doch jedenfalls politisch eine Hegemonie zuerkannt wird.

Doch diese Garantie gibt es in Wirklichkeit nicht; überhaupt ist die ganze Fragestellung unzulänglich. In der Tat wurde nicht verhindert, dass sich der Fraktionismus in der Internationale maßlos ausbreitete, dessen verhohlene und heuchlerische Formen im Gegenteil bestärkt worden sind. Historisch gesehen war die Überwindung der Fraktionen in der russischen Partei kein Kunstgriff oder ein auf statutarischer Ebene angewandtes Rezept mit wundersamer Wirkung, sondern Resultat und Ausdruck des richtigen Verständnisses der theoretischen Fragen und politischen Aktion.

Disziplinarische Sanktionen sind eines der Elemente, um Abweichungen abzuwehren, jedoch unter der Bedingung, dass sie Ausnahmefällen vorbehalten bleiben und nicht zur Regel und beinahe zum Ideal der Arbeitsweise der Partei werden.

So wie die Lösung der Frage nicht in einer hohlen Verärgerung über den hierarchischen Autoritarismus besteht (dem die ursprüngliche Investitur<sup>30</sup> fehlt, sei es, weil die wenn auch großartigen historischen Erfahrungen Russlands unvollständig sind, sei es, weil in der alten Garde selbst, der Hüterin der bolschewistischen Traditionen, in der Tat Meinungsverschiedenheiten auftauchen, deren Beilegung nicht a priori auch die Lösung ist), so besteht sie ebenso wenig darin, konsequent formaldemokratische Prinzipien anzuwenden, die im Marxismus nur den Platz eines manchmal leicht zu handhabenden organisatorischen Verfahrens einnehmen.

Die kommunistischen Parteien müssen einen *organischen Zentralismus* verwirklichen, der bei größtmöglicher Diskussion an der Basis gewährleistet, dass jede Gruppe, die eine andere Ansicht vertritt,

<sup>28</sup>Im Korporativsystem hat jede Gruppierung bzw. jeder Berufsstand seinen eigenen Interessenverband. Es handelt sich um eine Wirtschafts- und Sozialordnung, die auf Versöhnung der Klassengegensätze ausgerichtet ist, um die „Volksgemeinschaft“, oder den Zusammenhalt des totalitären Staates, zu stärken; heute würden wir von „Sozialpartnerschaft“ sprechen.

<sup>29</sup>Hermann Weber merkt an, dass in Deutschland die Umstellung nur spärlich gelang: 1927 waren 15% und 1928 sogar nur 12% der Parteimitglieder in Betriebszellen organisiert, was zum Teil auf die schwache Verankerung der KPD in den Betrieben zurückzuführen war. Ein anderer Aspekt: In den großen Ortsversammlungen gab es lebhaft innerparteiliche Auseinandersetzungen, während in den kleineren betrieblichen Zellen der Apparat seinen Einfluss leichter geltend machen konnte, der Opposition fehlten dazu schlichtweg die Kräfte. (Weber, *Die Wandlung*, a.a.O., S. 269 f.)

<sup>30</sup>Der Begriff „Investitur“ bedeutet ursprünglich die Einsetzung oder Einweisung in ein Amt, hier im Sinn der Anerkennung der Rechtmäßigkeit, der Legitimation.

von selbst ausscheidet. Dies erreicht man nicht durch formelle und mechanische, von oben dekretierte Vorschriften, sondern, wie Lenin sagt, durch die richtige revolutionäre Politik.

Wesentlicher Bestandteil des Parteilebens ist nicht, den Fraktionismus zu unterdrücken, sondern im Gegenteil ihn zu verhindern.

Es wäre absurd, steril und obendrein äußerst gefährlich zu behaupten, die Partei und die Internationale seien auf irgendeine wundersame Art und Weise vor jeden Rückfall oder jede Tendenz zum Rückfall in den Opportunismus gefeit (veränderte Situationen wie auch die Mechanismen der mitgeschleppten sozialdemokratischen Traditionen können durchaus zu solchen Rückfällen führen). Deshalb müssen wir bei der Lösung unserer Probleme davon ausgehen, dass die Meinungsverschiedenheiten, soweit sie nicht auf einer anderen Gesinnung oder auf persönlichem Defätismus beruhen, sehr wohl nützlich sein können, insoweit sie die Partei und das Proletariat überhaupt vor ernststen Gefahren warnen und schützen.

Wenn diese Gefahren konkret würden, würden die Meinungsverschiedenheiten unvermeidlich, aber nicht ohne Nutzen, die Form des Fraktionismus annehmen. Im schlimmsten Fall könnte dies zu Spaltungen führen, wenn nämlich die Partei Bankrott machen und konterrevolutionären Einflüssen erliegen würde, niemals aber – was albern wäre –, weil seitens der Führer zu wenig autoritär vorgegangen wird.

Ein Beispiel des falschen Vorgehens liefern die künstlich herbeigeführten Lösungen für die deutsche Partei nach der opportunistischen Krise von 1923: Sie lähmten bei einem so fortgeschrittenen Proletariat wie dem deutschen die spontane Herausbildung der richtigen und revolutionären Klassenreaktion auf die Entgleisungen der Partei, ohne dass übrigens der Fraktionismus beseitigt worden wäre.<sup>31</sup>

Die Gefahr einer bürgerlichen Beeinflussung der Klassenpartei tritt historisch nicht als Fraktionsbildung in Erscheinung; eher dringt sie ein, wenn demagogisch proletarische Einmütigkeit beschworen und eine Diktatur von oben ausgeübt wird, die die Initiativen der proletarischen Vorhut lähmt.

Ein solch defätistischer Faktor lässt sich nicht ausmachen und bekämpfen, wenn angesichts eventueller Fraktionsbildungen die Frage der Disziplin ins Feld geführt wird, sondern wenn die Partei und das Proletariat diese Falle in Rechnung ziehen, nicht erst, sobald sich eine theoretische Revision ankündigt, sondern sobald ein bedeutendes politisches Manöver vorgeschlagen wird, das nicht vom Klasseninhalt bestimmte Folgen zeitigt.

Einer der negativen Aspekte der sogenannten Bolschewisierung besteht darin, an die Stelle der innerhalb der Partei zu leistenden vollständigen und bewussten Ausarbeitung unserer Politik (ein wirklicher Schritt in Richtung eines organischen Zentralismus) eine formale und wortgewaltige Agitation mechanischer Formeln der Einheit um der Einheit willen und der Disziplin um der Disziplin willen zu setzen.<sup>32</sup>

Die Ergebnisse dieses Vorgehens schaden der Partei und dem Proletariat und zögern die Bildung der „wahrhaft“ Kommunistischen Partei hinaus. Diese in vielen Sektionen der Internationale angewandte Methode ist selbst schon ein ernstzunehmendes Symptom eines latenten Opportunismus. In der heutigen

---

<sup>31</sup>Die im Oktober 1923 kulminierende Niederlage wurde nicht empirisch und theoretisch analysiert und hinterfragt, sondern mit einer „falschen Durchführung“ der Beschlüsse der Internationale (Einheitsfront und Arbeiterregierung) erklärt, wofür die KPD-Führung (Brandler, Thalheimer u.a.) verantwortlich gemacht wurde. Diese konnte leicht darauf hinweisen, dass sie im Wesentlichen die Richtlinien der KI befolgt und in Abstimmung mit der Exekutive gehandelt hatte. (Vgl. *Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage*, Januar 1924, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1924, Hamburg, Carl Hoym Nachf., Reprint Feltrinelli, 1967). In Fortsetzung der Tradition, die verschiedenen Richtungen innerhalb der KPD auszubalancieren, versuchte die KI die Einheit der deutschen Partei durch bloße Neubildung der Zentrale zu retten bzw. herzustellen. Die neue „linke“ Führung (Fischer, Maslow) wurde ein Jahr später für noch schlechter als die vorhergehende befunden.

<sup>32</sup>Bordiga wird auf der 6. EKKI-Tagung im Februar 1926 ausführen (EKKI: Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale):

„Auf dem italienischen Parteitag sagte ich, der Fehler bestehe darin, innerhalb der Partei keinen klaren Unterschied zwischen Agitation und Propaganda gemacht zu haben. Agitation wird unter der großen Masse betrieben, wobei es darum geht, bestimmte einfache Gedanken klar darzulegen, während die Propaganda verhältnismäßig wenige Genossen betrifft, denen eine größere Anzahl komplizierterer Gedanken erklärt werden soll. Der Fehler besteht darin, innerhalb der Partei nur Agitation betrieben zu haben, die Masse der Parteimitglieder als, im Prinzip, unerfahren und unfähig angesehen, sie als Elemente behandelt zu haben, die in Bewegung gesetzt werden können, nicht aber als Faktoren der gemeinsamen Arbeit.“ (Vgl. auf dieser Seite: *1926-02-23 – Zum Bericht der Exekutive*, S.8) [Rubrik: Kongresse]

Lage zeichnet sich in der KI die Bildung einer internationalen Linksoption nicht ab. Wenn jedoch die bisher aufgezeigten negativen Faktoren weiter um sich greifen sollten, wird sich die Bildung einer solchen Opposition als revolutionäre Notwendigkeit und zugleich spontane Reaktion auf die entstandene Lage erweisen.

## 6. Taktische Fragen bis zum V. Kongress der KI

Bei der Lösung der taktischen Fragen, die in den oben skizzierten Situationen auf internationaler Ebene aufgetreten sind, wurden im Allgemeinen ähnliche Fehler gemacht wie bei den Organisationsfragen; beide Fragen sind durch den Anspruch bedingt, alles aus den Fragen abzuleiten, vor denen sich in der Vergangenheit die Russische Kommunistische Partei gestellt sah.

Die Taktik der Einheitsfront darf nicht als politisches Bündnis mit anderen sogenannten Arbeiterparteien aufgefasst werden, vielmehr muss sie nutzbar gemacht werden, indem man die infolge der jeweiligen Situation sich aufdrängenden unmittelbaren Forderungen der Arbeiter aufgreift, um den Einfluss der Kommunistischen Partei auf die Massen zu erhöhen, ohne dass dabei ihre selbständige Position verwässert würde.

Basis der Einheitsfront müssen daher jene Vereinigungen sein, denen die Arbeiter ihrer sozialen Stellung nach beitreten, unabhängig von ihrer politischen Gesinnung und Mitgliedschaft in einer politischen Partei. Dies hat den doppelten Zweck: einerseits der Kommunistischen Partei nicht die Möglichkeit zu nehmen, auch weiterhin die anderen Parteien zu kritisieren und neue zuvor an diese gebundene Elemente nach und nach in ihre eigenen Reihen einzugliedern; andererseits sicherzustellen, dass die Massen die folgenden parteieigenen Losungen verstehen, um sie für das kommunistische Programm und unter der alleinigen Führung der KP zu mobilisieren.

Die Erfahrung hat immer wieder gezeigt, dass die revolutionäre Nutzung der Einheitsfront nur dann gewährleistet werden kann, wenn folgenden Verfahren eine klare Absage erteilt wird: dauerhafte oder befristete politische Bündnisse; Aktionsausschüsse, die sich aus Vertretern verschiedener politischer Parteien zusammensetzen; die Methode der Absprachen, Angebote und offenen Briefe an andere Parteien.

Die Praxis hat gezeigt, dass diese Verfahren zu nichts führen und nach dem Missbrauch, der damit getrieben wurde, ist jede auch anfängliche Wirkung entzaubert worden.

Die politische Einheitsfront als Grundlage einer wesentlichen Forderung anzuwenden, nämlich in Bezug auf die Staatsfrage, ist die Taktik der Arbeiterregierung. Wir haben es hier nicht mehr nur mit einer falschen Taktik zu tun, sondern mit einem krassen Widerspruch zu den Grundsätzen des Kommunismus. Wenn die Partei eine Losung ausgibt, die die proletarische Machtübernahme durch Vertretungskörperschaften des bürgerlichen Staatsapparates in Aussicht stellt bzw. dies nicht ausdrücklich ausschließt, wird das kommunistische Programm verleugnet und fallen gelassen, nicht allein wegen der unvermeidbar negativen Auswirkungen auf die proletarische Theorie, sondern weil es der Theorie selbst widerspricht, die die Partei zum Ausdruck bringt und bestätigt.

Nach der deutschen Niederlage hat der V. Kongress diese Taktik einer Revision unterzogen, die jedoch nicht zufriedenstellen konnte; die weitere Entwicklung der taktischen Erfahrungen berechtigt zur Forderung, allein schon das Wort „Arbeiterregierung“ nicht mehr in den Mund zu nehmen.

Hinsichtlich der zentralen Frage des Staates darf die Partei nur die Losung der Diktatur des Proletariats ausgeben, denn es gibt keine andere „Arbeiterregierung“.

Mit der genannten Position schlittert man bloß in den Opportunismus, also dahin, angeblich arbeiterfreundliche Regierungen der Bourgeoisie zu unterstützen oder gar an ihnen teilzunehmen.

All das steht durchaus nicht im Widerspruch zur Losung „Alle Macht den Sowjets“ oder gleichartigen Organen (d.h. nur von Arbeitern gewählten Körperschaften), selbst wenn opportunistische Parteien darin die Oberhand haben. Diese Parteien sind gegen die Machtergreifung der Arbeiterorgane, da es sich dabei eben um die proletarische Diktatur handelt (Ausschluss der Nichtarbeiter von den gewählten Organen und von der Macht), die allein die Kommunistische Partei organisieren und ausüben können. Es erübrigt sich und soll hier auch nicht vorgeschlagen werden, die Losung „Diktatur des Proletariats“ mit dem einzigen Synonym zu bezeichnen, das überhaupt in Frage kommt: „Regierung der Kommunistischen Partei.“

## 7. Fragen der „neuen Taktik“

Einheitsfront und Arbeiterregierung wurden wie folgt begründet: Für den Sieg genügt es nicht, kommunistische Parteien zu haben, sondern man muss die Massen erobern. Dafür ist es notwendig, den Einfluss der Sozialdemokraten mittels Forderungen zurückzudrängen, die von allen Arbeitern verstanden werden.

Heute geht man noch einen Schritt weiter und stellt folgende abenteuerliche Position auf: Für unseren Sieg muss zunächst erreicht werden, dass die Bourgeoisie auf eine liberalere und kompromissbereite Art und Weise oder aber eine zwischen Bourgeoisie und Proletariat stehende Regierung der Mittelklassen regiert, so dass unsere Vorbereitung ermöglicht wird. Diese zweite Auffassung, die die Möglichkeit einer neuartigen Regierung der Mittelklassen zulässt, versinkt voll und ganz im Revisionismus der marxistischen Theorie und ist Zwillingsbruder des konterrevolutionären Reformismus. Die erste, nicht minder gefährliche Anschauung hat angeblich nur die objektiv besseren Bedingungen im Auge, die uns erlauben würden, unsere Propaganda, Agitation und Organisation besser zu entfalten. Wir haben dazu schon weiter oben etwas gesagt.<sup>33</sup>

Alles lässt voraussehen, dass Liberalismus und bürgerliche Demokratie, ob im Gegensatz oder in Übereinstimmung mit der „faschistischen“ Vorgehensweise, immer mehr in die Richtung gehen, die Kommunistische Partei von den rechtsstaatlichen Garantien, so wenig Bedeutung sie faktisch haben, auszuschließen, eben weil sie die Partei ist, die jene Garantien programmatisch negiert und sich somit außerhalb derselben bewegt. Eine Sache, die noch nicht einmal gegen die Prinzipien der bürgerlichen Demokratie verstößt, jedenfalls gibt es Präzedenzfälle in der Tätigkeit aller so genannter Linksregierungen, z.B. im Programm des „Aventin“<sup>34</sup> in Italien. Die der Arbeiterschaft gewährte „Freiheit“ entpuppt sich im Wesentlichen als größere Freiheit für die konterrevolutionären Agenten, in ihren Reihen zu agitieren und organisatorisch tätig zu sein. Die einzige Freiheit für das Proletariat liegt in seiner Diktatur.

Selbst innerhalb der engen Grenzen, in denen eine Linksregierung uns günstigere Bedingungen bieten mag, können diese, wie schon gesagt, nur ausgenutzt werden, wenn die Partei ihre selbständige Position klar und eindeutig aufrechterhalten hat, und zwar in jeder Situation.

Dies bedeutet nicht, dass eine diabolische Fähigkeit der Bourgeoisie vorauszusehen ist, sondern weil wir wissen – andernfalls hat man kein Recht, sich Kommunist zu nennen –, dass sich im Entscheidungskampf eine Einheitsfront aller bürgerlichen Kräfte, ob sie nun Hindenburg, MacDonald, Mussolini oder Noske heißen, gegen alle, auch früher eroberten Stellungen des Proletariats formieren wird.

Natürlich kann jede innere Schwachstelle innerhalb einer derartigen bürgerlichen Einheitsfront ein Koeffizient des proletarischen Sieges sein; mit Sicherheit aber wird es ein Koeffizient seiner Niederlage sein, wenn das Proletariat daran gewöhnt wird, in jener Front seine wenn auch unfreiwilligen Förderer auszumachen.

Aus diesen Gründen ist das taktische Vorgehen unannehmbar, das in Deutschland nach der Wahl Hindenburgs vertreten wurde, sowohl das Wahlbündnis mit den sozialdemokratischen und anderen „republikanischen“, also bürgerlichen Parteien, als auch das parlamentarische Bündnis im preußischen Landtag, um eine Rechtsregierung zu verhindern<sup>35</sup>. Dasselbe gilt für Frankreich hinsichtlich der

---

33D.h. in „Teil II. Internationale Fragen“, Punkt 2. Wirtschaftliche und politische Weltlage (1926).

34Siehe Fußnote 70.

35Nach dem Tod des Reichspräsidenten Ebert fanden im April 1925 Neuwahlen statt, bei der die KPD mit ihrem Kandidaten Thälmann schlecht abschnitt. Sinowjew hatte am 2. April auf der Sitzung des EKKI-Präsidiums betont „es könne der KPD nicht gleichgültig sein, ob die Republik in Deutschland erhalten bleibe, oder ob die Monarchie siege“ und der KPD nahegelegt, den sozialdemokratischen Kandidaten Braun zu unterstützen. Die deutsche Zentrale (Thälmann war Präsidentschaftskandidat) befürchtete, mit dieser Änderung ihrer Taktik bei den Arbeitern auf Unverständnis zu stoßen und lehnte den „Rat“ ab. Als die SPD nach der Wahl behauptete, Hindenburg habe indirekt durch die Kandidatur Thälmanns die Wahl gewonnen und ein Sturm der Entrüstung gegen die KPD losbrach, schwenkte die KPD-Zentrale unter Führung Ruth Fischers auf einen neuen Kurs um: Sie richtete einen „Offenen Brief“ an die Gewerkschafts- und die SPD-Führung (*Dokumente und Materialien*, a.a.O., Bd. VIII, S. 133), in dem sie vor einer „monarchistischen Restauration“ warnte. Dieses Einheitsfront-Angebot war „zunächst nur zur ‚Entlarvung‘ der rechten SPD-Führer gedacht“ (Weber, *Die Wandlung*, a.a.O., S. 107). Aber zwei Tage später, am 29. April, zeigte sich die KPD-Leitung im preußischen Landtag bereit, die Regierung und die „hinter ihr stehenden Parteien der Weimarer Koalition“ zu „tolerieren, die der monarchistischen Gefahr entgegentritt.“ (*Dokumente und Materialien*, a.a.O., Band VIII, S. 136.) Mit diesem radikalen Schwenk, der sogenannten „Neuen Taktik“ (noch Anfang des Jahres 1925 waren die

Unterstützung des „Kartells der Linken“ bei den Kommunal- und Kantonalwahlen (Taktik von Clichy)<sup>36</sup>. Übrigens geht aus den Leitsätzen des II. Weltkongresses über den Parlamentarismus deutlich hervor, dass sich die Kommunistische Partei nur mit strikt unabhängigen Positionen auf das Wahlkampf- und Parlamentsterrain begeben darf.

Die oben genannten taktischen Äußerungen der letzten Zeit weisen eine gewiss nicht völlige, aber doch unverkennbare Nähe zum herkömmlichen Verfahren der II. Internationale auf, die die Blockbildungen und die Arbeitsgemeinschaft zwischen den Klassen auch einer marxistischen Sicht der Dinge entsprechend rechtfertigen wollte.

Derartige Methoden stellen für die theoretische und organisatorische Arbeit der Internationale eine wirkliche Gefahr dar; darüber hinaus sind sie durch keine Resolution der Weltkongresse und erst recht nicht durch die Thesen zur Taktik auf dem V. Kongress zugelassen worden.

## 8. Gewerkschaftsfrage

Die Internationale hat mehrfach ihre Auffassung über die Beziehungen zwischen politischen und wirtschaftlichen Organisationen auf Weltebene geändert. An diesem Beispiel sieht man gut, wie verfahren wird – statt nämlich die konkreten Aktionen aus den Prinzipien abzuleiten werden umgekehrt immer wieder neue und andere Theorien aus dem Stegreif gebildet, um Aktionen zu rechtfertigen, die von scheinbar praktischem Interesse und leicht durchzuführen sind sowie sofortigen Erfolg versprechen.

Zuerst sollten Gewerkschaften in die KI aufgenommen werden. Dann wurde aus folgenden Überlegungen heraus die Rote Gewerkschaftsinternationale<sup>37</sup> gegründet: Die Kommunistische Partei ist zwar verpflichtet, für die Einheit der Gewerkschaften zu kämpfen, die das natürliche Band zwischen Partei und breiten Massen sind, und sie darf keine eigenen Gewerkschaften bilden, etwa indem sie die gelben spaltet; auf internationaler Ebene jedoch wurde das Büro der Amsterdamer Internationale nicht als proletarische Massenorganisation angesehen und behandelt, sondern als konterrevolutionäres Anhängsel des Völkerbundes.

An einem bestimmten Punkt erklärte man, sicherlich aufgrund wichtiger Erwägungen, doch im Wesentlichen mit Blick auf die linke Gewerkschaftsbewegung in England, den Verzicht auf die RGI, die sich mit der Amsterdamer verschmelzen sollte, um eine internationale Gewerkschaftseinheit zu bilden.<sup>38</sup>

---

Führer der SPD als „Agenten der Bourgeoisie im Lager des Proletariats“ bezeichnet und eine Vermischung mit den Sozialdemokratischen Parteien verurteilt worden) wurde nicht nur die „Einheitsfront von oben“, sondern auch die Arbeiterregierung als parlamentarisches Bündnis verwirklicht.

36Vom 17. bis 21. Januar 1925 fand in Clichy der IV. Parteitag der KPF statt, auf dem die Richtlinien zu den im Mai vorgesehenen Kommunalwahlen erlassen wurden. Da die festgelegte „absolute Grenze“ darin bestand „niemals die Verantwortung dafür zu tragen, dass das Bürgermeisteramt in die Hände der rechtsextremen Bourgeoisie übergeht“, wurde für den zweiten Wahlgang der Kommunalwahlen die Taktik „einer gemeinsamen Liste mit den Sozialisten“ empfohlen.

37RGI oder Profintern, gegründet im Juli 1921. Bekanntester Generalsekretär war Solomon Losowski (1878-1952), dessen Erklärung der gewerkschaftlichen Taktik mit der der *sinistra* übereinstimmte, wie Bordiga in verschiedenen Artikeln des *Il Soviet* (Ende Dezember 1918 herausgegebenes politisches Kampforgan der *sinistra* innerhalb der PSI, ab Juli 1919 der kommunistisch-abstentionistischen Fraktion, jener Gruppe, die im Januar 1921 die kommunistische Partei Italiens gründen wird) deutlich macht.

38Im Jahr 1901 hatten die mehrheitlich sozialdemokratischen Gewerkschaften ein internationales Sekretariat gegründet, aus dem 1913 der Internationale Gewerkschaftsbund hervorging. Während des Krieges hörte er faktisch auf zu existieren und wurde im Juli/August 1919 auf dem Kongress in Amsterdam neu gegründet, auf dem die russische Gewerkschaft nicht vertreten, de facto also aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund ausgeschlossen war. (Siehe zu diesem Punkt: E. H. Carr, *Socialism in one Country, 1924-1926*, Bd. 3.) Bordiga stellt in mehreren Artikeln (*Il Soviet*, Zeitung der *sinistra* der PSI, ab Juli 1919 der kommunistisch-abstentionistischen Fraktion) den Standpunkt der Kommunisten klar: „Nein zu lokalen und nationalen Spaltungen“ in oder Austritten aus den, auch von den schlimmsten Reformisten geführten Gewerkschaften (anders also als z.B. die deutschen und niederländischen Linkskommunisten), „aber absolute Unvereinbarkeit für die Gewerkschaftsorgane“ zwischen dem Beitritt zur roten und gelben (Amsterdamer) Gewerkschaftsinternationale. Das Kriterium für diese Haltung bestand darin, ob die Frage nach der Eroberung der gewerkschaftlichen Organisation durch die Kommunisten mit Ja oder Nein beantwortet werden konnte. Im Fall der gelben Amsterdamer mit ihren „zweifelhaften Verbindungen zum Völkerbund“, das heißt der „Internationale der kapitalistischen Ausbeutung“, lautete die Antwort eindeutig Nein. (Zitate aus: *Scritti*, Bd. 4, S. 388.)

Keine Überlegung über eine Veränderung der Lage kann so schwerwiegende Umbrüche rechtfertigen. Die Frage der Beziehungen zwischen internationalen Organisationen politischer und gewerkschaftlicher Natur ist eine Prinzipienfrage, denn im Grunde geht es um die Beziehungen zwischen Partei und Klasse im Hinblick auf die revolutionäre Mobilisierung.

Dazu kommt noch, dass sich nicht an die eigenen Statuten gehalten wurde, denn der Beschluss stellte die zuständigen internationalen Organen vor vollendete Tatsachen.

Die Aufrechterhaltung der Losung „Moskau gegen Amsterdam“ schloss und schließt den Kampf für die Einheit der nationalen Gewerkschaftsbewegungen in keinem Land aus. In Deutschland und Italien war die Liquidation der Spaltungstendenzen in den Gewerkschaften erst möglich, nachdem ihren Befürwortern das Argument entzogen worden war, das Proletariat werde daran gehindert, sich vom Einfluss der Amsterdamer Internationale zu lösen.

Die scheinbar begeisterte Zustimmung zum Vorschlag einer weltweiten Gewerkschaftseinheit hindert indes unsere französische Partei nicht, eine absolute Unfähigkeit an den Tag zu legen, wenn es darum geht, in der Frage der nationalen Gewerkschaftseinheit so zu handeln, dass es nicht auf eine Spaltung hinausläuft.

Der Nutzen einer Einheitsfronttaktik auf Weltebene, die alle gewerkschaftlichen Organisationen, auch die zu Amsterdam gehörenden, einbezieht, ist allerdings nicht völlig von der Hand zu weisen.

Die Linke der italienischen Partei ist stets für die proletarische Einheit in den Gewerkschaften eingetreten; eine Haltung, die dazu beiträgt, sie klar von den Pseudolinken zu unterscheiden, deren syndikalistische und voluntaristische Überzeugung Lenin bekämpfte. Außerdem vertritt die Linke in Italien die strikt leninistische Auffassung über die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Fabrikräten. Auf Grundlage der russischen Erfahrung und der diesbezüglichen Leitsätze des II. Kongresses weist sie jene schwerwiegende Abweichung von den Prinzipien zurück, die den Gewerkschaften, deren Mitgliedschaft freiwillig ist, ihre revolutionäre Bedeutung abspricht, um sie durch die utopistische und reaktionäre Konzeption eines notwendig dem kapitalistischen Produktionssystem organisch anhaftenden und das ganze Land überziehenden verfassungskonformen Apparates zu ersetzen; praktisch konkretisiert sich dieser Fehler in einer Überbewertung der Fabrikräte und einem faktischen Boykott der Gewerkschaften.

## 9. Agrarfrage

Die Agrarfrage ist durch die Thesen Lenins auf dem II. Kongress der Internationale grundsätzlich bestimmt worden<sup>39</sup>. Die Grundzüge bestehen vor allem in der historischen Richtigstellung der Frage der ländlichen Produktion im marxistischen System, indem er zeigte, dass in einer Zeit, in der die Voraussetzungen für die Vergesellschaftung in der Industrie bereits reif sind, diese in der Landwirtschaft fehlen.

Das bedeutet nicht nur, dass die Arbeiterrevolution die Herstellung jener Bedingungen abwarten müsste, die im Gegenteil erst auf ihrer Grundlage allgemein geschaffen werden. Zum anderen ist die Frage der Interessen der armen Bauern im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Macht gar nicht lösbar, so dass das Proletariat die Befreiung der armen Bauern von der Ausbeutung durch Großgrundbesitzer und Bourgeoisie mit auf seine Fahne schreiben kann, auch wenn diese Befreiung nicht unmittelbar mit einer allgemeinen Umwälzung in der Landwirtschaft zusammenfällt.

Der Großgrundbesitz, der nur auf der Ebene der Besitzverhältnisse ein solcher ist, sich betriebswirtschaftlich aber aus einer Anzahl kleinster Produktionseinheiten zusammensetzt, wird, nachdem der juristische Überbau beseitigt ist, unter die Bauern aufgeteilt, was real nur die Befreiung der faktisch bereits getrennten Kleinbetriebe von einer gemeinsamen Ausbeutung bedeutet. Machen lässt sich das nur, wenn die Eigentumsverhältnisse revolutionär gesprengt werden. Der Protagonist dessen kann allein das Industrieproletariat sein, weil es nicht nur, wie der Bauer, Opfer der bürgerlichen Produktionsverhältnisse ist, sondern auch das historische Produkt ihrer Reife, die das Fundament eines System neuer und anderer Verhältnisse legt.

Das Proletariat wird also in der Rebellion der armen Bauern eine wertvolle Hilfe finden. Wesentlich in Lenins taktischen Schlussfolgerungen sind jedoch zwei Punkte, als Erstes der grundsätzliche Unterschied in den Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft und den Beziehungen zwischen Proletariat und reaktionären Mittelschichten der städtischen Wirtschaft, die vor allem in den sozialdemokratischen Parteien

---

<sup>39</sup>„Leitsätze über die Agrarfrage“ in: *Protokoll, II. Weltkongress*, a.a.O., S. 767 ff.

ihre Vertretung finden; und zweitens, die Unantastbarkeit des Vorrangs und der Hegemonie der Arbeiterklasse in der Führung der Revolution.

Zum Zeitpunkt der Machteroberung erweist sich der Bauer als revolutionärer Faktor. Doch wenn sich in der Revolution seine Ideologie in Bezug auf die alten Formen von Autorität und Rechtmäßigkeit verändert, trifft dasselbe in Bezug auf die Produktionsverhältnisse kaum zu: Er wird sich an die herkömmlichen Verhältnissen des isolierten, mit den anderen in Konkurrenz stehenden Familienbetriebs halten. Der Bauer wird insofern eine ernste Gefahr für die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft darstellen, und nur eine große Entwicklung der produktiven Kräfte und der landwirtschaftlichen Technik wird ihn für den Sozialismus gewinnen können.

Auf taktischer und organisatorischer Ebene ist laut Lenin das nicht an Grund und Boden gefesselte Landproletariat (die Tagelöhner) dem Proletariat zugehörig und wird dementsprechend organisiert. Mit dem armen Bauern, der seine oft zu kleine Parzelle alleine bewirtschaftet, besteht eine Bündnispolitik, die gegenüber der mittleren Bauernschaft, in der sich die Merkmale – Opfer bestimmter kapitalistischer Verhältnisse als auch Ausbeuter von Arbeitskraft zu sein – nebeneinander finden, zu einer einfachen Neutralisierungspolitik wird. Der Großbauer, bei dem die Ausbeutung fremder Arbeitskraft vorherrscht, ist direkter Feind der Revolution.

Bei der Taktik in der Agrarfrage muss die Internationale die Fehler vermeiden, wie sie bereits in der französischen Partei zutage getreten sind und die darauf hinauslaufen, sich eine eigenständige Bauernrevolution vorzustellen, die auf derselben Ebene wie die Arbeiterrevolution angesiedelt ist, oder zu glauben, die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter könne durch einen Bauernaufstand ausgelöst werden, während es genau umgekehrt ist.

Der Bauer, der für das Programm der Kommunisten gewonnen wurde und zur politischen Organisation bereit ist, muss ein Mitglied der Kommunistischen Partei werden; nur dadurch wird man das Entstehen reiner Bauernparteien bekämpfen, die unvermeidlich unter den Einfluss der Konterrevolution geraten.

Die Bauerninternationale (russ.:Krestintern)<sup>40</sup> muss die bäuerlichen Organisationen aller Länder einbegreifen, die wie bei den Arbeitergewerkschaften allen offen stehen, die aufgrund ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen eine gemeinsame soziale Stellung haben. Auch hier ist die Taktik der politischen Absprachen und Einheitsfronten sowie der Fraktionsbildungen innerhalb der Bauernparteien, sei es auch zum Zweck ihrer Zersetzung, zurückzuweisen. Diese taktische Richtlinie widerspricht nicht den Beziehungen zwischen Bolschewiki und Sozialrevolutionären in der Periode des Bürgerkrieges, als bereits neue Vertretungsorgane des Proletariats und der Bauernschaft existierten.

## 10. Nationale Frage

Auch über Theorie der Volksbewegungen in manchen besonders zurückgebliebenen Ländern hat Lenin eine grundlegende Klärung eingebracht.<sup>41</sup> Noch bevor die ökonomischen und die durch die weltweite Ausdehnung des Kapitalismus hereingebrachten Faktoren die Verhältnisse so weit entwickelt haben werden, dass sie für den modernen Klassenkampf reif sind, stellen sich hier Forderungen, die nur in einer Volkserhebung und durch die Niederlage des Weltimperialismus erfüllt werden können.

In der Epoche des Kampfes für die proletarische Revolution in den Metropolen ermöglicht die vollständige Realisierung dieser beiden Faktoren den Ausbruch des Kampfes in diesen Ländern, auch wenn er in jenen Regionen nicht die Merkmale des Klassenkampfes, sondern die eines ethnischen und Nationalitätenkonfliktes trägt.

Grundlegend in der leninistischen Auffassung sind jedoch die Führungsrolle der proletarischen Organe in diesem weltweiten Kampf und die Notwendigkeit, den Klassenkampf in jenen Ländern niemals zu verzögern oder zu ersticken, sondern anzuspornen und die Bildung und selbständige Entwicklung der lokalen kommunistischen Parteien zu fördern.

---

<sup>40</sup>Im Oktober 1923 „fand in Moskau der Gründungskongress der Bauerninternationale statt. (...) Der internationale Bauernrat kam zu einer ersten Sitzung unmittelbar nach dem Kongress zusammen, einer ersten Sitzung, die, so scheint es, auch die letzte gewesen sein muss. (...) Nichts sprang aus dieser Bauerninternationale heraus“. (Aus: Pierre Frank, *Geschichte der Kommunistischen Internationale*, Band I, Frankfurt/M.: isp Verlag, 1981, S. 313. Das zweibändige Werk ist eine Gesamtdarstellung der Dritten Internationale aus trotzkistischer Sicht.)

<sup>41</sup>„Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage“, *Protokoll, II. Weltkongress*, a.a.O., S. 224 ff.

Die Ausweitung dieser Bewertung der Verhältnisse auf Länder, in denen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und der bürgerliche Staatsapparat seit langem bestehen, stellt eine Gefahr dar, denn hier sind die nationale Frage und die patriotische Ideologie direkte konterrevolutionäre Hilfsmittel, die auf [theoretische] Entwaffnung des Proletariats zielen. Solche Abweichungen haben wir z.B. in den bekannten taktischen Zugeständnissen Radeks an die gegen die alliierte Besetzung kämpfenden deutschen Nationalisten gesehen.<sup>42</sup>

In der Tschechoslowakei muss die Internationale zudem jede organisatorische Widerspiegelung des nationalen Dualismus in den Reihen des Proletariats ausmerzen, denn beide Ethnien<sup>43</sup> sind historisch auf gleicher Höhe und befinden sich in einem ökonomisch vollständig entwickelten Milieu.

Den Kampf nationaler Minderheiten als solchen zum Prinzip zu erheben ist daher eine Entstellung der kommunistischen Auffassung. Die Beurteilung, ob ein solcher Kampf revolutionäre Möglichkeiten oder reaktionäre Entwicklungen birgt, hängt von ganz anderen Kriterien ab.

## 11. Russische Fragen

Die Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik des russischen Staates, die vor allem in der Rede Lenins von 1921 über die Naturalsteuer und im Bericht Trotzki auf dem IV. Kongress deutlich wurden<sup>44</sup>, ist in der KI unbestritten. Die Voraussetzungen in der russischen Wirtschaft und die Tatsache, dass in den anderen Ländern die Bourgeoisie weiterhin die Macht hat, erlaubten aus marxistischer Sicht keine andere Perspektive in Hinsicht auf die Entwicklung der Weltrevolution und die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft.

Die großen Schwierigkeiten, denen sich die russische Staatspolitik hinsichtlich des inneren Kräfteverhältnisses, der Probleme der betriebswirtschaftlichen Leitung<sup>45</sup> und der Beziehungen zum Ausland gegenübersteht, führten innerhalb der Kommunistischen Partei Russlands zu Meinungsverschiedenheiten. Zu bedauern ist vor allem, dass die internationale kommunistische Bewegung hier nicht fundierter und bestimmter Position zu beziehen vermochte.

In der ersten Diskussion zu dieser Frage waren die Aussagen Trotzki über das innerparteiliche Leben und seinen „neuen Kurs“ ohne Frage zutreffend, ebenso wie seine Ausführungen zum Verlauf der staatlichen Wirtschaftspolitik insgesamt eindeutig proletarisch und revolutionär waren. Nicht minder begründet waren seine Überlegungen in der zweiten Diskussion über die Fehler der Internationale und die Beweisführung, dass auch die beste bolschewistische Tradition nicht für die in der KI-Führung vorherrschenden Kriterien spricht.

Infolge der bekannten Methode der Einschüchterung, aus der Luft gegriffene Anschuldigungen des Fraktionismus oder gar Bonapartismus in den Vordergrund zu rücken, war die Debatte innerhalb der russischen Partei ebenso verzerrt wie künstlich. Was die jüngste Diskussion angeht, muss man vor allem sehen, dass es um russische Fragen geht, die eine internationale Dimension haben, so dass der Beschluss seitens der Mehrheit der KPR darüber nicht als Argument gegen die Diskussion und Beschlussfassung durch

---

<sup>42</sup>Angesichts der französischen Politik, die gegenüber dem besiegten Deutschland auf der genauen Einhaltung des Versailler Friedensvertrags (Reparationszahlungen) bestand und in der Ruhrbesetzung vom Januar 1923 gipfelte, machten sich in Deutschland nationalistische Stimmungen breit, die auch die KPD-Führung glaubte, nutzen zu müssen: Der deutsche Nationalismus wurde als gelegener kommender „zeitweiliger“ Bundesgenosse angesehen, um die Sympathie des Mittelstandes zu gewinnen und sie mittels Konzessionen an die chauvinistische Ideologie dem Einfluss der Bourgeoisie und der Faschisten zu entziehen. Dass diese Taktik nicht die Abweichung eines Flügels der Partei darstellte, sondern mit der gesamten Politik und Taktik der Komintern in Zusammenhang stand, zeigt auch die Tatsache, dass sie auf der Tagung des EKKI im Januar 1923 (auf der Karl Radek die berühmt-berüchtigte Schlageter-Rede gehalten hatte – benannt nach dem Freikorpsführer Schlageter, der während der Ruhrbesetzung vom französischen Militär getötet und daraufhin von den Faschisten als Märtyrer gefeiert wurde) sanktioniert wurde. In Anhang 5 fügen wir einen Auszug aus dem Artikel Bordigas: *Der Kommunismus und die nationale Frage* vom 15. April 1924 an, in dem er auf diese Frage und die Rede Radeks eingeht.

<sup>43</sup>Tschechen und Slowaken.

<sup>44</sup>Lenins Schrift „Über die Naturalsteuer (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen)“, in LW 32, S. 341-380. Trotzki Rede „Fünf Jahre Russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“, in *Protokoll, IV. Weltkongress*, a.a.O., S. 268-295.

<sup>45</sup>Ital: tecnica produttiva.

die ganze Internationale angeführt werden kann, wobei es ganz unerheblich ist, dass die geschlagene russische Opposition darauf verzichtete, die Frage vor die KI zu bringen.<sup>46</sup>

Wie auch in anderen Fällen werden die inhaltlichen Fragen durch solche des Verfahrens und der Disziplin erstickt. Es geht hier nicht etwa um die Verteidigung verletzter Rechte einer Minderheit, die, jedenfalls auf der Führungsebene, die Verantwortung für viele Fehler auf internationaler Ebene mitträgt, sondern um existenzielle Fragen der Weltbewegung.

Die russische Frage muss der ganzen Internationale vorgelegt werden und ihre Untersuchung muss von folgenden Grundzügen ausgehen: In der gegenwärtigen russischen Wirtschaft finden wir laut Lenin vorbürgerliche, bürgerliche, staatskapitalistische und sozialistische Elemente vor. Die verstaatlichte Großindustrie ist insofern sozialistisch, als sie sich auf einen auf die Produktion ausgerichteten Ansatz bezieht, die sich in den Händen des im politischen Sinne proletarischen Staates befindet. Die Distribution

---

<sup>46</sup>Diese Debatten um den Kurs der Partei markieren den Beginn der Linken Opposition in Russland. Ausgelöst wurde die erste Auseinandersetzung, die hier erwähnt wird, durch zwei Briefe Trotzki's an das Zentralkomitee, der erste vom 8.10.1923 (Der Originaltext: „Brief an das ZK der KPR“, in: Trotzki, *Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926*, Hamburg, isp-Verlag, 1997, Band 3.1, S. 149-170. Eine Zusammenfassung des Briefes mit Zitaten aus dem Originaltext in: *Die linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928*, Band I, 1923-1924, hg. u. eingeleitet von Ulf Wolter, Westberlin, Edition Prinkipo, Verlag Olle & Wolter, 1976, S. 196 ff. Die Debatte des Jahres 1923 ist hier gut dokumentiert: Trotzki's Artikel und Briefe vom 4., 6., 8. und 24. Okt., ferner die „Erklärung der 46“, ebenso Schriften Trotzki's: *Der neue Kurs* der Partei u.a.). Gemäß eines Politbüro-Beschlusses sollte der Brief weder veröffentlicht werden noch in der Partei zirkulieren. Wenige Tage später (15.10.) wandten sich sechszwanzig langjährige Parteimitglieder mit einer als vertraulich deklarierten Erklärung ebenfalls an das Politbüro: die „Erklärung der 46“ (ebd., Wolter, S. 211 ff.). Die Parteiführung reagierte zunächst, indem sie einerseits die Forderung nach Demokratisierung der Partei ablehnte, andererseits reformfreudig auftrat – der Troika (Sinowjew, Kamenjew und Stalin bildeten seit Ende 1922/ Anfang 1923 eine informelle „Dreiergruppe“, die als geheime Fraktion des Politbüros die faktische Parteiführung darstellte) war v.a. daran gelegen, die Diskussion in der unzufriedenen Parteimitgliedschaft unter Kontrolle zu halten. Das Politbüro verabschiedete deshalb am 5.12.1923 einstimmig eine Resolution, in der die Forderung nach Demokratisierung der Partei stattgegeben wurde (Trotzki, *Schriften*, S. 648 ff.). Nichtsdestoweniger gingen die Auseinandersetzungen weiter, die sich im Wesentlichen um die Grenzen (Stalin, Sinowjew) der Arbeiterdemokratie drehten. Der zweite Brief Trotzki's (*Der neue Kurs, Brief an die erweiterte Sitzung des ZK der KPR*) vom 8.12.1923 (Trotzki, *Schriften*, S. 284; auch in Wolter, S. 242 ff.) wurde erst am 28. und 29.12. in der *Prawda* veröffentlicht. Nachdem er es unterlassen hatte, auf dem 12. Parteitag der KPR (April 1923) die brennenden Fragen zu behandeln, ging Trotzki in diesen zwei Briefen zunächst auf die ernste Wirtschaftskrise in der UdSSR („Scherenkrise“: Anstieg der Industriepreise bei Stagnation der Agrarpreise bzw. Lähmung des Austausches zwischen Stadt und Land, alarmierende Arbeitslosigkeit, Streikwelle) und anschließend auf das in der Partei herrschende Regime der Unterdrückung und Verfolgung der Oppositionellen ein, das verheerende Ausmaße angenommen hatte. Die zweite Diskussion spielte sich vor dem Hintergrund des deutschen Desasters von 1923 ab. Die Hoffnung auf eine Kursänderung durch politische Ereignisse war nach der Niederlage der Oktoberrevolution in Deutschland enttäuscht worden. Die Führung der Internationale hatte die Verantwortung dafür abgelehnt und der Führung der KPD angelastet, die sich damit verteidigte, in Anlehnung an die Exekutive der KI gehandelt zu haben (siehe Fußnote 31). Diese zweite Diskussion wurde im Herbst 1924 – nachdem es auf der Parteikonferenz im Jan. 1924 zu heftigen Angriffen auf Trotzki und die Opposition gekommen war, die der 13. Parteitag im Mai bestätigte, somit die Stellung der Troika befestigend – durch die Veröffentlichung der *Lehren des Oktober* ausgelöst (Wolter, Bd. II, 1924-1925, S. 192 ff.), die Trotzki als Vorwort seiner im Staatsverlag herausgegebenen Werke aus dem Revolutionsjahr 1917, III. Band, verfasst hatte. Trotzki ging darin von den Lehren der russischen Revolution aus, um die Bedingungen zu untersuchen, die die Parteiorganisation erfüllen muss, um in den Phasen, in denen die historische Entwicklung die Machteroberung und den Aufstand auf die Tagesordnung setzt, auf der Höhe ihrer historischen Aufgabe zu sein. Dies war für die Troika der Anlass für die offene Konfrontation: eine neue antitrotzkistische Kampagne wurde eröffnet (unter der Bezeichnung „Literarische Debatte“ oder „Literaturstreit“ bekannt, der eine politische Diskussion ersetzte), wozu systematisch und tendenziös auf alle frühen Auseinandersetzungen zwischen Lenin und Trotzki zurückgegriffen wurde. Das war das Vorspiel der blutigen Verfolgung der internationalistischen Opposition in Russland und des Triumphes der Stalin'schen These des „Sozialismus in einem Land“, die offiziell 1926 durchgesetzt wurde. Auf der Parteikonferenz im Januar 1924 war die Opposition als „kleinbürgerliche Abweichung“ verurteilt worden; auf dem 14. Parteitag Ende Dezember 1925 (ebd., Bd. III, 1925-1926, S. 240 ff.) – der erwähnten „jüngsten Diskussion“ – betrachtete die KPR die „Diskussion über die inneren Fragen“ durch einen Parteitagsbeschluss als „erledigt“; im Januar 1926 wurde allen Sektionen der KI mitgeteilt, dass die „Übertragung der Diskussion über die russischen Fragen in die Reihen der KI unerwünscht sei“ (ebd. S. 449). Bereits auf dem V. Weltkongress im Juni/Juli 1924 hatte sich die sogenannte trotzkistische Opposition (später „linke“ Opposition genannt) diesem Diktat gebeugt – wie später auch die „neue Opposition“ um Sinowjew und Kamenjew (die auf diesem 14. Parteitag der KPR, den Kampf gegen die Theorie des ‚Sozialismus in einem Land‘ wie auch gegen das ‚innere Parteiregime‘ aufgenommen hatte). Auf der 6. EKKI-Tagung im Februar/März 1926 wird die

dieser Produkte jedoch vollzieht sich in kapitalistischer Form, d.h. über den freien Markt und seinen Konkurrenzmechanismus.

Infolge dieser Lage befinden sich die Arbeiter in einer alles andere als prosperierenden wirtschaftlichen Situation, was sie dank ihres revolutionären Bewusstseins hinnehmen; des Weiteren ist grundsätzlich nicht auszuschließen, dass die Entwicklung sogar in Richtung steigender Mehrwertabpressung geht, was durch [die Lebensmittelpreise sowie<sup>47</sup>] die vom Staat zu zahlenden Preise und die Bedingungen konkret werden kann, die er beim Ankauf, bei den Konzessionen, im Handel und in allen anderen Geschäftsbeziehungen mit dem ausländischen Kapital aushandelt. Das sind die Fragestellungen, um zu wissen, ob sich die sozialistischen Elemente in der russischen Wirtschaft ausdehnen oder zurückgehen werden, wobei hier auch die Frage nach der technischen bzw. betriebswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der richtigen Organisation der Staatsindustrie einbezogen werden muss.<sup>48</sup>

Man muss festhalten, dass der Aufbau des vollständigen, sich also auf Produktion und Distribution, auf Industrie und Landwirtschaft erstreckenden Sozialismus in einem Land unmöglich ist.<sup>49</sup> Möglich ist hingegen eine fortschreitende Entwicklung sozialistischer Elemente in der russischen Wirtschaft, was das Scheitern des konterrevolutionären Plans bedeutet, der innenpolitisch auf die reichen Bauern, die neue Bourgeoisie und das Kleinbürgertum, außenpolitisch auf die imperialistischen Mächte setzt. Ob dieser Plan die Form eines äußeren oder inneren Angriffs annimmt oder als fortschreitende Sabotage und Einflussnahme auf das russische Gesellschafts- und Staatsleben in Erscheinung tritt, um eine schleichende Involution und Entproletarisierung seiner Merkmale zu erzwingen – in beiden Fällen ist die enge Zusammenarbeit und der Beitrag aller Parteien der Internationale eine unentbehrliche Bedingung für die erfolgreiche Behauptung Sowjetrusslands.

Es geht vor allem darum, dem proletarischen Russland und der KPR die aktive und tatkräftige Unterstützung der proletarischen Vorhut insbesondere in den imperialistischen Ländern zu sichern, nicht nur, um die Angriffe abzuwehren und auf die Beziehungen der bürgerlichen Staaten zu Russland Druck auszuüben, sondern hauptsächlich, weil es wichtig ist, die russische Partei bei der Lösung ihrer Probleme zu unterstützen; es stimmt zwar, dass die Bruderparteien keine direkte Erfahrung mit den Herausforderungen des Regierens haben, dennoch aber zu deren Lösung beitragen, indem sie einen klassenkämpferischen und revolutionären Koeffizienten einbringen, der direkt aus den realen Klassenkämpfen in ihren Ländern hervorgeht.

Aus dem zuvor Gesagten resultiert, dass die inneren Verhältnisse in der KI den genannten Aufgaben nicht gerecht werden und Änderungen dringend notwendig machen, vor allem die Richtung der durch die

---

italienische Linke nichtsdestotrotz verlangen, die „russische Frage“ – d.h. das Verhältnis zwischen dem Kampf des Weltproletariats und der Politik des russischen Staates und der KPR – in allen Sektionen der Komintern zu diskutieren. (vgl. auf dieser Seite: 1926-02-22 – *Versammlung der italienische Delegation mit Stalin* [Rubrik: Kongresse]). Dies sollte im Sommer 1926 auf einem extra dafür einzuberufenden Weltkongress geschehen. Er fand nicht statt.

47Im Originaltext nicht enthalten.

48Zur Vermeidung von Missverständnissen muss der Satz mit dem des vorherigen Absatzes verglichen werden: „Die verstaatlichte Großindustrie ist insofern sozialistisch, als sie sich auf einen auf die Produktion ausgerichteten Ansatz bezieht, die sich in den Händen des im politischen Sinne proletarischen Staates befindet.“ Die verstaatlichte Industrie ließ sich zu jener Zeit insofern als „sozialistisch“ bezeichnen, als sie die wirtschaftlichen Ziele einer politisch proletarischen Macht verwirklichte. Dass es sich nicht um die Errichtung oder den Aufbau des Sozialismus handeln konnte, war damals allen Marxisten klar (Lenin wie auch andere haben dies immer deutlich ausgesprochen). „8. Handelt es sich, wie im Falle Russlands, um ein soeben aus dem Feudalismus herausgetretenes Land, so wird es nach dem politischen Sieg des Proletariats keine anderen Schritte tun können, als die „Grundlagen“ des Sozialismus zu verwirklichen, d.h. die Industrialisierung zu forcieren. Es wird folgendes Programm aufstellen: Die politische Revolution im Ausland erwarten und darauf hinarbeiten, und im Innern den Staatskapitalismus auf warenproduzierender Basis aufbauen.“ (Bordiga in der theoretischen Arbeit nach dem 2. Weltkrieg: *auf dieser Seite: 1956-03-03 – Dialog mit den Toten, Dritter Tag (später Nachmittag)*, Kap.: „Die Wende des Jahres 1926“, S. 62.) [Rubrik: Riunioni].

49Zur gleichen Zeit, in der Bordiga diese Seiten schrieb, gingen in Russland *Die Fragen des Leninismus* von Stalin (Berlin, Oberbaumverlag, 1970) in Druck, in dem offen die Theorie vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ vertreten wird – eine These, die sich auf dem XIV. russischen Parteitag durchgesetzt hatte und bereits im Herbst 1924 in der Polemik gegen Trotzki's Theorie der permanenten Revolution vorgetragen worden war. Zu Stalins Art und Weise und dem Zeitpunkt der Darlegung dieser Theorie (und den Gründen für ihren Erfolg) siehe die Feststellungen von Isaak Deutscher, *Stalin. Eine politische Biographie*, Augsburg, Bechtermünz, 1997. (*Scritti*, Bd. 9, S. 198, Fußnote 20.)

sogenannte Bolschewisierung hervorgerufenen organisatorischen und taktischen wie auch politischen Grenzüberschreitungen umzukehren.

### III. Italienische Fragen

#### 1. Die Lage in Italien

Falsch sind Einschätzungen der italienischen Lage, die der eher schwachen Entwicklung des Industriekapitalismus entscheidendes Gewicht geben.

Der im quantitativen Sinn geringen Ausdehnung und relativ späten historischen Entwicklung des italienischen Kapitalismus steht eine Reihe anderer Umstände gegenüber, kraft derer die politische Macht zur Zeit des Risorgimento fest in die Hände der Bourgeoisie übergehen konnte, deren Regierungstradition so reich und komplex ist wie eh und je.

Es ist nicht möglich, die politischen Lager, in die sich die einander bekämpfenden Parteien (wie die Rechte und die Linke, die Klerikalen und Freimaurer, Demokraten und Faschisten) historisch geteilt haben, systematisch auf soziale Unterschiede zwischen Großgrundbesitzern und Kapitalisten und zwischen Groß- und Kleinbürgertum zurückzuführen.

Die faschistische Bewegung muss als Versuch gewertet werden, die widerstreitenden Interessen der verschiedenen bürgerlichen Gruppen zu konterrevolutionären Zwecken politisch zu vereinen. Zu diesem Zweck hat der Faschismus, gleichzeitig von Großgrundbesitz, Industrie, Handel und Banken, kurzum, von allen oberen Klassen direkt gefördert und gewollt und vor allem vom traditionellen Staatsapparat, vom Königshaus, der Kirche und der Freimaurerei gestützt, die Schichten der zersetzten Mittelklassen in Bewegung gesetzt und im engen Schulterschluss mit allen bürgerlichen Kräften gegen das Proletariat gehetzt.

Die Ereignisse in Italien dürfen weder als Machtübernahme einer neuen sozialen Schicht gedeutet werden noch als Bildung eines neuen Staatsapparates mit eigener Ideologie und eigenem Programm, auch nicht als Niederlage einer Fraktion der Bourgeoisie, die ihre Interessen lieber mit liberalen und parlamentarischen Methoden durchsetzen würde. Die Liberalen, die Demokraten, Giolitti und Nitti, sind die Akteure einer für die Niederlage des Proletariats entscheidenden und mit der faschistischen Phase dialektisch verbundenen konterrevolutionären Kampfperiode. In der Tat ermöglichte ihre Politik der Zugeständnisse – mit Rückendeckung von Reformisten und Maximalisten<sup>50</sup> – in der unmittelbaren Nachkriegszeit und nach der Demobilisierung, als die herrschende Klasse und ihre Organe auf einen frontalen Abwehrkampf nicht vorbereitet waren, die bürgerliche Gegenwehr und die Ablenkung des proletarischen Drucks.<sup>51</sup>

---

50Die maximalistische Tendenz entstand 1918, als nach einem Aufschwung der revolutionären Arbeiterkräfte die rechte Fraktion nicht aus der PSI ausgeschlossen wurde; sie proklamierte, die „maximalen“ antikapitalistischen und revolutionären Ziele des Sozialismus verwirklichen zu wollen, bewegte sich aber weiterhin faktisch im reformistischen und parlamentaristischen Sinn. Von den drei Beitrittsbedingungen der KI – Ausschluss der Reformisten, Umbenennung in Kommunistische Partei, Ausnützung der Parlamentstribüne – erfüllte die maximalistische Fraktion der PSI nur die letzte. Die Maximalisten, die die Mehrheit in der PSI besaßen, weigerten sich standhaft, die Reformisten auszuschließen. Dies geschah erst im Oktober 1922 auf dem 19. Parteitag der PSI.

Eine gute Darstellung der Geschichte der PSI oder der Vorgeschichte der Gründung der PCd'I findet sich in: Helmut König: *Lenin und der italienische Sozialismus 1915-1921. Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte der Kommunistischen Internationale*, Tübingen, Böhlau Verlag, 1967.

51Auf dem Höhepunkt der Arbeiterbewegung, 1919-1920, als die Bourgeoisie arg in Bedrängnis geraten war, bekämpften die Regierungen unter Nitti und dann Giolitti die Bewegung nicht durch den Einsatz der Staatsgewalt, sondern durch Zugeständnisse und Reformen; Nitti ließ 1919 die Landbesetzungen in Süditalien durch Verträge in geregelte Formen bringen und erließ eine erweiterte Amnestie für Fahnenflüchtige, die sich zu Zehntausenden versteckt hielten; Giolitti ignorierte im Sommer 1920 die Forderungen der Industriellen nach Räumung der Fabriken (600 Betriebe waren besetzt) und ließ die Fabrikbesetzungen in Norditalien ins Leere laufen: Nachdem den Arbeitern Mitbestimmung in paritätischen Kommissionen zur Kontrolle der nationalen Wirtschaft zugesichert worden war, verließen die Arbeiter nach einem Monat die Fabrik. Es gelang Giolitti schließlich doch nicht, sein Reformprogramm (wobei ihm die Unterstützung der reformistischen Sozialisten sicher war – es gab in der PSI grob unterteilt drei Richtungen: die Reformisten unter Turati, die sogenannten Maximalisten unter Serrati, die Linke unter Bordiga) durchzusetzen – für die Industriellen war Giolitti nun nicht mehr von Nutzen. Der im Herbst 1920 einsetzende faschistische Terror veränderte das bestehende Kräfteverhältnis, die Bourgeoisie gewann infolge der durch Misserfolge und Enttäuschungen demoralisierten Arbeiterbewegung wieder die Oberhand und der Weg für das Auftreten der

Von Regierung, Verwaltung, Polizei, Justiz, Armee usw. in jener Phase direkt unterstützt, hat der Faschismus die alten bürgerlichen Amtsträger vollständig ausgewechselt. Man darf sich davon jedoch nicht blenden und erst recht nicht dazu verleiten lassen, jene gestrauchelten Parteien und Gruppen zu rehabilitieren, denn sie wurden allein deswegen beseitigt, weil sie eine ganze Etappe ihrer antiproletarischen Aufgabe zum Abschluss gebracht hatten und nicht etwa, weil sie der Arbeiterklasse günstige Bedingungen geboten hätten.

## 2. Politische Strömung der kommunistischen Linken

In den oben genannten aufeinanderfolgenden Phasen handelte die Strömung, die 1921 die Kommunistische Partei Italiens gegründet hatte, nach folgenden Kriterien: Die auf der bürgerlichen und parlamentarischen Bühne behaupteten Antagonismen als Trugbild zurückweisen und den Antagonismus der Klassen bekräftigen; die Illusion im Proletariat zerstören, nach der die Mittelklassen imstande seien, einen politischen Generalstab zu bilden, die Macht zu übernehmen und dem Proletariat den Weg zu Siegen zu ebnen; die Arbeiterklasse durch die ihr eigenen und selbständigen kritischen, politischen und taktischen Positionen, die sich in den aufeinanderfolgenden Entwicklungsphasen fest miteinander verknüpfen, vorbereiten, so dass sie Vertrauen in ihre eigene geschichtliche Aufgabe fasst.

Die Traditionen dieser Politik sind bereits vor dem Krieg beim linken Flügel der Sozialistischen Partei erkennbar. Seit den Parteitag von Reggio Emilia (1912) und Ancona (1914) formierte sich in der PSI nicht nur eine Mehrheit, die in der Lage war, dem reformistischen und zugleich dem syndikalistischen Irrweg entgegenzutreten (letzterer stand bis zu diesem Zeitpunkt für die proletarische Linke), sondern innerhalb dieser Mehrheit trat auch deutlich eine äußerste Linke auf, die auf immer radikalere und klar proletarische Lösungen hinarbeitete. Wichtige Klassenfragen wie die einzuschlagende Taktik hinsichtlich der Wahlen, der Beziehungen zu den Gewerkschaften, des Kolonialkrieges und der Freimaurerei, konnten so richtig gelöst werden.

Zwar stellte sich die ganze, oder fast die ganze Partei während des Weltkrieges gegen eine Politik des Burgfriedens<sup>52</sup>, doch die Arbeit einer klar erkennbaren radikalen Linken innerhalb ihrer Reihen trug sehr viel eindeutigerer Züge. Auf den Versammlungen von Bologna (Mai 1915), Rom (Februar 1917), Florenz (November 1917) und auf dem Parteitag von Rom im Jahre 1918 vertrat sie leninistische Richtlinien, so die Ablehnung des nationalen Verteidigungskrieges und den revolutionären Defätismus, die Ausnutzung der militärischen Niederlage, um die Machtfrage zu stellen, den fortwährenden Kampf gegen die gewerkschaftlichen und parlamentarischen opportunistischen Führer und die Forderung ihres Ausschlusses aus der Partei.

Die Richtlinie der Linken manifestierte sich gleich nach Kriegsende in der Herausgabe der Zeitung *Il Soviet*<sup>53</sup>, die als erste die Richtlinien der russischen Revolution darlegte und gegen antimarxistische, opportunistische, syndikalistische und anarchistische Auslegungen verteidigte. Ebenso sind die wesentlichen Fragen der proletarischen Diktatur und der Aufgabe der Partei richtig gestellt worden, wobei von Anfang an die Spaltung von der PSI gefordert wurde.

Diese Gruppe trat für die Wahlenthaltung<sup>54</sup> ein; der II. Kongress der Internationale lehnte ihre diesbezüglichen Thesen ab<sup>55</sup>. Wie auch die scharfen Polemiken gegen die anarchistische Presse bezeugen, lagen dem Wahlboykott jedoch keine theoretisch anti-marxistischen Irrtümer des anarcho-syndikalistischen Typus zugrunde. Denn erstens sollte die Taktik des Wahlboykotts in den Ländern angewandt werden, in denen das politische Terrain seit langem von der parlamentarischen Demokratie beherrscht wird, die besondere Schwierigkeiten erzeugt, um die Massen zu gewinnen und deren Verständnis für den Begriff der

---

faschistischen Bewegung wurde frei.

52Ital: unione sacra; Zurückstellen von politischen und sozialen Konflikten. Den deutschen, historischen Begriff „Burgfrieden“ griff Wilhelm II. in seiner berühmt-berüchtigten Thronrede am 4. August 1914 auf, um das deutsche Volk auf den Weltkrieg einzustimmen: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche.“

53Siehe Fußnote 37.

54Ital.: astensionismo elettorale.

55Auf dem II. Weltkongress der KI im Juli/August 1920 hielt Bordiga das Korreferat zur Frage des Parlamentarismus (*Protokoll, II. Weltkongress*, a.a.O., S. 421-430, Leitsätze der kommunistisch-abstentionistischen Fraktion: S. 430-434.) Angenommen wurden die von Bucharin formulierten Leitsätze (S. 466-478), denen sich die abstentionistische Fraktion aus Disziplin fügte.

Diktatur den Weg zu ebnen, Schwierigkeiten, die, wie wir glauben, in der Internationale noch immer unzureichend bewertet werden.

Zweitens wurde die Wahlenthaltung nicht als Taktik für alle Zeiten vorgeschlagen, sondern für die heute leider nicht mehr bestehende allgemeine Situation, in der große Kämpfe bevorstehen und sich breiteste Arbeitermassen in Bewegung setzen. Mit den Wahlen von 1919 öffnete die bürgerliche Regierung Nitti einen riesigen Abzugskanal für den proletarischen Druck und lenkte den Aufschwung der Arbeiter und die Aufmerksamkeit der Partei ab, indem sie ihre Traditionen der exzessiven Wahl­tätigkeit ausnutzte. Der Wahlboykott des *Il Soviet* war damals die einzig richtige Reaktion auf die wirklichen Ursachen der nachfolgenden proletarischen Niederlage.

Auf dem Parteitag von Bologna (Oktober 1919) forderte allein die den Wahlboykott vertretende Minderheit die Spaltung von den Reformisten; vergeblich versuchte sie, sich mit einem Teil der Maximalisten hierüber zu einigen, indem sie den Boykott nicht zur Prämisse machte. Nach dem Scheitern dieses Versuchs war die wahlboykottistische Fraktion die einzige, die bis zum II. Weltkongress auf nationalem Maßstab für die Bildung der Kommunistischen Partei arbeitete.

Sich auf die eigenen Erfahrungen und Traditionen der Linken des italienischen Proletariats stützend, handelte diese Gruppe aus sich heraus nach den Richtlinien, die sich zur gleichen Zeit mit dem Sieg Lenins und des Bolschewismus in Russland behaupteten.

### 3. Tätigkeit der linken Parteiführung

Nach der Gründung der Kommunistischen Partei Italiens in Livorno (Ende Januar 1921) unternahmen die Wahlboykottisten alle Anstrengungen für einen engen Zusammenschluss mit den anderen Gruppierungen der Partei. Bildete für manche dieser Gruppen nur die Frage der internationalen Beziehungen die Grundlage der Spaltung von den Opportunisten, bestand für die Linke der Partei, die inzwischen aus Gründen der Parteidisziplin ausdrücklich auf ihre Position zum Parlamentarismus verzichtet hatte, und auch für viele andere eine völlige Übereinstimmung zwischen den Thesen der Internationale und den Lehren aus den eigenen politischen Erfahrungen.

Die Parteiführung richtete ihre Tätigkeit an der Auffassung der italienischen Lage und den Aufgaben des Proletariats aus, die wir oben dargelegt haben. Unstrittig ist heute, dass die Verspätung bei der Gründung der revolutionären Partei – wofür den anderen Gruppen die Verantwortung anzulasten ist – den späteren Rückzug des Proletariats unvermeidbar machte und ihn unweigerlich bedingte.

Um den weiteren Kämpfen der Arbeiterklasse die bestmöglichen Stellungen zu verschaffen, stützte die Führung ihr Vorgehen auf die Notwendigkeit, keine Anstrengung zu scheuen, um den traditionellen Apparat der roten Organisationen nutzbar zu machen, zugleich aber das Proletariat zu überzeugen, nicht auf Maximalisten und Reformisten zählen zu können, die so weit gingen, einen Friedenspakt mit den Faschisten zu unterzeichnen.<sup>56</sup>

Gleich nach ihrer Gründung stellte die Kommunistische Partei den Grundsatz der gewerkschaftlichen Einheit auf und erhob die zentrale Forderung der Einheitsfront, die mit der Bildung des „Bündnis der Arbeit“ ihren Höhepunkt fand.<sup>57</sup> Abgesehen von den verschiedenen Ansichten zur politischen Einheitsfront steht

---

<sup>56</sup>Den Friedenspakt unterzeichneten am 3. August 1921 Vertreter der faschistischen Kampfbünde und der faschistischen Parlamentsfraktion, die Parteiführung ebenso wie die Parlamentsfraktion der PSI, die CGdL (Allgemeiner Gewerkschaftsbund, unter Führung der PSI), „um das Blutvergießen zu beenden“. Die Kommunisten wandten sich energisch gegen diesen Pakt. Bereits im Februar hatte die Gewerkschaftssektion der PCd'I den CGdL aufgefordert, sein Bündnis mit der PSI zu lösen und ihm zugleich das Recht abgesprochen, über die gewerkschaftlichen Obliegenheiten hinaus ein politisches Mandat wahrzunehmen – wie die Unterzeichnung des Friedenspaktes. Dieser bedeutete, die Arbeiter in einer Situation zu entwaffnen, in der sie örtliche Erfolge gegen die Faschisten erzielten. Die Kommunisten verstanden den Kampf gegen den Faschismus zu diesem Zeitpunkt als „ökonomischen“ Kampf für die Verbreiterung der Klassenfront durch Koordination der einzelnen Arbeitskämpfe.

<sup>57</sup>Seit dem August 1921 hatten die Kommunisten den Generalstreik zur Verteidigung der in den Jahren zuvor erkämpften Errungenschaften gefordert (Verteidigung der Löhne, der Tarifabschlüsse, des Lebensstandards der Arbeiter, Existenzsicherung der Arbeitslosen u.a.). Das waren keine abstrakten Forderungen, sie stützten sich auf die manifeste Kampfbereitschaft der Arbeiter, deren Aktionen trotz der faschistischen Angriffe bis zur Machtübernahme Mussolinis im Oktober 1922 immer wieder aufbrachen, allerdings aufgrund der mangelnden Koordination auch immer wieder in sich zusammenfielen. Im Februar 1922 berief die italienische Eisenbahnergewerkschaft eine Versammlung von Parteien ein, um deren Bereitschaft zu prüfen, sich auf einen gewerkschaftlichen Einheitskampf zu einigen. Am 21.

faktisch fest, dass diese in der italienischen Situation von 1921-22 undurchführbar war und dass die Kommunistische Partei niemals zu einer Versammlung eingeladen wurde, auf der ein Parteienbündnis gegründet werden sollte. An der von den Eisenbahnern einberufenen Versammlung zur Bildung des gewerkschaftlichen Bündnisses nahm die Partei nicht teil, um nicht Hand zu Manövern zu bieten, die das Bündnis selbst hätten kompromittieren und die Verantwortung der Partei hätten einfordern können; doch machte sie im Vorhinein deutlich, diese Initiative ins Leben gerufen zu haben und die Kommunisten gegenüber dem neuen Organ Disziplin einhalten würden. Dennoch gab es anschließend Kontakte mit politischen Parteien, die die Kommunistische Partei durchaus nicht verweigerte, doch die Gespräche führten zu nichts, was die Unmöglichkeit einer Verständigung auf politischem und praktischem Terrain wie auch den Defätismus der anderen Gruppen erneut unter Beweis stellte. Auch während des Rückzugs verstand es die Partei, das Vertrauen der Arbeiter in die eigene Klasse zu behaupten und das politische Bewusstsein der Avantgarde zu stärken, indem sie die üblichen Machenschaften der pseudo-revolutionären Grüppchen und Parteien gegenüber der Arbeiterklasse rechtzeitig vereitelte. Trotz den Anstrengungen der Partei kam es erst spät, nämlich im August 1922, zum Generalstreik; die proletarische Niederlage war jedoch nicht mehr zu verhindern und der Faschismus, dessen Terror von den durch die *liberale Demokratie* gestützten staatlichen Kräften offen unterstützt wurde, war von da an Herr der Lage, erst später, mit dem „Marsch auf Rom“, legalisierte er seine Herrschaft auch formell.

Obwohl sich der proletarische Aktionsradius einengte, überwog der Einfluss der Partei zu diesem Zeitpunkt den von Maximalisten und Reformisten, nachdem ihre Fortschritte schon zuvor bei den Wahlergebnissen von 1921 und den folgenden großen Tagungen im Gewerkschaftsbund festzustellen waren.

#### 4. Beziehungen zwischen der italienischen Linken und der Kommunistischen Internationale

Auf dem 2. Parteitag [der PCd'I] in Rom (März 1922) wurde eine zwischen der italienischen Linken und der Mehrheit der Internationale bestehende theoretische Divergenz formuliert, die zuvor von unseren Delegationen auf dem III. Weltkongress und auf der Erweiterten Exekutive im Februar 1922 ziemlich schlecht dargelegt worden war, insbesondere auf dem III. Kongress wurden wirkliche Fehler im „linksradikalen“ Sinn begangen.<sup>58</sup> Die „Römer Thesen“ liquidierten auf theoretischer und politischer Ebene jede Gefahr von Links-opportunismus in der italienischen Partei.<sup>59</sup>

Soweit es die praktische Arbeit in der Partei betraf, war nur hinsichtlich der Taktik gegenüber den Maximalisten eine Divergenz mit der Internationale aufgetreten; sie schien jedoch durch die auf dem 18. Parteitag der PSI im Oktober 1921 in Mailand gezeigte Einheit gegenstandslos geworden zu sein.<sup>60</sup>

---

Februar gründeten die wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen die *Alleanza del lavoro* (Bündnis der Arbeit). Die PCd'I erklärte die „bedingungslose Gewerkschaftsdisziplin“ aller kommunistischen Kräfte gegenüber den Beschlüssen des nationalen Komitees. Die Vertretung im Komitee wurde nicht durch die kommunistische Partei, sondern ihre Gewerkschaftsabteilung gesichert, um, wie im Text deutlich wird, den anderen Parteien nicht den Vorwand zu liefern, die Kommunisten wollten das Bündnis der Arbeit vereinnahmen und sich andererseits durch unweigerlich eintretende Kompromisse bzgl. der Forderungen nicht die Hände binden zu lassen. Ihr Skeptizismus erwies sich als berechtigt, denn die Politik von Gewerkschaftsbund und PSI verfolgte Ziele, die auf parlamentarischem Wege erreicht werden sollten (wie den Achtstundentag, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit), während der proletarische Kampf bloß zur Unterstützung dieser Politik diente, zudem sollte der Druck der Arbeiter für parlamentarische Manöver missbraucht werden (Neuwahlen). Der ein Jahr später zustande gekommene Generalstreik wurde von der Gewerkschaft und den Sozialisten am dritten Tag abgebrochen, als er sich gerade zu entfalten und verloren gegangenes Kampfterrain wieder zu besetzen begann. Der Streik brachte damit nicht die Wende zugunsten der Arbeiter, sondern zugunsten der Faschisten. (Vgl. Christian Riechers, *Die Niederlage in der Niederlage, Texte zu Arbeiterbewegung, Klassenkampf, Faschismus*, hg., eingeleitet und kommentiert von Felix Klopotek, Münster, Unrast-Verlag, 2009, S. 237-239; vgl. auch *Scritti*, Bd. 6, S. LXX-LXXVI) Vgl. auf dieser Seite: 1922-02-10 – *Die Allianz der Arbeit*. [Rubrik: Alpha]

<sup>58</sup>Vgl. *Protokoll, III. Weltkongress*, a.a.O., S. 498-508 (Terracini) und 508-518 (Lenin).

Umberto Terracini, (1895–1983); Mitbegründer der PCd'I, ab 1926 Chefredakteur der *L'Unità*, im gleichen Jahr zu 23jähriger Haft verurteilt. Nach Kriegsende Senator und 1946-47 Präsident der verfassungsgebenden Versammlung.

<sup>59</sup>Siehe Fußnote 3

<sup>60</sup>Die PSI hatte sich auf dem Parteitag erneut für die „Einheit“ der Partei entschieden. Sie war gewillt, die Reformisten um jeden Preis – auch um den Preis des Ausschlusses aus der Dritten Internationale – in der Partei zu halten (die Reformisten beherrschten die Gewerkschaften). Offiziell verabschiedete die Internationale am 2. November eine Resolution des EKKI, in der die Sozialistische Partei Italiens aufgrund dieses Ergebnisses aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen wurde. Andererseits ließ die Internationale auch nach Livorno eine Tür

Die „Thesen von Rom“ wurden nicht als unmittelbare Aktionslinie, sondern als Beitrag der Partei zu den Beschlüssen der Internationale verabschiedet. Dies wurde auf der Erweiterten Exekutive in 1922<sup>61</sup> von der italienischen Parteiführung bekräftigt, die theoretische Diskussion darüber eben infolge des Beschlusses der Internationale und aus Disziplin nicht eröffnet.

Doch die Internationale (August 1922) teilte nicht die Lageeinschätzung und die dementsprechenden Leitsätze der italienischen Zentrale, sondern hielt die Situation im Sinne einer verringerten Abwehrkraft des Staates für instabil; sie beabsichtigte, die Partei durch die Verschmelzung mit den Maximalisten zu stärken, wobei für diese Entscheidung nicht die Lehren, die die Partei aus den Erfahrungen der Auguststreiks gezogen hatte, ausschlaggebend waren, sondern die Spaltung zwischen Maximalisten und Unitaristen<sup>62</sup>.

Von diesem Moment an gehen die beiden politischen Linien definitiv auseinander. Auf dem IV. Weltkongress (Dezember 1922) widersetzte sich die linke Zentrale unserer Partei der in der Internationalen mehrheitlich angenommenen These, die die Verschmelzung mit den Maximalisten verlangte,<sup>63</sup> und die Delegierten lehnten, nach Italien zurückkehrt, einstimmig die Verantwortung dafür ab; die Fusionsverhandlungen wurden einem Ausschuss übergeben, gleichwohl behielt die Zentrale natürlich ihre administrativen Funktionen bei. Im Februar 1923 setzten die Verhaftungen und die faschistische Offensive gegen die Partei ein; schließlich wurde im Juni 1923 auf der Erweiterten Exekutive der Internationale die alte Zentrale abgesetzt und durch eine neue, gänzlich andere ersetzt. Umstände, angesichts derer der Rücktritt eines Teils der Zentrale ein einfacher und folgerichtiger Schritt war. Noch auf der Parteitagung im Mai 1924 in Como hatte die Linke die erdrückende Mehrheit gegenüber dem Zentrum und der Rechten. So war die Situation am Vorabend des V. Weltkongresses.

### 5. Der Ordinovismus als Tradition der jetzigen Zentrale

Die Gruppe „Ordine Nuovo“ entstand in Turin unter einigen Intellektuellen, die mit der Industriearbeiterschaft zu einer Zeit Kontakt aufnahmen, in der die abstentionistische Fraktion hier bereits eine breite Anhängerschaft hatte. In der Ideologie jener Gruppe herrschten bürgerliche, idealistische, von Croce<sup>64</sup> beeinflusste philosophische Anschauungen vor, die natürlich gewisse Änderungen erfuhren und noch erführen. Sehr spät und noch mit ihren ursprünglichen Fehlern behaftet, legte diese Gruppe die kommunistischen Richtlinien aus. Die Bedeutung der russischen Revolution verstand sie zu spät, als dass sie ihre Lehren für den italienischen Arbeiterkampf hätte nutzen können. In einem im November 1917 im „Avanti!“ veröffentlichten Artikel hatte Genosse Gramsci geschrieben, die russische Revolution habe den historischen Materialismus von Marx und die Theorien des „Kapital“ widerlegt und gab eine im Wesentlichen idealistische Erklärung der russischen Ereignisse.<sup>65</sup> Die Strömung der Linken, der auch die Jugendorganisation angehörte, bezog sofort Stellung gegen diesen Artikel.

für die PSI offen: Die Forderung nach Ausschluss der Reformisten blieb zwar bestehen, die nach Änderung des Parteinamens (was die sofortige Verschmelzung mit der Kommunistischen Partei bedeutet hätte) wurde jedoch aufgehoben.

61Il programma comunista, Nr. 18 und 19, 27.09 und 11.10.1980. Protokoll / Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Hamburg: Hoym [in Komm.], 1023-1926; Reprint.: Milano, Feltrinelli.

62Unitarismus bezeichnet die Politik der Parteieinheit um jeden Preis.

63Die nach der Oktoberniederlage 1923 bolschewisierte KPD war mit der Forderung der „Fusion“ der PCd'I mit der PSI solidarisch. Auf dem V. Weltkongress im Juni 1924 hatte Thälmann (die deutsche „rechte“ Parteiführung unter Brandler war nach der Oktoberniederlage durch die „linke“ Führung unter Fischer und Thälmann abgelöst worden) im Namen der deutschen Delegation eine Erklärung abgegeben, in der es zu diesem Punkt heißt: „Speziell für Italien glauben wir (...), daß eine wirkliche kommunistische Massenpartei erst durch die Fusion mit den ehrlichen Anhängern der III. Internationale aus der PSI geschaffen werden wird, wenn der kommunistische Kern sich die Führung in der geeinigten Partei zu sichern weiß. (...) Die deutsche Delegation (...) erwartet von der italienischen Linken und insbesondere von unserem Freund Bordiga, (...) daß sie die Fusion mit den Maximalisten nicht sabotieren, die Teilnahme an der Partearbeit in den führenden Körperschaften nicht weiter verweigern werden.“ (Protokoll, V. Kongress, S. 612.)

64Benedetto Croce (1866-1952): italienischer Philosoph und Politiker. „Laienpapst“ (Gramsci) der Bourgeoisie“ und Hauptvertreter des italienischen Neuhegelianismus, führender Ideologe des nationalliberalen Italien, der in seinen Schriften das liberale, „gute alte Italien“ des 19. Jahrhunderts beschwor. Er leugnete das Bestehen einer objektiven Realität und objektiver ökonomischer Gesetze. Seiner Ansicht nach hatten die Naturwissenschaften ihren Erkenntnischarakter an die Philosophie abgetreten, denn nur der Geist sei zur Erkenntnis des Wahren fähig. Als Politiker war Croce Führer der liberalen Partei und Antifaschist.

Wie aus den Veröffentlichungen des „Ordine Nuovo“ ersichtlich, entwickelte die ordinovistische Gruppe ihre Anschauungen in Richtung einer nicht-marxistischen und nicht-leninistischen Theorie der Arbeiterbewegung; darin sind die Fragen zur Rolle der Gewerkschaften und der Partei, die Fragen des bewaffneten Kampfes, der Machteroberung und der Errichtung des Sozialismus falsch gestellt. Stattdessen wurde die Auffassung einer umfassenden, nicht „freiwilligen“, sondern „notwendigen“, mit der industriellen Produktionsmaschinerie eng verhafteten Organisierung der Arbeiterklasse entwickelt.<sup>66</sup>

Dieses System geht vom Abteilungskommissar aus, geht über den Fabrikrat und gipfelt gleichzeitig in der proletarischen und Kommunistischen Internationale, dem Rätssystem und dem Arbeiterstaat, der in einem solchen System bereits vor dem Sturz der kapitalistischen Macht existent wäre. Mehr noch, die Forderung der Kontrolle über die Produktion macht die Funktionen dieses Systems bereits in der bürgerlichen Epoche zu Funktionen des Aufbaus einer neuen Wirtschaftsform.

Alle nicht-marxistischen Positionen dieser Ideologie (Utopismus, Syndikalismus Proudhon'scher Färbung, ökonomischer Gradualismus vor der Machteroberung, also Reformismus) wurden scheinbar aufgegeben, um sie jeweils durch die völlig anderen Theorien des Leninismus zu ersetzen. Doch diese Ersetzung hätte sich nur dann in nicht-äußerlicher und nicht-künstlicher Weise vollziehen können, wenn sich die ordinovistische Gruppe nicht gegen jene Gruppe abgegrenzt und gestellt hätte, die – wie wir gezeigt haben – auf linke und eigenständig mit der bolschewistischen Richtung übereinstimmende Traditionen zurückgreifen konnte und einen ernsthaften Beitrag – nicht auf der Grundlage akademischer Studien bürgerlicher Schriften, sondern auf Grundlage der proletarischen Klassenerfahrung – geleistet hatte. Natürlich schließt dies nicht aus, dass auch die zweite Gruppe durch eine enge, doch dann nicht zustande gekommene Zusammenarbeit hätte lernen und wachsen können. Unter diesen Umständen entbehrt es jedoch nicht der Ironie, wenn die ordinovistischen *leaders* gerade diejenigen bolschewisieren wollen, durch die sie erst auf den bolschewistischen Weg gebracht wurden, dies eben im ernstesten und marxistischen Sinn des Wortes, und nicht durch mechanische, bürokratische und redselige Methoden.

Bis kurz vor dem Weltkongress von 1920 sprach sich die Gruppe „Ordine Nuovo“ gegen die Spaltung der alten sozialistischen Partei aus und stellte alle gewerkschaftlichen Fragen falsch dar. Der Vertreter der Internationale in Italien musste über die Fragen der Fabrikräte und vorzeitigen Bildung von Sowjets eine scharfe Polemik gegen sie führen.

Die Turiner Sektion der PSI stimmte im April 1920 den bekannten, vom Genossen Gramsci verfassten und von dem aus Ordinovisten und Wahlboykottisten bestehenden Ausschuss angenommenen Thesen zu.<sup>67</sup> Diese in den Leitsätzen des II. Kongresses erwähnten Thesen gaben tatsächlich – abgesehen von der Meinungsverschiedenheit bezüglich der Wahlbeteiligung – das gemeinsame Denken der in Bildung begriffenen kommunistischen Fraktion wieder; ihr Inhalt bestand nicht in den besonderen Konzeptionen des Ordinovismus, sondern in den viel früher vom linken Flügel der PSI mit absoluter Klarheit angenommenen Thesen.

Eine Zeitlang schlossen sich die Ordinovisten den Positionen der Linken gegenüber der Internationale an, tatsächlich aber teilten sie nicht die in den „Thesen von Rom“ formulierten Auffassungen, obschon sie es für opportun hielten, für sie zu stimmen.

---

<sup>65</sup>Der berühmte Artikel erschien in *Avanti!*, Mailand, 34.11.1917: „Die Revolution gegen das Kapital“. (Antonio Gramsci, *Philosophie der Praxis*; S. 23-27.) Gramsci glaubte, die russische Revolution hätte die „kritischen Schemata“ des Marxismus „zersprengt, innerhalb derer die Geschichte Rußlands nach den Kanons des Historischen Materialismus hätte ablaufen müssen.“ Die Revolution der Bolschewiken sei die Revolution gegen das *Kapital* von Marx gewesen, da das Proletariat an seine Revolution erst denken könne, nachdem sich eine Bourgeoisie entwickelt hätte. Bordiga antwortete darauf in einem Artikel („Gli insegnamenti della nuova storia“, veröffentlicht (zensiert) im *Avanti!*, Nr. 58 und 59, 27. und 28. Februar 1918; nachgedruckt in *Scritti*, Bd. 2, S. 411-425), worin er eine Parallele zwischen Deutschland 1847 und Russland 1917 zieht und darlegt, dass Marx und Engels damals „die kommunistische Revolution in Deutschland, das sozial und politisch fast feudal war und auf die bürgerliche Revolution wartete, für möglich“ hielten: die doppelte Revolution.

<sup>66</sup>Nach Gramsci ist der Fabrikrat eine Institut „öffentlichen Charakters, „während Partei und Gewerkschaften Vereinigungen ‚privaten‘ Charakters sind“, denen der Arbeiter freiwillig beitrifft. (Aus: Antonio Gramsci, „Das Programm des Ordine Nuovo“, erschienen in *Ordine Nuovo*, 14. und 28.8.1920, in: *Philosophie der Praxis*, a.a.O., S. 72-79.)

<sup>67</sup>„Für eine Erneuerung der Sozialistischen Partei“, veröffentlicht in: *Ordine Nuovo*, 8.5.1920, auf Deutsch in: Gramsci, *Zu Politik*, a.a.O., S. 59-67

Der wirkliche Vorläufer der jetzigen Annahme der Taktik und allgemeinen Linie der Internationale seitens der Ordinovisten war Genosse Tasca, der die Opposition gegen die Linke auf dem Parteitag in Rom begründete.<sup>68</sup>

Angesichts der Merkmale der ordinovistischen Gruppe, ihres Partikularismus und Konkretismus (Abkömmlinge der idealistischen und bürgerlichen Ideologie) und angesichts der Tatsache, dass die Führungsmethode der Internationale Raum für oberflächliche und halbherzige Beitritte lässt, muss man annehmen, dass, wenn wir die lautstarken Orthodoxie-Bekundungen der Ordinovisten einmal beiseitelassen, deren theoretisches Bekenntnis (was für die tatsächlichen, sich ankündenden politischen Entwicklungen von entscheidender Bedeutung ist) zum Leninismus nicht viel mehr Wert hat als ihre damalige Annahme der „Thesen von Rom“.

## 6. Die politische Tätigkeit der heutigen Parteizentrale

Von 1923 bis heute hat die Tätigkeit der Parteizentrale – auch wenn man sich die schwierige Situation vor Augen hält, in der sie entfaltet werden musste – zu Fehlern geführt, die wesentlich mit denen verknüpft sind, die wir schon bei den „internationalen Fragen“ benannt haben; zum Teil aber sind sie den Abweichungen anzulasten, die der ordinovistischen Konzeption ursprünglich eigen sind.

Die Teilnahme an den Wahlen von 1924 war eine sehr richtige politische Entscheidung, was sich jedoch nicht vom zuvor den sozialistischen Parteien unterbreiteten Vorschlag zum gemeinsamen Wahlkampf, noch dazu unter dem Etikett der „proletarischen Einheit“, behaupten lässt; ebenso bedauerlich war die zu weit gehende Toleranz gegenüber gewissen Wahlmanövern der „Terzini“<sup>69</sup>. Noch größere Schwierigkeiten tauchten in der nach der Ermordung Matteottis hervortretenden Krise auf.<sup>70</sup>

---

68Auf ihrem II. Parteitag im März 1922 legt die junge PCd'I die als Diskussionspapier über alle anstehenden Fragen für den bevorstehenden IV. Weltkongress verfassten *Thesen von Rom* vor. Während die Thesen zur Taktik von Bordiga und Terracini formuliert wurden, schrieben Gramsci und Angelo Tasca die deutlich von der ordinovistischen Ideologie geprägten Thesen zur Partei- und Gewerkschaftsfrage. Der erste Teil wurde von den Vertretern der Komintern und einer sich hier formierenden rechten Minderheit kritisiert, deren Wortführer Angelo Tasca und Graziadei waren. Angelo Tasca, 1892-1960, zählte zum rechten Flügel der PSI. War 1919 Mitbegründer der Turiner Zeitschrift *Ordine Nuovo*, 1921 Gründungsmitglied der PCD'I. 1929 Ausschluss aus der Partei. Danach engagierte er sich wieder für die Sozialisten. Gilt als Unterstützer des Vichy-Regimes und Kollaborateur. Antonio Graziadei, (1873-1953), Professor für Nationalökonomie an der Universität Parma, 1910-1914 rechter Reformist in der PSI, bei Ausbruch des 1. Weltkrieges wird er maximalistischer Sozialist, 1921 Gründungsmitglied der PCD'I, bildete sehr rasch zusammen mit Angelo Tasca den rechten Flügel. Von der Kominternführung bald geschätzt und zeitweilig als Gegengewicht gegen die italienische Linke um Bordiga benutzt. Ab 1923, nachdem die Zentristen unter Gramsci die Führung übernommen hatten, fiel er in Ungnade. Das faschistische Regime beließ ihm seinen Lehrstuhl, und Graziadei veröffentlichte auch weiter seine der österreichischen Schule der Nationalökonomie nahestehende Werttheorie. Er bestritt zeit seines Lebens die Richtigkeit der Marx'schen Wertlehre.

69Gegenüber einer Gruppe von Genossen, die die Teilnahme an Wahlen im April 1924 ablehnten und an den Thesen des Wahlboykotts von 1919-1920 festhielten, erklärt Bordiga, dass die Voraussetzungen von 1924 nicht mehr gegeben sind: eine internationale Lage, die eine Offensive des Proletariats einläutet und das große Gewicht des Regimes der Demokratie in wichtigen Ländern. Während die Verhandlungen mit der PSI scheiterten, stellte die PCd'I eine gemeinsame Wahlliste mit den „Terzinternationalisten“ auf: Die seit 1919 maximalistisch-electionistisch genannte Fraktion bildete nach Livorno (Januar 1921) die terzinternationalistische Fraktion innerhalb der PSI, die – unter bestimmten Bedingungen (vgl. Fußnote 50) – für den Beitritt zur KI war. Im August 23 werden die Terzini unter Serrati aus der SPI ausgeschlossen und ein Jahr später, wie im Juli 1924 auf dem V. Weltkongress gefordert, in die PCd'I aufgenommen.

70Mit der Entführung und Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti am 10. Juni 1924 durch die Faschisten brach eine in dieser Phase bestehende breite Unzufriedenheit mit dem Faschismus in „einem Sturm der Entrüstung“ aus. Zu spät, erst im November, gab Gramsci zu, dass eine „unverzögliche Intervention einer revolutionären Kraft das Schicksal des Regimes in ernste Gefahr gebracht“ (*L'Ordine Nuovo*, 15.11.1924) hätte. Im Juni jedoch schloss sich die neue Parteiführung (um Gramsci) der bürgerlichen Opposition an, die aus dem Fall Matteotti eine juristische und moralische Frage machte und verließ mit ihr das Parlament (14. Juni), um sich auf den „Aventin“ (in Erinnerung an den Rückzug der um ihre Rechte kämpfenden Plebejer auf den Aventin im 5. Jahrhundert v.u.Z.) zurückzuziehen. Einen Aufruf zum Generalstreik seitens der PCd'I lehnten die demokratischen Parteien ab (die Gewerkschaft beschloss, für den 27. Juni für 10 Minuten die Arbeit niederzulegen). Obwohl dies abzusehen gewesen war, zog die neue kommunistische Partei daraus nicht den Schluss, die Arbeiter um eine selbständige kommunistische Position zu sammeln, sondern wiederholte ihren Streikaufruf und verband ihn mit dem Vorschlag – obgleich sie am 18. Juni endlich den „Aventin“ verlassen hatte – an die demokratische Opposition, „dem Aventin den Charakter eines

Die Politik der Zentrale gründete sich auf die absurde Einschätzung, die Schwächung des Faschismus würde zunächst die Mittelklassen und erst dann das Proletariat in Bewegung setzen. Einerseits bekundet diese Auslegung Misstrauen in das Klassenvermögen des Proletariats, das indes selbst während der erdrückenden faschistischen Gewaltaktionen wachsam geblieben war, andererseits eine Überschätzung des Initiativvermögens der Mittelklassen. Abgesehen von den klaren theoretischen Positionen des Marxismus hierzu haben gerade die Erfahrungen in Italien gelehrt, dass sich die Mittelschichten manövrieren lassen und sich passiv dem jeweils Stärksten anschließen: 1919-20 dem Proletariat; 1921/22/23 dem Faschismus; heute, nach einer Periode großer Unruhe in den Jahren 1924-25, wieder dem Faschismus.

Statt das Parlament zu verlassen und an den ersten Versammlungen der „Aventianer“ teilzunehmen, hätte die Zentrale die Anweisung geben müssen, im Parlament zu bleiben, um von dieser Bühne aus die Regierung anzugreifen und zum anderen sofort Stellung gegen die präjudiziell verfassungsrechtliche und moralische Position des „Aventin“ zu beziehen, denn diese Form des Protestes war ein entscheidender Faktor für den Ausgang der Krise zugunsten des Faschismus. Möglicherweise hätte der Auszug der Kommunisten aus dem Parlament sogar zweckmäßig sein können, doch nur mit eigener Physiognomie und wenn die Lage erlaubt hätte, die Massen zur direkten Aktion aufzurufen. Es war einer jener Momente, in denen die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt werden; es handelt sich also um einen grundsätzlichen, für die Beurteilung der Fähigkeiten einer Führungsgruppe maßgeblichen Fehler, der zur Folge hatte, dass die Arbeiterklasse die Schwächung des Faschismus und dann das aufsehenerregende Scheitern des „Aventin“ überhaupt nicht ausnutzen konnte.

Der Wiedereintritt im November 1924 in das Parlament und die Erklärung von Repossi<sup>71</sup> waren von Vorteil, wie auch die Welle der Zustimmung im Proletariat zeigte, jedoch zu spät. Die Zentrale hatte lange hin und her geschwankt und entschloss sich schließlich nur unter dem Druck der Partei und der Linken zu diesem Schritt.

Die Partei war nur durch blasse Anweisungen und eine geradezu unglaublich falsche Lageeinschätzung (Bericht Gramscis vor dem Zentralkomitee, August 1924) darauf vorbereitet worden. Der schlechten Vorbereitung der Massen, die nicht auf das Scheitern, sondern den Erfolg des „Aventin“ ausgerichtet war, wurde die Krone aufgesetzt, als die PCd'I den Oppositionsparteien vorschlug, sich als Gegenparlament zu konstituieren. Dieser taktische Schritt ging weit über die Beschlüsse der Internationale hinaus, in denen niemals Vorschläge an bürgerliche Parteien in Erwägung gezogen wurden, und es war einer jener Schritte, mit denen dem Terrain der kommunistischen Prinzipien und Politik sowie dem der marxistischen Geschichtsauffassung der Rücken gekehrt wird. Ungeachtet jeder Erklärung, mit der die Zentrale versuchen mochte, die Absichten und Ziele ihres Vorgehens darzulegen, eine Erklärung, die ebenfalls nur begrenzten Widerhall gefunden hätte, ist sicher, dass sie in den Massen die Illusion eines oppositionellen, den herkömmlichen Staatsapparat bekämpfenden Gegenstaates genährt hat, während nach unserer programmatischen historischen Perspektive einzige Grundlage eines Gegenstaates die alleinige Vertretung der produzierenden Klasse sein kann, der Sowjet.

wirklichen Parlaments zu verleihen“. Am 15. Oktober unterbreitete sie erneut diesen Vorschlag, den sie nun „Gegenparlament“ nannte, in dem alle antifaschistischen Strömungen vertreten sein sollten, um einen Aufruf zur direkten Aktion an das italienische Volk zu erlassen.

<sup>71</sup>Luigi Repossi (1882-1957), Revolutionär der ersten Stunde. Seit seiner in Mailand verbrachten Jugend politisch aktiv, schlug er sich an von Anfang auf die Seite der *sinistra*. Beim Gründungskongress der PCd'I zum Mitglied des Exekutivkomitees, also der Führungsgruppe, der Partei, gewählt, wurde er insbesondere mit der Leitung der Gewerkschaftsarbeit betraut; ihm oblag ebenfalls die Leitung mehrerer kommunistische Zeitungen und Zeitschriften. Ab Mai 1921 gehörte er zur Parlamentsgruppe der PCd'I. Nach dem „Verschwinden“ Matteottis hielt Repossi eine berühmte Rede im Parlament, die die faschistische Regierung scharf angriff (abgedruckt in *L'Unità*, Nr. 235, 13.11.1924). In einem als Nachruf geschriebenen Artikel ruft Bordiga die Kampflust des Gefährten in Erinnerung und schildert die Situation, in der Repossi die genannte Rede hielt: „Im ersten faschistischen Parlament sollte die von der Exekutive [der PCd'I] verfasste Erklärung verlesen werden. Luigino war Mitglied der Exekutive und der Parlamentsgruppe. Es begann mit dem üblichen Einsprüchen über das, was vor der Kammer zu sagen *angebracht* sei und was nicht. Luigino langweilte sich bald. Mit meinen drei Jahren Schulbesuch, sagte er mit seinem gewohnt sarkastischen Lachen, bin ich hier sicher der Dümme, aber da es keiner machen will, werde ich die Erklärung verlesen. Er las sie also. Am Ende hoben jene Kerle [die Faschisten], außer sich vor Wut, die Last hoch, trugen sie hinaus und warfen sie zu Boden. Er kehrte mit demselben Lächeln zurück, wobei er über das geringe Gewicht seiner nicht gerade hünenhaften Gestalt und das leichte Unterfangen jener Typen Scherze machte. Er streichelte sein blaues Auge, leckte sich die geschwollene Lippe und legte das völlig zerknitterte Blatt auf den Tisch. Es wurde, sagte er ruhig, von Anfang bis Ende verlesen.“ („La bella morte silenziosa“, *Il programma comunista*, Nr. 4, 1957.)

Die sich landesweit auf die Arbeiter- und Bauernkomitees stützende Losung des Gegenparlaments bedeutete, den proletarischen Generalstab den Wortführern kapitalistischer Gruppierungen, wie Amendola, Agnelli, Albertini<sup>72</sup> usw. anzuvertrauen.

Abgesehen von der Gewissheit, dass eine solche Situation – die man nur mit dem Ausdruck Verrat bezeichnen könnte – faktisch nicht eintreten wird, bedeutet schon die Tatsache, eine solche Losung als Perspektive eines kommunistischen Vorschlags vorzulegen, einen Verstoß gegen die Prinzipien und eine Schwächung der proletarischen Vorbereitung.

Die tagespolitische Arbeit der Zentrale gibt Anlass zu weiterer Kritik. Gang und gäbe waren Losungen, die gar nicht zu verwirklichen waren und nicht einmal zu einer deutlich sichtbaren Agitation außerhalb des Parteiapparates führten. Die zentrale Losung der Arbeiter- und Bauernkomitees, die nur widersprüchlich und verworren erklärt wurde, wurde weder verstanden noch befolgt.

## 7. Gewerkschaftsarbeit der Partei

Ein anderer schwerwiegender Fehler wurde beim Metallarbeiterstreik im März 1925<sup>73</sup> begangen. Die Zentrale sah nicht, dass die Enttäuschung des Proletariats über die Erfahrung des „Aventin“ ein allgemeines Aufleben des Klassenkampfes in Form einer Streikwelle voraussehen ließ. Hätte sie dies verstanden, wäre es möglich gewesen, die FIOM – mithilfe der Bildung eines Agitationsausschusses der Metallbetriebe und gestützt auf die äußerst streikwilligen Ortsverbände – entschlossen bis hin zum landesweiten Streik voranzutreiben, ebenso wie sie die FIOM dazu hatte bringen können, in den von Faschisten initiierten Streik einzugreifen.

Die gewerkschaftliche Linie der Zentrale war nicht eindeutig auf die Losung der Einheit innerhalb des Gewerkschaftsbundes ausgerichtet, denn trotz dessen organisatorischer Zersetzung hätte man dieser Losung treu bleiben müssen. In den gewerkschaftlichen Direktiven der Partei machten sich ordinovistische Auffassungen hinsichtlich der Arbeit in den Fabriken bemerkbar, in denen nicht nur zahlreiche und sich widersprechende Organe gebildet bzw. vorgeschlagen wurden, sondern überdies oftmals Losungen ausgegeben wurden, die die Gewerkschaft und ihre Notwendigkeit als Organ des Arbeiterkampfes abwerteten.

Das unglückliche Abkommen mit der FIAT in Turin<sup>74</sup> war eine Folge dieses Fehlers, wie auch die unklare Richtlinie bei den Betriebswahlen: hier wurde die Frage, ob die Taktik der Klassenlisten oder der Parteilisten einzuschlagen sei, falsch, d.h. nicht auf dem Terrain der Gewerkschaften gestellt.

---

<sup>72</sup>Sozialdemokratische Führer des Aventin.

<sup>73</sup>Der Streik der Metallarbeiter breitete sich rasch auf Julisch Venetien, Mailand und Turin aus. Am 13. März rief die FIOM (Gewerkschaft der in metallverarbeitenden Unternehmen tätigen Arbeiter) den Generalstreik der Metallarbeiter der Lombardei zur Verteidigung der Löhne sowie der Versammlungs- und Organisationsfreiheit aus, wobei sich die Ausweitung des Konflikts auf nationaler Ebene abzeichnete. Es gelang eine geschlossene Arbeitsniederlegung, die sich auf Ligurien, Latium und Kampanien ausdehnen sollte. Nach der Übereinkunft zwischen der Confindustria (Hauptorganisation der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe) und den faschistischen Gewerkschaften beschloss die FIOM jedoch am 19. März, den Streik zu beenden. (*Scritti*, Bd. 9, S. 209)

<sup>74</sup>Die Vertreter der *Inneren Kommissionen* der FIAT (bereits vor dem ersten Weltkrieg entstandene Organisationsform mit betriebsähnlichen Funktionen. Nach Gramsci sollten sie zu Kampforganen der Arbeiterklasse werden, Schieds- und Disziplinarfunktionen ausüben und die Macht der Fabrikherrn einschränken, um „morgen“ zu „Organen der proletarischen Macht zu werden und den Kapitalisten in allen seinen Leitungs- und Verwaltungsfunktionen abzulösen“ [aus: A. Gramsci, *Arbeiterdemokratie*, 21. Juni 1919]. Dem Versuch Gramscis und seiner Genossen, diese zu Fabrikräten auszubauen, widersetzte sich die Linke aus den bekannten Gründen, nämlich der Negation selbständigen politischen Handelns seitens der Gewerkschaften. Vertreter der Inneren Kommissionen unterzeichneten am 19. August 1925 unabhängig von den gewerkschaftlichen Organisationen (faschistische Korporationen, CGdL, FIOM) ein Abkommen mit der Unternehmensleitung, die eine Lohnerhöhung vorsah, die auf Grundlage der prozentualen Veränderungen der Konsumpreise neu berechnet werden sollte. (Vgl. *Scritti*, Bd. 9, S. 209.)

## 8. Tätigkeit der Partei in der Agrar- und nationalen Frage

In der Agrarfrage war die Parole der Bildung von Bauernverbänden zu Verteidigungszwecken<sup>75</sup> berechtigt; doch wurde dies zu sehr als eine ausschließlich von oben und mithilfe eines Parteibüros auszuführende Arbeit verstanden.

Trotz der schwierigen Lage muss in dieser Frage die Gefahr einer bürokratischen Auffassung unserer Aufgaben angeprangert werden; für die anderen Tätigkeitsbereiche der Partei gilt dies nicht minder.

Die richtigen Beziehungen zwischen Bauernverbänden und Arbeitergewerkschaften müssen klar dahingehend festgelegt werden, dass die Verbände der Landarbeiter dem Gewerkschaftsbund angegliedert werden; ebenso muss zwischen Letzterem und dem Schutzverband der Bauern ein enges Bündnis auf Landes- und Ortsebene bestehen.

In der Agrarfrage sind sich bereits abzeichnende Tendenzen einer auf Regionen oder auf Süditalien konzentrierten Sichtweise zu vermeiden. Das gleiche gilt auch für regionale Autonomieforderungen, die von gewissen neuen Parteien ins Spiel gebracht wurden: Statt mit ihnen trügerische Verhandlungen aufzunehmen, sind sie offen als reaktionäre Parteien zu bekämpfen.

Die Taktik, ein Bündnis mit dem linken Flügel der Volkspartei (Miglioli<sup>76</sup>) und der Bauernpartei zustande zu bringen, führte zu negativen Ergebnissen.

Wieder machte man Politikern, die außerhalb jeder Klassentradition stehen, Zugeständnisse, ohne dass die Partei dadurch, wie beabsichtigt, die Massen in Bewegung bringen konnte, Teile der Parteiorganisation sind dadurch oftmals verunsichert worden. Falsch ist auch, die Manöver unter den Bauern im Hinblick auf die Auswirkungen einer politischen Kampagne gegen den Einfluss des Vatikans zu überschätzen; natürlich stellt sich dieses Problem, wird aber so unzureichend gelöst.

## 9. Die Organisationsarbeit der Zentrale

Nach dem faschistischen Speerfeuer zeitigte die Arbeit zur Reorganisation der Partei zweifellos gute Ergebnisse. Die organisatorische Arbeit behielt jedoch den viel zu technischen Charakter bei, statt die Zentralisierung durch klare und einheitliche, von jedem Genossen und jedem Ortsausschuss anwendbare statutarische Regeln und nicht einfach durch das Eingreifen des Führungsapparates sicherzustellen; besser wäre man voran gekommen, wenn man den Basisorganisationen zugestanden hätte, ihre eigenen Ausschüsse wieder selbst zu wählen, vor allem in der günstigsten Zeitspanne der Situation.

Die Ergebnisse des „Rekrutierungsmonats“ und die Vorteile einer solchen Kampagne wurden überbewertet.<sup>77</sup> Was die Zunahme und gleich darauffolgende Abnahme der Mitgliederzahl angeht (ganz zu schweigen davon, dass heute viele Elemente ebenso leicht wieder aus der Partei austreten wie sie während der Matteotti-Krise eingetreten waren), zeigt dies, dass solche Entwicklungen von einer veränderten Situation abhängen und nicht von der vermeintlich positiven Wirkung veränderter Richtlinien.

Natürlich musste die Zentrale der allgemeinen Weisung der Komintern, die Parteien auf Grundlage von Betriebszellen zu organisieren (wovon wir weiter oben schon gesprochen haben), nachkommen, doch tat sie

---

<sup>75</sup>Im August 1924 wurde mit dem Wiederaufbau der Agrarabteilung der Partei der Bauernschutzverband geschaffen, der darauf zielte, Teilpächter, Pächter, Kleinbauern und arme Bauern in einer Organisation zu vereinen. (Vgl. ebd., S. 210.)

<sup>76</sup>Guido Miglioli, (1879 – 1954): Führer des linken Flügels der Volkspartei und katholischer Bauerngewerkschaften. Die *Partito popolare italiano* wurde im Januar 1919 von dem katholischen Priester Luigi Sturzo und mit Unterstützung des Vatikans als Gegengewicht zur revolutionären Bewegung gegründet (Vorläuferin der Democrazia Cristiana), offizieller Eintritt des politischen Katholizismus in die politische Arena. Die Partei war ein Zusammenschluss reaktionärer klerikaler Kreise mit den nach Reformen strebenden bäuerlichen Massen. Bevor sie eine eigenständige Partei wurde, bildete die Bauernpartei einen Flügel der Volkspartei. In seiner Rede vor der politischen Kommission (siehe Fußnote 85) verteidigte Gramsci die „Aktion der Partei gegenüber Miglioli“ damit, „dem Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern den Weg zu öffnen für ihren Kampf gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat“, was die Beseitigung des Einflusses des Vatikans auf die Bauern voraussetze.

<sup>77</sup>Nach dem Vorbild des berühmten und Lenins Namen missbrauchenden „Leninaufgebots“ der russischen Partei im Jahr 1924, das dem Stalinismus die benötigte Manövriermasse geliefert hatte, proklamierte die Parteizentrale gleich nach der Ermordung Matteottis den „Rekrutierungsmonat“ (vom 15. August bis 15. September 1924).

dies nur sporadisch, zusammenhangslos und mit zahlreichen Widersprüchen behaftet, so dass erst nach wiederholtem Druck durch die Basis eine gewisse Struktur in die Sache hineinkam.

Es wäre wünschenswert, das System der Bezirkssekretäre durch eine Inspektorengruppe zu ersetzen, um so eine direkte politische, wenn nicht technische Verbindung zwischen der Zentrale und den traditionellen Basisorganisationen der Partei, den Bezirksverbänden, herzustellen.<sup>78</sup> Die Aufgabe der Inspektoren müsste vor allem sein, dort aktiv einzugreifen, wo die Parteiorganisation grundlegend wieder aufgebaut werden muss, um sie zu unterstützen und anzuspornen, bis sie selbst in der Lage ist, ihr normales Funktionieren wieder zu gewährleisten.

### 10. Die Tätigkeit der Zentrale in der Frage des Fraktionismus

Die in der Vorbereitung dieses Parteitages gipfelnde Kampagne trug nicht den Charakter einer Propagandaarbeit innerhalb der Partei und hatte insofern auch nicht den Zweck, sich die Richtlinien der Internationale anzueignen, um das kollektive Bewusstsein wirklich nutzbringend voranzubringen. Sie wurde im Gegenteil nach dem V. Kongress gezielt als Agitationskampagne durchgeführt, um auf dem kürzesten Weg und mit dem geringsten Aufwand zu erreichen, dass sich die Genossen von den Anschauungen der Linken distanzieren. Ob eine solche Methode der Schlagkraft der Partei gegenüber äußeren Feinden nützt oder schadet, danach hat man nicht gefragt; es ging allein darum, mit allen Mitteln dieses innerparteiliche Ziel zu erreichen.

Die Kritik an der Illusion, Fraktionsbildungen durch Verbote von oben unterdrücken zu können, wurde weiter oben historisch und theoretisch begründet. Der V. Weltkongress hatte der Forderung der italienischen Linken zugestimmt, von Anordnungen von oben abzusehen und andererseits ihre Verpflichtung zur Kenntnis genommen, keine Oppositionstätigkeit zu entfalten und sich an der gesamten Parteitätigkeit, wenn auch nicht der politischen Leitung, zu beteiligen. Dieses Abkommen brach die Zentrale mit einem Feldzug, der sich nicht auf theoretische und taktische Thesen stützte, der vielmehr einzelnen Genossen – auf den regionalen Parteitag übrigens tendenziös vorgebrachte – Disziplinbrüche zur Last legte. Der im Vorfeld dieses Parteitags spontan gebildete „Verständigungsausschuss“<sup>79</sup> sollte verhindern, dass Einzelne oder Gruppen mit Austritten reagieren und es zu einem Auseinanderbrechen kommt; es ging darum, alle Genossen der Linken

<sup>78</sup>Die Bezirkssekretäre, 1925 waren es neun, die 1923 für die Erfordernisse der illegalen Tätigkeit eingesetzt worden waren, übten nun eine Funktion der politischen Leitung aus. (*Scritti*, Bd. 9., S. 211.)

<sup>79</sup>Der Verständigungsausschuss („Comitato d’Intesa“), der Ende April 1925 tätig wurde, war der Versuch, die infolge der Restrukturierung der PCd’I auftretenden Reaktionen der Unzufriedenheit und Empörung seitens der Linken in eine einheitliche Richtung zu kanalisieren. Die zentristische Parteiführung, die vom III. EKKI im Juni 1923, als die linke Führung fast vollständig im Gefängnis saß, als „provisorische“ Zentrale eingesetzt worden war, wünschte in Übereinstimmung mit dem Präsidium der KI die durch den nicht mehr nur taktischen, sondern grundsätzlichen, programmatischen Dissens geschaffene innerparteiliche Lage zu beenden und die PCd’I auf die Linie der Internationale zu bringen. Man befürchtete jedoch, dass eine offene und kritische Auseinandersetzung innerhalb der ganzen Partei die linken Positionen bestätigen würde. Es begann ein Feldzug gegen die Linke, der den notwendigen Klärungsprozess in der Partei rigoros und mittels für die Partei äußerst schädlichen Mitteln und Methoden unterdrückte. Als man in dieser Situation den nächsten nationalen Parteitag (Lyon) angekündigte, auf dem die KI-Linie offiziell durchgesetzt werden sollte, reagierte die Linke mit der Tätigkeit des Verständigungsausschusses, dessen Funktion einzig die war, eine zersplitterte Reaktion der linken Parteimitglieder zu verhindern und die unverfälschte und nicht verzerrte Wiedergabe des linken Standpunktes zu gewährleisten; die *sinistra* lehnte es ab, sich mit Hilfe polemischer Verfälschung, disziplinarischen Drucks oder gar persönlicher Angriffe zur Wehr zu setzen. Der Feldzug der Zentrale wurde zur Diffamierungskampagne, die linken Thesen und Schlussfolgerungen wurden in der Parteipresse und auf den Parteiversammlungen, wenn überhaupt, nur tendenziös und kommentiert der Parteimasse vorgelegt, die Linke beschuldigte man, abgesehen von den niederen persönlichen und moralischen Anschuldigungen, des Fraktionismus und der Spaltungsabsicht; schließlich gab das Präsidium der KI Mitte Juli die Anordnung zur Auflösung des Verständigungsausschusses. Aus der Erklärung der Linken dazu: „Da das Präsidium glaubt, mit der Auflösung des Verständigungsausschusses werde ein großer Schritt dahin getan, den Fraktionismus zu beseitigen, gehorchen wir, obgleich wir gegenteiliger Meinung sind. Zugleich aber muss das Präsidium auch die Verantwortung für die weitere Entwicklung der innerparteilichen Lage übernehmen, ebenso wie für die Reaktionen, die aus der Art und Weise, in der die Zentrale das Parteileben verwaltet, hervorgehen werden, Reaktionen, die der Verständigungsausschuss in einer dem Parteileben nützlichen Weise kanalisierte und disziplinierte. Wir glauben, dass die Unterdrückung des Verständigungsausschusses eben den Fraktionismus hervorbringen wird, den wir nicht gewollt haben und der sich, gegen unseren Willen, rächen wird.“ („Dichiarazione del Comitato d’Intesa sull’intimazione di scioglimento da parte del Presidium dell’Internazionale“, *L’Unità*, 19.7.1925, veröffentlicht unter dem Titel: „Un documento indegno di comunisti“ (Ein für Kommunisten unwürdiges Dokument), in *L’Internazionale* 1991, S. 411.)

auf eine gemeinsame und verantwortungsbewusste Linie festzulegen, natürlich bei strengster Wahrung der Disziplin und der Zusicherung, das Recht aller Genossen auf Anhörung in der Partei zu respektieren. Diese Sache griff die Zentrale auf und benutzte sie für ihren Agitationsplan, indem sie die Linken des Fraktionismus und der Parteispaltung bezichtigte; durch diesen Feldzug wurde der Linken solange jede Möglichkeit zur Gegenwehr genommen, bis man durch Druck von oben die Stimmen der Landesverbände gegen die Linke beisammen hatte.

Die Agitationskampagne ging weiterhin so vor sich, dass der Parteiapparat und die lokalen Funktionsträger nach Fraktionskriterien umbesetzt wurden, dass man die Diskussionsbeiträge der Linken in einer bestimmten Art und Weise darstellte, dass man der Linken verweigerte, durch ihre Vertreter auf den regionalen Parteitag das Wort zu ergreifen; schließlich kulminierte das Ganze in dem ungeheuerlichen Abstimmungsverfahren, in dem die Stimmen der Abwesenden automatisch den Thesen der Zentrale zugeschlagen wurden.

Welche Mehrheitsbeschlüsse ein derartiges Vorgehen auch immer zustande bringen mag – das theoretische Bewusstsein der Partei und ihr Ansehen bei den Massen hat es nicht gefördert, sondern ernsthaft lädiert. Wenn noch schlimmere Folgen vermieden wurden, liegt das an der Zurückhaltung der Genossen der Linken, die diesen Dauerbeschuss ertrugen, allerdings nicht, weil sie ihn auch nur im Geringsten für berechtigt hielten, sondern weil ihnen das Schicksal der Partei am Herzen liegt.

### **11. Entwurf eines Arbeitsprogramms der Partei**

Die nach Auffassung der Linken allgemeinen und besonderen Aufgaben der Partei gehen aus den in den vorhergehenden Punkten enthaltenen Prämissen hervor. Es ist jedoch von vornherein klar, dass diese Frage nur auf Grundlage der internationalen Beschlüsse in Angriff genommen werden kann. Die Linke kann also nur ein Aktionsprogramm skizzieren, das der Internationale vorzulegen ist, um über seine Durchführung seitens der italienischen Sektion zu entscheiden.

Die Partei muss das Proletariat auf die Wiederaufnahme der Klassenaktion, den Kampf gegen den Faschismus vorbereiten, indem sie die Lehren aus den schmerzhaften Erfahrungen zieht, die das Proletariat in der letzten Zeit gemacht hat; zugleich muss das Proletariat darauf vorbereitet werden, sich keine Illusionen über Wendungen der bürgerlichen Politik zu machen und es über mögliche Unterstützung seitens der städtischen Mittelklassen zu desillusionieren, wobei sich auf die Lektionen der liberal-demokratischen Phase zu stützen ist, damit sich nicht wieder pazifistische Illusionen breit machen.

Die Partei wird der antifaschistischen Opposition keine gemeinsamen Aktionen vorschlagen, noch wird sie eine Politik verfolgen, die darauf abzielt, einen vermeintlich linken Flügel aus dieser Opposition herauszulösen oder die Positionen von einzelnen, sogenannten linken Parteien zu „verlinken“.

Um die Massen für ihr Programm zu mobilisieren, wird die Partei auf eine Einheitsfront von unten hinarbeiten, wobei stets die wirtschaftliche Lage im Auge zu behalten ist, um die unmittelbaren Forderungen aufzustellen. Die Partei wird sich hüten, eine die Freiheitsrechte garantierende Regierung als zentrale politische Forderung aufzustellen; ebenso wenig wird sie die Forderung der „Freiheit für alle“ als ein von der Arbeiterklasse zu erringendes Ziel darstellen; sie wird vielmehr Postulate formulieren, die deutlich machen, dass Freiheit für die Arbeiter mit Verletzung der Freiheit der Ausbeuter und Bourgeois identisch ist.

Angesichts der ernsten Tatsache, dass sich in den Gewerkschaften und anderen Interessensgemeinschaften<sup>80</sup> der Arbeiter die Reihen lichten, wird die Partei vor allem die Losung zur Verteidigung der traditionellen roten Gewerkschaften bzw. deren Reorganisierung ausgeben. In der Betriebsarbeit muss die Schaffung von Organen verhindert werden, die die Wirksamkeit dieser Losung der Reorganisierung torpedieren könnten. In der aktuellen Situation wird sich die Partei für das Funktionieren der Gewerkschaften durch die „gewerkschaftlichen Betriebsabteilungen“ einsetzen, welche, insofern sie die starke gewerkschaftliche Tradition repräsentieren, die geeigneten Organismen sind, um die Arbeiterkämpfe zu führen, deren Verteidigung heute gerade in den Fabriken möglich ist. Es muss darauf hingearbeitet werden, die illegale „commissione interna“<sup>81</sup> durch die gewerkschaftlichen Betriebsabteilungen wählen zu lassen, unter dem Vorbehalt, dass sie sobald wie möglich durch die gesamte Belegschaft gewählt werden können.

---

<sup>80</sup>Ital.: organi immediati.

<sup>81</sup>Siehe Fußnote 74.

Was die Organisierung auf dem flachen Lande anbelangt, gilt, was wir bezüglich der Agrarfrage bereits sagten.

Sind alle Möglichkeiten zur Organisierung der Arbeiter weitestgehend ausgeschöpft, ist die Parole der Arbeiter- und Bauernkomitees unter Beachtung folgender Kriterien zu nutzen:

a) Statt zufällig und regelmäßig wiederkehrend die Parole zur Bildung von Arbeiter- und Bauernkomitees auszugeben, muss sie durch eine entschiedene Kampagne an einem Wendepunkt der Situation durchgesetzt werden, in der den Massen die Notwendigkeit einer neuen Organisierung klar vor Augen geführt wird, d.h. wenn in dieser Parole nicht eine bloße Organisationsformel, sondern eine klare Kampfparole des Proletariats erkennbar ist.

b) Der Kern der Arbeiter- und Bauernkomitees darf nicht gebildet werden, indem politische Delegierte einberufen werden, vielmehr muss er aus den Massen traditionell bekannten Vertretern von Organisationen bestehen, auch wenn diese durch die Reaktion verkrüppelt wurden, wie die Gewerkschaften und ähnliche Organisationen.

c) In der Folgezeit kann die Parole der Wahl dieser Komitees ausgegeben werden; in der ersten Phase muss jedoch klar sein, dass sie keine Sowjets, also Regierungsorgane des Proletariats sind, sondern Ausdruck eines lokalen und nationalen Bündnisses aller Ausgebeuteten zur gemeinsamen Verteidigung.

Was die Beziehungen mit faschistischen Gewerkschaften angeht, ist die Losung ihrer Unterwanderung, um sie von innen heraus zu zersetzen, generell abzulehnen – umso mehr, als sie heute nicht einmal formell Massenvereinigungen, denen die Arbeiter von sich aus beitreten, sondern offizielle Organe des Bündnisses zwischen Unternehmern und Faschisten sind. Die Parole des Wiederaufbaus der Gewerkschaften ist parallel mit der Parole gegen die faschistischen Gewerkschaften auszugeben.

Auf die innerparteilich zu ergreifenden organisatorischen Maßnahmen wurde zum Teil schon hingewiesen. Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage müssen sie auf Erfordernisse abgestimmt werden, die in einem anderen Rahmen (klandestin) zu behandeln sind. Jedenfalls müssen sie dringend systematisch und in klaren und für alle verbindlichen Statuten formuliert werden, damit der wirkliche Zentralismus nicht mit blindem Gehorsam gegenüber willkürlichen und unterschiedlichen Anweisungen verwechselt wird, was für die tatsächliche Geschlossenheit der Partei gefährlich wäre.

## **12. Perspektiven der innerparteilichen Situation**

Die politische und organisatorische innerparteiliche Lage kann im nationalen Rahmen keine definitive Lösung erfahren, sondern hängt davon ab, wie sich die innere Situation und Politik der gesamten Internationale entwickelt. Es wäre ein schwerer Fehler und ein wahres Vergehen der nationalen und internationalen Führer, wenn man der Linken gegenüber weiterhin die unsinnige Methode gebraucht, Druck von oben auszuüben und die komplexe Frage der Parteitheorie und -politik auf das persönliche Verhalten Einzelner reduziert.

Da die Linke auf ihren Anschauungen beharrt, ist allen Gefährten, die ihre Sichtweise nicht aufgeben wollen, die Möglichkeit zu geben, in einer von Absprachen und Drohungen freien Atmosphäre ihrer Verpflichtung nachzukommen, auf jede oppositionelle Arbeit verzichtend die Weisungen der Parteiorgane treu und verbindlich zu erfüllen, ohne dass von ihnen verlangt wird, sich an der Parteiführung zu beteiligen. Es liegt auf der Hand, dass in einer theoretisch idealen Lage ein solcher Vorschlag völlig überflüssig wäre, aber es wäre gefährlich, die Partei glauben zu machen, die internen Schwierigkeiten könnten einfach mechanisch durch organisatorische Maßregeln oder persönliche Stellungnahmen aus dem Weg geräumt werden. Wer so handeln würde, müsste sich für einen schweren Anschlag auf die Partei verantworten.

Nur wenn diese kleinliche Art, die Probleme zu lösen, überwunden wird und diese in ihrer ganzen Breite und Tiefe vor die Partei und die Internationale gebracht werden, lässt sich die Vergiftung des Parteilebens verhindern, und die Partei wird sich all den Schwierigkeiten zuwenden können, mit deren Lösung sie heute betraut ist.

**Quellen:**

*Progetto di tesi per il III Congresso del partito comunista presentate dalla sinistra:* Nur der 1. Teil erschien in der Parteizeitung *L'Unità* im Januar 1926. Der vollständige Text, der sowohl in Heft Nr. 39 der Fondazione Feltrinelli, Milano, S. 229-274, als auch im Band *La fine del P.C.d'I*, S. 420-457, erschien, ist der, der in den Texten der Partito comunista internazionale: *In difesa della continuità del programma comunista*, Firenze, 1970, S. 91-123, erschien, wo es in einer Anm. auf S. 91 heißt, dass „der vollständige Text in Auszügen (!) unter dem Titel *Tesi per il III Congresso nel 1926* veröffentlicht wurde. (Angaben in *Scritti*, Bd. 9, S. 164.) Der vollständige Text ist auch in *Programme Communiste*, Nr. 38, April-Juni 1967 veröffentlicht.

Quelle der vorliegenden Übersetzung: *Amadeo Bordiga, Scritti 1911-1926*, Bd. 9, Napoli, Fondazione Amadeo Bordiga, 2014, hg. u. eingeführt von Luigi Gerosa, S. 165-215. Letztere berücksichtigte die veröffentlichte Fassung in *L'Unità* und das im Nachlass Bordigas aufbewahrte maschinengeschriebene Original-Typoskript. (Gerosa, *Archivio della Fondazione Bordiga*, Napoli, 2013, ad nomen).

Die von uns hinzugefügten Anhänge ebenfalls aus *Scritti*, Bd. 9, (Anhang 5 in Bd. 8.), genauere Angaben siehe jeweils am Ende der Texte.

## Anhang 1: Erklärung auf der 1. Plenarsitzung des Parteitages<sup>82</sup>

Den Delegierten der Linken auf dem 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens, die sich weitergehende Einwände in Bezug auf die Überprüfung der Befugnisse vorbehalten, liegt daran, zur Eröffnung des Kongresses folgendes Präjudiz vorzulegen: Die Umstände, unter denen die Zentrale den Kongress vorbereitet hat, sind geeignet, der Stellungnahme der Partei und den später erfolgenden Abstimmungsergebnissen jeden Wert zu nehmen.

Die Linke nimmt daher aus Disziplin und Treue gegenüber der Partei am Kongress teil und kommt ihrer Pflicht nach, indem sie ihre Ansichten zu allen anstehenden Fragen umfassend darlegt und verteidigt, aber sie wird die Beschlussfassungen des Kongresses nicht anerkennen können, wird sich jedoch für deren Bestätigung bedingungslos den Anweisungen fügen, die die Exekutive der Internationale in dieser Hinsicht glaubt erteilen zu müssen. Die Delegierten der Linken wenden sich hiermit an die Exekutive, damit diese ihren Einspruch vollumfänglich [prüft].

Folgendes sind die wichtigsten Tatsachen, die die Unregelmäßigkeit und Ungültigkeit der Stellungnahmen auf dem Kongress bestimmt haben:

1. Seit dem V. Weltkongress hat die Parteiführung, die von der Internationale ernannt, doch nie von der Partei gewählt wurde, an Stelle einer aufrichtigen ideologischen und politischen Kampagne für die Verteidigung der Ansichten der Mehrheit der Internationale innerhalb der Partei eine [kleinliche] und persönliche Kampagne geführt, die sich auf Fragen des Verfahrens und der so genannten [Disziplin] beschränkt, die vom Weltkongress selbst beseitigt wurden.

2. Die Zentrale war innerhalb der Partei wie ein richtungsgebender Fraktionsausschuss tätig, indem Genossen, die ihre Ansichten nicht teilten, boykottiert und schikaniert wurden und die Basisorganisationen und die Äußerungen ihrer Ansichten [in dem von oben ausgehenden Netzwerk] zunehmend lahmgelegt wurden.

3. Als sich die linken Genossen nach der Ankündigung der Einberufung des Kongresses neu formierten und zur Verteidigung gegen die systematische Kampagne, die eine Meinungsänderung bewirken sollte, in einem „Verständigungskomitee“ zusammenfanden, eröffnete die Zentrale [gegen sie] einen skandalösen und beleidigenden Feldzug, indem sie sie des [Fraktionismus] und der Spaltung beschuldigte und ihnen einen Monat lang das Recht verweigerte, zu antworten und sich zu verteidigen, bis zu dem Punkt, dass auf dieser unlauteren Basis die Abstimmungen der von oben auferlegten Landesverbände herbeigeführt wurden, die den politischen Inhalt der anschließenden Beratungsgespräche in Frage stellen sollten.

---

<sup>82</sup>Dokument erhalten in APC, 1926, 413/10-11. Erstmals veröffentlicht in La fine del P.C.d'It., a.a.O. Dieser Text ist als „Einspruch der Linken“ oder eher noch als „Einspruch Bordigas“ bekannt. „L'Unità“ vom 6. Mai 1926 veröffentlichte ein Kommuniqué Parteivorstandes, in dem es hieß: „Zu Beginn der Sitzungen des 3. Parteitages der P.C.I. versuchten die Genossen der Ultralinken (...) die satzungsgemäße Rechtmäßigkeit der Versammlung und somit die Gültigkeit der Beschlüsse die sie im Verlauf ihrer Arbeit fassen sollte, anzufechten. Der Parteitag selbst wurde dem kühnen Versuch gerecht: aber die Ultralinke behielt sich durch den Genossen Bordiga vor, beim KI-Präsidium gegen die Gültigkeit des Parteitages Einspruch zu erheben.“ Der Einspruch der Linken wurde in der Tat beim KI-Präsidium eingereicht und zusammen mit anderen Materialien und einem Schreiben des Parteivorstandes vom 4. Februar nach Moskau weitergeleitet. Das Schreiben, das am 3. März von Italien aus abgeschickt wurde, erreichte Moskau während der Arbeiten der VI. Erweiterten Exekutive, wo Bordiga die Einsetzung einer besonderen Untersuchungskommission forderte. Togliatti informierte darüber das Sekretariat der PCd'I, das am 24. März angesichts des ihrer Meinung nach falschen Schrittes von Bordiga geradezu erfreut reagierte: „Der Antrag von Bordiga an die Kommission erstaunt uns. Er hat jeden Sinn für Realität und Maß verloren. Wir müssen die Untersuchungskommission vollauf befürworten. Wenn es wirklich so weit käme, würde Bordiga eine gute Lektion erteilt“. Zu diesem Zeitpunkt war sicherlich keine Missbilligung der Arbeit der italienischen Parteizentrale zu befürchten: Die Internationale Kontrollkommission weigerte sich denn auch, den Einspruch der Linken gegen die Gültigkeit des 3. Kongresses zum Gegenstand ihrer Prüfung zu machen. Das Präsidium der KI bestätigte am 31. März diese Entscheidung. (Aus: *Scritti*, Bd. 9, Anm. S. 216-217.) Siehe hierzu u.a.: „Fünf Jahre im Leben der Partei, Bericht über die Ergebnisse des III. Parteitages der PCd'I“, vom 24 Februar 1926, in: Antonio Gramsci, *Zu Politik...*, a.a.O., S. 164-188. Gramsci widerruft in diesem Bericht die Spaltung der Kommunisten von der Sozialistischen Partei (Livorno, Januar 1921) und fordert, mit „unerbittlicher Strenge“ gegen die innerparteiliche Opposition vorzugehen.

4. Gleichzeitig forderte die Zentrale die überregionalen Sekretäre und Funktionäre auf, sich bei Strafe der Absetzung von linken Ansichten zu distanzieren, und begann, wo immer es möglich war, die linken Landesverbände zu säubern, indem sie durch auch ungeeignete Mitglieder ersetzt wurden.

5. Nach der Auflösung des Verständigungskomitees, der wir uns wohlbedacht unterworfen hatten, wurde die Debatte in der Presse eröffnet, die seitens der Parteiführung in tendenziöser Art und Weise geführt wurde; viele Schriften der Linken, angefangen mit einer wichtigen Erklärung des Genossen Bordiga, wurden unterschlagen und die, die veröffentlicht wurden, auf perfide Weise mit Kommentaren, Anmerkungen und sogar Titeln versehen, um die Genossen in ihrem Urteil zu verunsichern und zu verwirren.

6. Mit dem offensichtlichen Ziel, die Thesen der Linken allenthalben hinter der bekannten Fassade verfälscht und verzerrt bekannt zu machen, wurde verhindert, dass Genossen der Linken, in bestimmten Fällen auch Funktionsträger der Partei, in den grundsätzlichen Diskussionen Stellung beziehen konnten, was dazu führte, von den Anwesenden häufig eine Verurteilung der Linken zu erreichen, die jeder Verlässlichkeit entbehrte.

7. Als Krönung des Ganzen führte die Zentrale ein präzedenzloses Verfahren ein, wonach die Stimmen der abwesenden und nicht konsultierten Mitglieder kurzerhand dem Standpunkt der Zentrale zugerechnet wurden, was in der besonderen Situation der italienischen Partei den Gnadestoß für jeden Rest von Ernsthaftigkeit darstellte, die sich in der politischen Interpretation der Stimmenauszählung zeigen kann.<sup>83</sup>

**Quelle:** *Scritti*, Bd. 9, S. 216-218.

---

<sup>83</sup>Das Dokument greift das, was in den *Thesen von Lyon*, „Teil III: Italienische Fragen“, Kapitel „10. Das Handeln der Zentrale in der Frage des Fraktionismus“, bereits gesagt wurde, auf: Die Agitationskampagne „... wurde im Gegenteil nach dem V. Kongress gezielt durchgeführt, um prompt und mit dem geringsten Aufwand zu erreichen, dass sich die Genossen von den Anschauungen der Linken distanzieren. (...) ging weiterhin so vor sich, dass der Parteiapparat und die lokalen Funktionsträger nach Fraktionskriterien umbesetzt wurden, dass die Diskussionsbeiträge der Linken in einer tendenziösen Manier bekannt gemacht wurden, dass der Linken verweigert wurde, durch ihre Vertreter auf den regionalen Parteitag das Wort zu ergreifen; schließlich kulminierte das Ganze in dem ungeheuerlichen Abstimmungsverfahren, in dem die Stimmen der Nichtanwesenden automatisch den Thesen der Zentrale zugeschlagen wurden.“ Einen Monat später wird Bordiga in seiner Rede vor der Erweiterten Exekutive sagen: „Was die Art und Weise anbetrifft, in der der Parteitag vorbereitet wurde, so ist darüber zu sagen, daß man ein System der Befragung der Partei erfunden hat, dank dem sogar ich, Bordiga, als Mitglied einer Parteiorganisation, für die Thesen der Zentrale gestimmt hätte! Wie konnte das sein? Darüber ein anderes Mal. Das gibt aber eine Vorstellung von dem Wert der Zahlen, die der Parteitag ergeben hat.“ (*Protokoll, Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale*, Hamburg, Hoym, 1923-1926.)

## Anhang 2: Rede vor der politischen Kommission<sup>84</sup>

Gramscis Darlegung<sup>85</sup> der grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Parteiführung und der Ultralinken<sup>86</sup> hat mich von der Notwendigkeit überzeugt, auf die unterschiedlichen Auffassungen in Gänze einzugehen. Die Ultralinke wird daher einen eigenen Thesenentwurf vorlegen, der dem der Zentrale völlig entgegensteht und dazu dienen wird, den bereits über die Parteizeitung veröffentlichten Teil zu ergänzen.<sup>87</sup>

Im Grunde gibt es nur eine grundlegende Meinungsverschiedenheit zwischen uns und der Zentrale und der Internationale, auf die sich alle Streitpunkte reduzieren lassen. Da ich mir vorbehalte, auf der Plenarsitzung eine ausführliche Darstellung zu geben, beschränke ich mich hier auf die Angabe der wichtigsten Punkte.

Zunächst einmal sehen wir uns, was die Ideologie betrifft, auf der Linie des revolutionären Marxismus, während es die Genossen der Zentrale sind, die sich davon gelöst haben und sich idealistischen, philosophischen Konzepten nähern, die die Internationale selbst verurteilt.

Was das Wesen der Partei angeht, so behaupten wir, dass sie „Organ“ der Arbeiterklasse ist. Die Behauptung, die Partei sei „Teil“ und nicht „Organ“ der Arbeiterklasse, ist das Zeichen einer Besorgnis, aufgrund derer die Partei und die Klasse in einem statistischen Sinn gleichgesetzt werden, und sie ist das Symptom einer opportunistischen Abweichung. Die statistische Gleichsetzung von Partei und Klasse ist immer eines der Merkmale des opportunistischen Labourismus gewesen.

Wir bestreiten, dass die Organisierung in Zellen dazu führt, der Partei eine proletarische Haltung zu verleihen. Wir sind im Gegenteil der Meinung, dass sie dazu tendiert, der Partei diese Haltung zu nehmen und einer korporatistischen Haltung Geltung verschafft. Die Behauptung, das Problem des Kampfes gegen den Korporatismus in Italien existiere nicht mehr, ist unzutreffend. Dieses Problem besteht, und allein die Partei, als einheitliches Organ der Arbeiterklasse, kann es lösen. In der Debatte über dieses Problem gab es ein einzigartiges Beispiel für die Methode, linke Positionen als rechte Positionen darzustellen. Es hieß, wir hätten kein Vertrauen in das Proletariat. Wir erinnern uns, dass dieses Argument von den Reformisten gegen die Revolutionäre vorgebracht wurde. Heute, wie in der Zeit des Kampfes gegen den Reformismus, sind wir Gegner des arbeitertümlerischen, demagogischen Optimismus, wir halten ihn für eine gefährliche Abweichung.

Was die Taktik betrifft, d.h. das Handeln der Partei entsprechend der jeweiligen Situation, halten wir die von der Parteizentrale vorgelegten Formulierungen für äußerst gefährlich. So heißt es heute, dass die Partei „jeder Lage“ in Kontakt mit den Massen bleiben muss, um einen ausschlaggebenden Einfluss auf sie auszuüben. Das ist nicht einmal mehr die These von Lenin. Lenin formulierte die These der Eroberung der Mehrheit in Bezug auf die Zeit, die dem Kampf um die Eroberung der Macht vorhergeht. Lenin stellte diese These jener der „Offensive“ entgegen, d. h. der These, wonach es der kommunistischen Partei möglich sei, um die Eroberung der Macht zu kämpfen, auch ohne einen entscheidenden Teil der Massen auf ihrer Seite zu haben. Wir nehmen Lenins These so an, wie er sie formuliert hat, d.h. für die der Eroberung der Macht vorhergehende Zeit, lehnen es aber ab, wie man es jetzt tun möchte, diese Zeit auszudehnen, wir sehen darin vielmehr einen Schritt in Richtung Opportunismus. Sie widerspricht im Übrigen auch der Geschichte des Bolschewismus, die gezeigt hat, dass es Perioden gibt, in denen es besser ist, wenige zu sein als viele. Diese Divergenz ist nach unserer Ansicht alarmierend.<sup>88</sup>

Zu den internationalen Fragen, die wir bewusst in den Vordergrund stellen, stellen wir fest, dass es in der kommunistischen Internationale eine Krise gibt. Sie rührt daher, dass bei der Bildung der kommunistischen Parteien nicht immer der richtige Weg gegangen wurde. Man hat vergessen, dass es manchmal eher als um den unmittelbaren Erfolg um die Eroberung fester Positionen geht, die auch in Zukunft gehalten werden. In einer ersten Phase gab es die einzige Sorge, die Kräfte zu sammeln, ohne darauf zu achten, ob es sich um

---

<sup>84</sup>Handschriftliches Protokoll von Togliatti, datiert vom 20. Januar 1926. Die Ausführungen hat Bordiga demnach am Vorabend des 3. Parteitages der PCd'I vor der Politischen Kommission des Zentralkomitees gemacht. Veröffentlicht in der theoretischen Zeitschrift der Partei *Critica Marxista*, Jg. 1, Nr. 5-6, Sept./Okt. 1963. Vollständig veröffentlicht in: *La fine del PCd'It.*, a.a.O. (aus: *Scritti*, Bd. 9, S. 219 ff.)

<sup>85</sup>Gramscis Rede vor der politischen Kommission in: Antonio Gramsci, *Zu Politik..., a.a.O.*, S. 137-148

<sup>86</sup>Bei diesem Wortgebrauch ist zu beachten, dass Togliatti die Rede protokolliert hat.

<sup>87</sup>Der von der Linken auf dem Parteitag vorgelegte Korpus der Thesen bestand aus drei Teilen. Die Parteizeitung *L'Unità* hatte nur den ersten Teil veröffentlicht.

<sup>88</sup>Bordiga bezieht sich hier auf die Rede Lenins auf dem III. Weltkongress (siehe Fußnote 13)

aufrichtige Kommunisten handelte, so dass später gesiebt werden musste, und alle Parteien tiefe Krisen durchmachen mussten. Dieser Zustand der Dinge wirkt sich auch auf die gegenwärtige Situation in der Internationalen aus.

Nach dem gleichen Prinzip wurden taktische Fragen gelöst, d.h. nicht nach einer klaren, präzisen und kontinuierlichen Linie, sondern durch einen beklagenswerten „Eklektizismus“, der mit der Absicht gerechtfertigt wird, den sich verändernden objektiven Situationen Rechnung zu tragen. Das offensichtlichste Beispiel sind die Beziehungen zwischen der politischen Bewegung und der Gewerkschaftsbewegung. Zunächst wurden Organisationen mit gewerkschaftlichem Charakter in die Reihen der Kommunistischen Internationale aufgenommen, wodurch grundlegende Organisationsprinzipien verletzt wurden (I.W.W., spanische Gewerkschafter usw.<sup>89</sup>). Dann kam die Gründung der Roten Internationalen Gewerkschaft und ein ganzer Aktionsplan wurde ausgearbeitet, um die Gewerkschaftsbewegungen der einzelnen Länder zu überzeugen, sich ihr anzuschließen; natürlich wurde beteuert, dies sei das einzig richtige Vorgehen. Aber auf dem V. Weltkongress wurde ohne (was noch schlimmer ist) angemessene Vorbereitung und Diskussion ein dritter Weg angenommen, nämlich der Kampf für die organische Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Es ist diese eklektische und „politikasterhafte“ Untersuchungsmethode, die von der alleinigen Sorge um den unmittelbaren Erfolg bestimmt wird, die uns hat scheitern lassen. Wir haben damit gerechnet, alles zu gewinnen, aber am Ende hat nichts funktioniert, und heute sind wir schwächer als zuvor.

Diese falschen politischen und taktischen Fragestellungen gehen mit einem grundlegenden Fehler in der internen Arbeitsweise der Internationale einher. Falsch ist das Verfahren, das bei der Bildung der einzelnen Parteiführungen angewandt wird, falsch das Verfahren, mit dem die Diskussionen auf den Weltkongressen eröffnet und geführt werden. Wir stimmen auf diesem Gebiet mit Trotzki's Kritik an der Arbeitsweise der Internationale überein.

Die bestehende Krise in der Internationale soll durch die so genannte Bolschewisierung behoben werden. Wir weisen diese Losung zurück, weil sie eine künstliche und mechanische Übertragung der Methoden, die der russischen Partei eigen waren, auf die westlichen Parteien bedeutet.

Mit der Bolschewisierung sucht man politische Fragen mit Formeln zu lösen, die organisatorischen Charakter haben. Dies geschieht zum Beispiel hinsichtlich des Fraktionismus. In diesem Punkt besteht ein direkter Gegensatz zwischen unserer Position und der der Zentrale unserer Partei. Die Zentrale führte eine Kampagne gegen den Fraktionismus, die eine echte Defätismuskampagne war. Durch diese Kampagne wurden die Arbeiter in Richtung eines reinen Unitarismus<sup>90</sup> zurückgedrängt, der eine falsche Haltung ist. Die Frage des Fraktionismus kann nicht auf organisatorischem und disziplinärem, sondern nur auf politischem und historischem Terrain gelöst werden. Wenn die Internationale nicht gut geführt wird, entsteht zwangsläufig ein Fraktionismus, da sein Ursprung gerade in der Unzulänglichkeit der internationalen Organisation liegt, die historischen Fragen des Proletariats in der heutigen Zeit zu lösen. Eine mit den von der Zentrale unserer Partei angewandten Verfahren durchgeführte Kampagne gegen den Fraktionismus, hätte zu sehr ernststen Konsequenzen geführt, wenn wir nicht darauf geachtet hätten, jede Gefahr für die Parteiorganisation zu vermeiden.

Ein weiterer grundlegender Aspekt der Bolschewisierungskampagne betrifft die organisatorische Umstellung auf Zellen. Wir sind dagegen, aus der Organisierung in Zellen eine Frage des Prinzips zu machen. Wir sind auch der Meinung, dass für die nichtrussischen Parteien die territoriale Organisation Geltung haben muss und die Zellen von der Partei ausgehende Arbeitsorgane sein müssen, um die Arbeit in den Werkstätten zu leisten.

Was die Taktik angeht, so bleiben wir bei unserer alten Kritik an den Losungen der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Hinzu kommt die Kritik an den neuen taktischen Haltungen, für die wir die ersten Beispiele in der von der italienischen Parteizentrale verfolgten Taktik gegenüber dem Aventin, in der der deutschen Partei für die Präsidentschaftswahlen empfohlenen Taktik und in der Taktik der französischen Partei bei den Kommunalwahlen (Clichy) gesehen haben.<sup>91</sup> Diese neuen taktischen Haltungen hängen mit der Bewertung der objektiven Situation zusammen. Es sollte bekannt sein, dass wir dieser Einschätzung

<sup>89</sup>Vgl. Fußnote 24.

<sup>90</sup>Unitarismus bezeichnet die Politik der Parteieinheit um jeden Preis.

<sup>91</sup>Siehe dazu in den *Thesen von Lyon*: „III. Italienische Fragen“, Kap.6: „Die politische Tätigkeit der heutigen Parteizentrale“. Die anderen beiden Beispiele siehe Fußnoten 35 und 36.

(temporäre Stabilisierung des Kapitalismus) grundsätzlich zustimmen, aber über die taktischen und politischen Folgerungen, die daraus gezogen werden, alarmiert sind. Wir glauben, dass auch in dieser Zeit eine revolutionäre Politik gemacht werden muss. Von Seiten der vorherrschenden Strömung in der Internationale und unserer Partei wird hingegen die Bestimmung der Parteipolitik in dieser Periode von einem künstlichen, nicht marxistischen Gegensatz zwischen zwei Fraktionen der Bourgeoisie abhängig gemacht. Der Dualismus zwischen der bürgerlichen Rechten und der Linken wird überbewertet. Sie sieht das Phantasma eines Teils der Bourgeoisie, der die in den vergangenen Jahrzehnten erzielten Fortschritte wieder rückgängig machen wolle und kommt zu dem Schluss, dass es der Arbeiterklasse obliege, klug vorzugehen, um diese Fortschritte zu behaupten. Wir glauben, ein Fehler in dieser Richtung ist schwerwiegender als ein Fehler in der entgegengesetzten Richtung, das heißt, eine Herabsetzung der Gegensätze zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie.

Gramsci: Auch wegen eines Fehlers der letztgenannten Art konnte der Faschismus so leicht an die Macht kommen.

Bordiga: Ihr Fehler ist genau der, dass Sie die Gefahr des Sieges einer rechtsbürgerlichen Gruppe überschätzen. Der Sieg der Faschisten wurde durch die Politik der Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung ermöglicht, die die linke Bourgeoisie während der demokratischen Periode gemacht hatte.<sup>92</sup> Diese Zugeständnisse sollten ein geschlossenes Auftreten der Arbeiter abwenden. Die Bewegungsfreiheit des Proletariats in der demokratischen Periode war daher eine konterrevolutionäre Bedingung. Wir müssen verhindern, dass eine solche Situation wieder entsteht, indem wir ab sofort gegen die Illusion kämpfen, laut der eine linke Bourgeoisie existiert. Sie haben nicht dazu beigetragen, diese Illusion zu zerstören und zugelassen, dass das Proletariat unter den Einfluss anderer Klassen gerät.

Zweifellos darf sich die Partei nicht nur darauf beschränken, neue Anhänger zu gewinnen, ebenso wenig wie darauf, Teilaktionen zu führen. Aber das Problem von morgen muss sie heute ins Licht rücken, indem sie sich vor den konterrevolutionären Einflüssen der zweigesichtigen bürgerlichen Politik schützt. Deshalb war Ihre Taktik gegen den Aventin grundlegend falsch. Mit dem Vorschlag des Gegenparlaments haben Sie die Frage der Freiheit usw. als Leitbild formuliert, was heißt, sie haben das Terrain der Opposition akzeptiert. Was bedeutete, unsere Lage selbst angesichts einer möglichen revolutionären Entwicklung zu schwächen. Wir sind nämlich der Meinung, dass wir, selbst wenn die Oppositionsparteien den Kampf gegen den Faschismus aufgenommen hätten, nur dann sinnvoll in diesen Kampf hätten eingreifen und ihn zu unseren Gunsten hätten wenden können, wenn die Massen keinerlei Berührungspunkt zwischen uns und diesen Parteien gesehen hätten. Jeder Kontakt oder auch nur Anschein von Kontakt zwischen uns und der Opposition trug dazu bei, die Arbeiter unter deren Einfluss zu halten.

Was die Tradition der Partei betrifft, ist die Linke der Ansicht, dass sie für die Tradition und Kontinuität des Kampfes gegen opportunistische Abweichungen und gegen den Zentrismus steht.

Wir glauben nicht, dass Aktionsvorschläge gemacht oder die Probleme der italienischen Partei gelöst werden können, bevor die Fragen auf internationaler Ebene geklärt wurden. Das grundlegende Problem für uns ist die Frage der Kommunistischen Internationale. Die Methode, die Erfahrungen der russischen kommunistischen Partei zu theoretisieren, ist völlig unzureichend, um diese Frage zu lösen. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, dass die Fragen der Kommunistischen Partei Russlands heute nur auf der Grundlage von Elementen aus den Erfahrungen des Klassenkampfes in anderen Ländern gelöst werden können. Eine Bestätigung für die Richtigkeit dieser Auffassung findet sich in der jüngsten Diskussion, die in der russischen Parteigeführt wurde. Wir haben nur wenige Informationen darüber, doch sicher ist, dass es sich um Fragen handelt, die mit der gesamten internationalen Lage in Zusammenhang stehen. Fragen, die in allen Sektionen der Internationale diskutiert werden müssen, weshalb wir sehr verwundert waren, einen Brief der Russischen Kommunistischen Partei zu lesen, in dem der Wunsch geäußert wird, dass die kürzlich auf dem russischen Parteitag diskutierten Fragen nicht Gegenstand der Diskussion in den anderen Parteien seien.<sup>93</sup> Abgesehen davon: Die Art und Weise, wie die jüngste Diskussion geführt wurde, zeigt, dass die Plattform, von der man uns glauben machen will, sie ermögliche die Lösung aller Probleme, mit denen die verschiedenen Parteien in der gegenwärtigen historischen Periode konfrontiert sind (der Leninismus), eine

---

<sup>92</sup>Vgl. Fußnote 51.

<sup>93</sup>„Das ZK der KP der USSR ist vollkommen einmütig in der Anschauung, daß die Übertragung der Diskussion über die russische Frage in die Reihen der Komintern unerwünscht ist.“ *Brief des ZK der KPdSU an alle Sektionen der Kommunistischen Internationale*, vom 13. Januar 1926, in Wolter, a.a.O., Bd. III, S. 445-449.

sehr unsichere Plattform ist, denn selbst wenn man sich auf sie beruft, kann es zu so tiefgreifenden Schwankungen kommen wie in der russischen Diskussion.

Abschließend sind wir der Meinung, dass der einzige Weg zur Lösung unserer Krise und der der Internationale darin besteht, eine ernsthafte und umfassende Diskussion über die Fragen der Internationale selbst zu eröffnen.<sup>94</sup>

**Quelle:** *Scritti*, Bd. 9, S. 219-224.

---

<sup>94</sup>Nach der Diskussion und der Replik Gramscis beschloss die Kommission fast einstimmig, den Thesenentwurf des Zentralkomitees als Grundlage für eine ausführliche Diskussion anzunehmen und den von der Linken vorgelegten Entwurf abzulehnen.

### Anhang 3: Für die Nichtteilnahme an den Zentralorganen der Partei<sup>95</sup>

Bordiga bittet darum, diese Entscheidung nicht zu treffen<sup>96</sup> und sagte, dass es für die Situation nur eine Lösung gebe: „dass Sie die Führung der Partei übernehmen“...

„... ich möchte im Moment keine weiteren Erklärungen abgeben..., die Verantwortung für das, was geschehen kann... [unvollständige und nicht verständliche Textstelle]

Wir unterbreiten Ihnen nur den Vorschlag: Ich möchte auch nicht darlegen...

Akzeptieren Sie unsere Bitte. Wir geben Ihnen die Garantie, dass wir keine Fraktionsarbeit machen werden, dass unsererseits kein Versuch in diese Richtung unternommen wird. Zum anderen wiederholen wir unseren Vorschlag der Mitarbeit an der Peripherie der Partei, aber wir möchten von der Teilnahme an der Parteiführung ausgeschlossen werden, schaffen Sie nicht diese unselige Situation.<sup>97</sup>

Bordiga sagt, er könne dieses Amt nicht annehmen, im Übrigen gebe es im Statut keinen Paragraphen, die ihn verpflichten könne. [...]

Er beharrt auf seiner Ablehnung und bittet darum, keine Zwangsmethoden anzuwenden. „Ich bitte den Vertreter der Komintern, nicht auf seinen Vorschlag zu bestehen.“ Er sagt, die Linke könne angesichts dieser Situation nicht sofort eine Entscheidung treffen, dass sie auf jedem Fall einige Zeit brauche.<sup>98</sup>

Bordiga: „Ich bitte, sprechen zu dürfen, nachdem der Parteitag alle Entscheidungen getroffen hat.“ Er erklärt auch, wirklich ernste Dinge für die gesamte Partei zu sagen.<sup>99</sup>

Bordiga: Ich bin hier, um in meinem Namen und im Namen der Linken unsere volle Verantwortung zu übernehmen: Ihr habt die einvernehmliche Lösung, die wir euch vorgeschlagen haben, nicht gewollt; es bleibt nur eins... Der gesamte Parteitag hat uns nicht im Geringsten überzeugt, dass... er bestärkt uns im Gegenteil in der Überzeugung, dass außerhalb dessen, was die...<sup>100</sup>

---

<sup>95</sup>Undatiertes Protokoll einer Versammlung, an der Gennari, Boschi, Gramsci, Perrone, Togliatti, Bordiga, Ravazzoli, Tasca, Russo und der Vertreter der Komintern (J. Humbert-Droz) teilnahmen. Auf Italienisch erstmals erschienen in *La fine del P.C.d'It.*, a.a.O.

<sup>96</sup>Togliatti hatte vorgeschlagen, eine Kommission für die Zusammensetzung der neuen Parteiführung zu ernennen, der Auftrag des Parteitages lautete, eine Vertretung der *sinistra* einzubeziehen. Genannt wurden Bordiga und Venegoni.

<sup>97</sup>An diesem Punkt verlas der Vertreter der Komintern eine Erklärung, im Protokoll nicht aufgeführt, in der die Anwesenheit von Vertretern der Minderheit in den Zentralorganen der Partei gefordert wurde. (siehe Fußnote 102)

<sup>98</sup>Tasca schlug daraufhin vor, den Genossen der Linken 10 Minuten Zeit zu geben, um verantwortungsvoll eine Entscheidung zu treffen, während Togliatti protestierte und behauptete, nicht Bordiga, sondern der Parteitag habe zu entscheiden.

<sup>99</sup>Nach dieser Aussage gibt Perrone die folgende schriftliche Erklärung ab: „Die Delegierten der Linken auf dem III. Parteitag stimmen darin überein, den Parteitag und den Vertreter der Internationale im Interesse der gemeinsamen Sache zu bitten, nicht auf die Einbeziehung der Linken in das ZK der Partei zu bestehen. In der Gewissheit, dass ihr Antrag, verbunden mit den loyalsten Verpflichtungen zur Disziplin, angenommen wird, beauftragen sie den Genossen Bordiga, die Gründe für ihre gesamte Haltung in einer Erklärung zu erläutern, wenn der Parteitag dies für notwendig erachtet.“

<sup>100</sup>Das Protokoll bricht hier ab. Wie bekannt, gab Bordiga schließlich angesichts der Drohung, aus der Partei ausgeschlossen zu werden, nach und trat zusammen mit Carlo Venegoni dem Zentralkomitee bei. Auf der 9. Sitzung der Erweiterten Exekutive am 25. Februar 1926 wird Bordiga erklären (französische Fassung. *La Correspondance Internationale*, 19. März 1926, Nr. 36, S. 343): „Wir haben alles erduldet, um die Einheit der Partei zu retten, und angesichts der erzwungenen Aufnahme in die Parteizentrale sind wir zurückgewichen, allerdings auf eine politische Erklärung (siehe Anhang 4), die deutlich macht, dass sich unsere Oppositionshaltung noch weiter verstärkt hat.“ (In der deutschen Fassung steht nur der Satz: „Wir haben zum Schluß, in Anbetracht der Tatsache, daß man uns zwang, in die Zentrale einzutreten, eine präzise Erklärung abgegeben“, ebenso in der italienischen Fassung, hier allerdings mit einer Fußnote, die auf die „präzise Erklärung“ hinweist (nämlich Anhang 4). **Quelle:** *Scritti*, Bd. 9, S. 227-228.

#### Anhang 4: Erklärung im Namen der „Linken“<sup>101</sup>

Ich werde in aller Ruhe und mit vollem Verantwortungsbewusstsein sprechen, Das, was ich sage, wird für die Partei und uns alle schwerwiegend sein, doch es ist eine unglückliche Situation entstanden, die mich zwingt zu sprechen. Unabhängig von jeder Bewertung, die Fragen des Gewissens und des Gefühls betreffen, von jeder Wertschätzung der Aufrichtigkeit und mehr oder weniger großen Redlichkeit der Einzelnen, muss ich hier im Namen der Linken feststellen, dass die hier angewandten Methoden nicht nur unsere Ansicht nicht erschüttert haben, sondern neben der Vorbereitung und der Organisation des Parteitages und neben dem hier erläuterten Programm das stärkste Argument für die Strenge unseres Urteils sind.

Nachdem wir gegen den ganzen Verlauf protestiert haben, muss ich euch erklären, wenn in euch noch ein Rest an marxistischer und revolutionärer Befähigung übrig ist, Parteien und politische Situationen zu beurteilen, dass die hier angewandte und in einer Anordnung gipfelnde Methode, uns schmerzlich, aber unbezweifelbar als eine Methode erscheint, die den Interessen unserer Sache, der Partei und des Proletariats Schaden zufügt.

Ja, die hier implementierten Verfahren, diejenigen, mit denen dieser Kongress organisiert wurde, tragen nicht zur revolutionären Schulung des Proletariats und seiner Partei bei, sie sind nicht, wie es sich euch, den Vertretern der Arbeiter darstellt, Ausdruck der Einheit und Disziplin, sie vergrößern vielmehr die Spaltung, verschärfen den Fraktionismus, sie bereiten die Zerrissenheit und die Versumpfung der Partei und ein Scheitern des proletarischen Kampfes vor.

Nun, da ihr bewusst unseren Vorschlag der loyalen, ehrlichen und disziplinierten Koexistenz in der Partei abgelehnt habt, auf unsere Einbeziehung in den Vorstand besteht und nicht verstehen wollt, wie gefährlich es ist, diese scheußliche Situation zu Ende kommen zu lassen, sehe ich mich gezwungen zu sagen, dass wir die Gruppe, die der Urheber dieser Politik gewesen ist, jene Gruppe, neben der wir im Führungskomitee stehen werden, für eine Vertreterin des opportunistischen Defätismus halten.

Nachdem wir an diesen Punkt unserer Erfahrung als Gruppe gekommen sind, die – über die Zahlen hinaus, in die euch gefiel die angebliche Befragung der Partei zu übersetzen – Vertreterin einer authentischen Strömung der revolutionären Arbeiterklasse ist oder sich einbildet, es zu sein, halten wir es für unsere Pflicht, ohne zu zögern und mit vollem Verantwortungsbewusstsein zu sagen, dass uns keine Solidarität mit jenen Männern wird verbinden können, die wir ungeachtet ihrer Absichten und ihres persönlichen Charakters als Vertreter der jetzt unvermeidlichen Aussicht auf die opportunistische Verschmutzung unserer Partei ansehen.

Das Verfahren, das uns einen scheinbaren Triumph sichert, auch wenn es sich einigen von euch als heilsam darstellt,<sup>102</sup> verstößt dermaßen gegen unsere klare und beharrliche Herangehensweise an das Problem, dass

---

<sup>101</sup>Dokument erhalten in APC, 1926, 505/55-56, nachgedruckt in: *La fine del P.C.d'It*, a.a.O.]. Geringfügig geändert in *Prometeo* (Brüssel), Jg. 1, Nr. 1, 1. Juni 1928, nachgedruckt in *Scritti*, Bd. 9, Anm. S. 229-231.)

Wie Togliatti dem Sekretariat der Kommunistischen Partei mitteilte, war das Material zum III. Parteitag nicht rechtzeitig in Moskau eingetroffen, um von der Erweiterten Exekutive geprüft zu werden. In der Tat wurde keine italienische Kommission ernannt. Togliatti erhielt jedoch am 6. März den Text von Bordigas Erklärung zusammen mit dem Einspruch der Linken [Anhang 1] und anderen Dokumenten des Ausschusses zum Verständigungskomitee. Der Text wurde dem Präsidium der KI vorgelegt, das sich zur *vexata quaestio* ihrer Veröffentlichung wie folgt äußerte: „Das Präsidium ist der Meinung, dass die letzte Erklärung Bordigas vor dem Parteitag zusammen mit dem Protokoll des Parteitages und mit einer Resolution des ZK veröffentlicht werden muss, die, ohne die Diskussion über den Fraktionismus neu zu eröffnen oder die Ultralinke zu provozieren, eine klare und entschiedene Warnung vor jeder Fortsetzung der fraktionistischen Arbeit sein muss“. Die Beschlüsse des Kongresses wurden nie veröffentlicht, die Erklärung wurde zwei Jahre später von der italienischen Linksfraktion im Ausland (*Prometeo*) veröffentlicht. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass Togliatti in demselben Schreiben mitteilt, in welcher Form das Sekretariat der romanischen Länder vorgeschlagen hatte, den ideologischen Kampf gegen Bordiga und die Ultralinke auf internationaler Ebene fortzusetzen und insbesondere die Emigration zu kontrollieren (wo Bordiga bekanntermaßen zahlreiche Anhänger in Frankreich, Belgien und Russland hatte). Sinowjew selbst intervenierte, um die Schritte der Kampagne besser zu bestimmen, indem er riet, die verschiedenen auf der Erweiterten Exekutive gegen Bordiga gehaltenen Reden so weit wie möglich in der Presse zu verbreiten, um zu vermeiden, dass „zu viel Werbung für Bordiga in der KI-Presse gemacht wird“ – d.h. seine Reden nicht zu veröffentlichen. (*Scritti*, Bd. 9, Anm. S. 229.)

<sup>102</sup>Als in den letzten Tagen des Parteitages über die Zusammensetzung der neuen Führungsorgane entschieden werden sollte, schlug der Vertreter der KI, Humbert-Droz vor, in den Parteivorstand eine Vertretung der Ultralinken zu nominieren. Zum Ende einer so erbitterten Diskussion, wie sie auf dem Kongress stattgefunden habe, so der KI-Vertre-

diese Lage, in der ihr uns ersticken wollt, uns mit Abscheu erfüllt. Obwohl wir jeden Verzicht geleistet haben, um die Zerrüttung der Partei zu verhindern, sind wir heute sicher, der Sache einen Dienst zu erweisen, wenn wir dafür sorgen, dass dieses Verfahren und diese Methode alle Erfahrungen liefern, die zu liefern möglich ist, damit das Proletariat sie so schnell wie möglich begreifen und zurückweisen kann, wenn auch in einer schmerzhaften Krise auf seinem Weg.

Wenn ich, wenn wir Opfer eines erschreckenden Irrtums sind, und das, was geschieht, in dieser Art ausgelegt wird, dann sollten wir wirklich als unwürdig angesehen werden, in der Partei auch nur aktiv tätig zu sein, und wir sollten der Arbeiterklasse aus den Augen gehen.

Aber wenn diese unerbittliche Antithese, die sich nach unserem Empfinden stellt, wahr ist und uns in Zukunft schmerzhaft Konsequenzen bevorstehen, dann werden wir wenigstens sagen können, bis zuletzt gegen die verderblichen Methoden gekämpft zu haben, die unseren Zusammenhalt zersetzen, und, indem wir jeder Bedrohung widerstanden haben, ein wenig Licht und Klarheit in die Dunkelheit gebracht zu haben, die durch die Vorgehensweise unserer Widersacher geschaffen wurde. Ihr glaubt und habt geglaubt, dass ihr einen Beschluss fasst, um den Zusammenhalt der Partei zu stärken, ich spüre, dass das Gegenteil geschieht und die Voraussetzungen für eine unüberwindbare Opposition geschaffen werden. Ihr habt mich gezwungen, diese Dinge zu sagen, die ich nicht sagen wollte, die wir uns fast geweigert hätten zu glauben, wenn wir nicht gesehen hätten, wie ihr auf dem falschen Weg unaufhaltsam zu den ruinösesten und nicht wiedergutzumachenden Haltungen geglitten seid.

Nun, da ich habe sprechen müssen, entscheidet, wie ihr wollt.<sup>103</sup>

**Quelle:** *Scritti*, Bd. 9, S. 229-231.

---

ter, sei es gut, ein Zeichen der Einheit folgen zu lassen, um den Eindruck einer radikal entzweiten Partei zu vermeiden, die kurz vor der Spaltung stehe. Die Linke wäre so in der Lage, ihre politischen Positionen angesichts der Probleme, mit denen die Partei tagtäglich konfrontiert sei, aufrechtzuerhalten und sich nicht auf nachträgliche Kritik zu beschränken. Schließlich sei die Beteiligung der Minderheit an der Führungsarbeit eine Konstante in der bolschewistischen Partei, die dazu beigetragen habe, ihre Einheit auch in den schwierigsten Momenten zu bewahren. Umgekehrt sei die Vorstellung, dass Minderheiten ausgeschlossen werden sollten, ein sozialdemokratisches Konzept, das nicht zu einer kommunistischen Partei passe. (ebd., Einführung S. LV, Fußn. 90.)

<sup>103</sup>In einem offiziellen Dokument: *Contro il frazionismo e lo spirito di frazione! Per la disciplina rivoluzionario nel partito! Il terzo congresso del PCI*. (Gegen den Fraktionismus und die Fraktionsmacherei! Für die revolutionäre Parteidisziplin! Dritter Kongress der PCI) urteilte die zentristische Führung, diese Erklärung sei „von einer solchen Schwere, dass sie die Ultralinke an die äußersten Grenzen der Partei führt.“ (zitiert in: A. Peregalli, S. Saggiolo, a.a.O., S. 83.)

### Anhang 5: Auszug aus: Der Kommunismus und die nationale Frage

(...) Um bei Beispielen zu bleiben, wir negieren, dass auf Grundlage der genannten Gründe in Deutschland das Kriterium einer Annäherung zwischen der kommunistischen Bewegung und der nationalistisch-patriotischen Bewegung gerechtfertigt werden kann.

Der von der Entente auf Deutschland ausgeübte Druck ist selbst in den bitteren und niederträchtigen Formen, die er zuletzt angenommen hat, nicht von der Art, dass Deutschland als kleines, rückständiges Land angesehen werden könnte. Es ist ein großes, kapitalistisch hervorragend ausgerüstetes Land, in dem das Proletariat sozial und politisch mehr als entwickelt ist. (...) Das genügt, um uns eine gründliche Untersuchung der ernststen Frage zu ersparen, die ein anderes Mal in nicht gedrängter Form dargestellt werden kann.

Es genügt nicht, um unsere Sichtweise zu ändern, wonach sich in Deutschland die politische Kräfteaufstellung mitnichten so darstellt, als hätte die Großbourgeoisie eine ausgeprägt nationalistische Haltung; sie neigt vielmehr dazu, sich auf Kosten des Proletariats mit der Bourgeoisie der Entente für konterrevolutionäre Lösungswege zu verbünden; die nationalistische Bewegung wiederum wird von den unzufriedenen kleinbürgerlichen Schichten genährt, die durch die Organisierung dieser Lösung ebenfalls wirtschaftlich belastet wird. Die Frage der in Berlin entfachten Revolution lässt sich nur mit Blick, was ermutigend ist, auf Moskau sehen, andererseits aber auch auf Paris und London. Die entscheidenden Kräfte, auf die wir setzen müssen, um der kapitalistischen Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten entgegenzutreten, ist nicht nur der Sowjetstaat, sondern in erster Linie das Bündnis des deutschen Proletariats mit dem der westlichen Länder. Für den internationalen revolutionären Prozess ist dies ein so wichtiger Faktor, dass es ein schwerer Fehler ist, ihn in einem für den revolutionären Kampf in Frankreich und England schwierigen Moment aufs Spiel zu setzen, indem die Frage der deutschen Revolution auch nur teilweise zu einer Frage der nationalen Befreiung gemacht wird, sei es auch auf der Ebene, die eine Kollaboration mit der Großbourgeoisie ausschließt. Gerade das Missverhältnis zwischen der Reife der deutschen kommunistischen Partei und denen Frankreichs und Englands spricht gegen diese irriige Position, womit dem Antipatriotismus der deutschen Großbourgeoisie ein nationalistisches Programm der proletarischen Revolution entgegengesetzt werden soll. Eine Hilfe der deutschen Kleinbourgeoisie (die jedenfalls mit einer anderen Taktik als der des „Nationalbolschewismus“ nutzbar ist, wenn man sich die verheerende wirtschaftliche Lage der Zwischenschichten ansieht) wäre in einer Situation, in der Paris und London im Innern das Gefühl hätten, freie Hand zu haben, um jenseits der deutschen Grenzen vorgehen zu können, völlig zunichte gemacht: was nur zu verhindern ist, wenn die Frage der deutschen Revolution internationalistisch angepackt wird. Wenn überhaupt, dann ist es Frankreich, wo wir uns am meisten Sorgen um die kleinbürgerlichen Schichten machen müssen, die durch ein Anheizen des deutschen Nationalismus wieder der örtlichen Bourgeoisie ausgeliefert würde. Etwas Ähnliches gilt für England, wo der Labourismus, jetzt, wo er an der Regierung ist, im Interesse und im Auftrag der englischen Bourgeoisie so unverblümt nationalistisch auftritt.

So kann es, wenn vergessen wird, woraus die kommunistischen Lösungen in der Politik erwachsen sind, dahin kommen, sie dort anzuwenden, wo die Voraussetzungen fehlen, unter denen sie angewandt wurden, wobei der Vorwand angeführt wird, dass auch komplizierteste Hilfsmittel stets nutzbringend anwendbar seien. Als ein Phänomen mit gewissen Analogien zu den Unternehmungen des Nationalsozialismus kann die Tatsache nicht übergangen werden, dass Genosse Radek, um auf einer internationalen Versammlung der von ihm befürworteten Taktik Nachdruck zu verleihen, „entdeckt“ hat, dass die Tat des Nationalisten, der sich im Kampf gegen die Franzosen im Ruhrgebiet geopfert hat, von den Kommunisten im Namen eines (für uns neuen und nie gehörten) über den Parteien stehenden Prinzips zu rühmen sei, wonach jeder unterstützt werden sollte, der sich für seine Idee opfert.<sup>104</sup>

Eine traurige Herabminderung ist jene, die die Aufgabe des großen deutschen Proletariats auf eine nationale Emanzipation verkürzt: wo wir doch von diesem Proletariat und seiner revolutionären Partei erwarten, dass es nicht für sich, sondern für die Existenz Sowjetrusslands und dessen wirtschaftliche Entwicklung in

---

<sup>104</sup>Die am 21. Juni 1923 auf der erweiterten Exekutive der KI gehaltene Rede, in der Karl Radek, der innerhalb der Leitung der KI mit den deutschen Fragen und der KPD-Politik befasst war, Schlageter, den „Soldaten der Konterrevolution“ als „Märtyrer“ bezeichnete, und „den Weg zu den tief leidenden (...) nationalen Massen (...) suchen und finden“ wollte, wurde in Deutschland erstmals in „Die Rote Fahne“ vom 26. Juni veröffentlicht: *Leo Schlageter, der Wanderer ins nichts.* (nachgedruckt in: Weber, Dokumente 1915-1945, a.a.O., S. 142 ff.)

Richtung Sozialismus zu siegen vermag, so wie dafür, mit der Flut der Weltrevolution die kapitalistischen Festungen im Westen zu stürzen, indem es die Arbeiter der anderen Länder aufrüttelt, die für einen Moment durch die letzten Gegenoffensiven der bürgerlichen Reaktion gelähmt waren.

Die nationalen Ungleichgewichte zwischen den großen, fortgeschrittenen Staaten sind ein Faktor, den wir ebenso analysieren und prüfen wie jeden anderen: Im Gegensatz zu den Sozialpatrioten schließen wir kategorisch aus, dass es einen andern Weg zu ihrer Aufhebung als den Klassenkrieg gegen alle großen bürgerlichen Staaten geben könnte. Die in dieser Hinsicht nationalistischen und patriotischen Überreste werden von uns als reaktionäre Erscheinungen betrachtet, die keinerlei Eindruck auf die revolutionären Parteien des Proletariats machen, das in diesen Ländern mit einem an unverfälschten und ausnehmend kommunistischen Möglichkeiten reichen Vermächtnis betraut ist, mit einer Aufgabe der fortgeschrittensten Avantgarde in der Weltrevolution.

**Quelle:** *Scritti*, Bd. 8, S. 422-424.